Stenographischer Bericht

26. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

X. Gesetzgebungsperiode – 27. November 1984

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt: Abg. Dr. Horvatek und Abg. Meyer.

Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 712/1, der Abgeordneten Lind, Pörtl, Buchberger, Dr. Dorfer und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die Schaffung einer Eisenbahn-Schnellverbindung Graz–Gleisdorf über Pischelsdorf nach Hartberg–Friedberg–Wiener Neustadt–Wien (1619);

Antrag, Einl.-Zahl 713/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Hirschmann, Schwab und Ritzinger, betreffend Umstellung landeseigener Ölfeuerungsanlagen auf den Betrieb mit Heizöl extra leicht;

Antrag, Einl.-Zahl 714/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Ritzinger und Schwab, betreffend Ausrüstung der Dienstfahrzeuge mit Katalysatoren und Verwendung bleifreien Benzins;

Antrag, Einl.-Zahl 715/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Schrammel, Präsident Klasnic, Dr. Hirschmann und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend zahnärztliche Vorsorge in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 716/1, der Abgeordneten Ritzinger, Buchberger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Schwab und Kollmann, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung über das Thema „Holz“ im Bezirk Murau;

Antrag, Einl.-Zahl 717/1, der Abgeordneten Ritzinger, Schützenhöfer, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Erstattung eines Zwischenberichtes an den Landtag hinsichtlich der Höhe der Wertschöpfung, die der Bau des Konferenzzentrums in Wien für die steirischen Arbeitnehmer und die Wirtschaft bis Ende 1984 brachte;

Antrag, Einl.-Zahl 718/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Pörtl, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Schwab, betreffend Schaffung von Ausbildungsplätzen für promovierte Mediziner aus der dritten Welt in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 719/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Grillitsch, Dr. Kalnoky, Pörtl und Dr. Hirschmann, betreffend weitere Herabsetzung des S-Gehaltes im Heizöl und Festlegung von Grenzwerten für den Schwefelgehalt in festen Brennstoffen;

Antrag, Einl.-Zahl 720/1, der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend den Zubau und Einbau einer umweltfreundlichen E-Heizung für die Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe beim Bundesoberstufenrealgymnasium in Murau;

Antrag, Einl.-Zahl 721/1, der Abgeordneten Dr. Dorfer, Ing. Stoisser, Dr. Pfohl, Harmtodd, Neuhold und Kröll, betreffend die Errichtung einer Höheren Lehranstalt für Fremdenverkehrsberufe in Bad Gleichenberg;

Antrag, Einl.-Zahl 722/1, der Abgeordneten Schrammel, Schwab, Pörtl und Fuchs, betreffend Abschaffung der Viehpaßverpflichtung;

Antrag, Einl.-Zahl 723/1, der Abgeordneten Trampusch, Freitag, Sponer, Dr. Horvatek und Genossen, betreffend die Verbesserung der Notfallmedizin in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 724/1, der Abgeordneten Ofner, Sponer, Meyer, Präsident Zdarsky und Genossen, betreffend die bessere ärztliche Versorgung des Bezirkes Murau;

Antrag, Einl.-Zahl 725/1, der Abgeordneten Trampusch, Ileschitz, Brandl, Prutsch und Genossen, betreffend die sofortige Behebung der Grundwassergefährdung in Werndorf;

Antrag, Einl.-Zahl 726/1, der Abgeordneten Halper, Hammer, Rainer, Ileschitz und Genossen, betreffend die Braunkohleabnahme der Steirischen Elektrizitäts- und Wasserwerks-AG (STEWEG) seitens der GKB für das Fernheizwerk Graz über das Kalenderjahr 1986/87;

Antrag, Einl.-Zahl 727/1, der Abgeordneten Zellnig, Prutsch, Kohlhammer, Trampusch, Ofner, Freitag, Dr. Wabl und Genossen, betreffend die Vorlage eines Steirischen Sonderkulturgengesetzes;

Antrag, Einl.-Zahl 728/1, der Abgeordneten Halper, Sponer, Loidl, Kohlhammer und Genossen, betreffend den Ausbau der St. Martin Landesstraße L 346 im Ortsgebiet Köflach/St. Martin am Wöllmißberg, Abschnitt „Schmid“ von km 2,80 bis km 3,31 und Abschnitt „Raschl“ von km 2,04 bis km 2,08;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 730/1, betreffend

- den Ankauf der Betriebsliegenschaft EZ. 362, KG. Sebersdorf, GB. Hartberg, bestehend aus den Grundstücken 242/1 Baufläche, Fabrik, Haus Nr. 138, 2912 Holzplatz und 2913 Fabriksgebäude, im unverbürgten Flächenausmaß von 15.421 Quadratmeter um den Kaufpreis von 8,5 Millionen Schilling zuzüglich 12 Prozent Grunderwerbsnebenkosten (1.020.000 Schilling) sowie Vertragserrichtungskosten von 87.300 Schilling, insgesamt also um den Betrag von 9.607.300 Schilling von der Konkursmasse „Safental“ Kesselbau-Maschinenfabrik Franz Lang Gesellschaft m. b. H. durch das Land Steiermark und
- die Einräumung einer unwiderruflichen Option seitens des Landes Steiermark an die Firma HERZ-AKM Armaturen-, Kessel- und Metallwaren Erzeugungsgesellschaft m. b. H., Sebersdorf, auf Erwerb der Betriebsliegenschaft EZ. 362, KG. Sebersdorf, GB. Hartberg, um einen Kaufpreis von 8,5 Millionen Schilling zuzüglich Grunderwerbsnebenkosten, frühestens ab 31. Dezember 1989;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 731/1, über den Landesvoranschlag 1985, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 732/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1984 (1. Bericht);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 733/1, Beilage Nr. 69, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 370/5, zum Antrag der Abgeordneten Präsident Zdarsky, Kohlhammer, Meyer, Sponer und Genossen, betreffend die Tren-

nung des verwertbaren von dem nicht verwertbaren Müll im Bereich der Landesverwaltung, der Anstalten und Betriebe des Landes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 556/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Prof. Dr. Eichinger, betreffend Anpassung der Aus- und Fortbildung von Amts- und Distriktsärzten an die Erfordernisse des Umweltschutzes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 729/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 8. Juni 1984 über das Ergebnis der Prüfung der Gebarung der Jahre 1978 bis 1982 der Stadtgemeinde Leoben;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 597/3, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Ileschitz, Loidl, Prutsch und Genossen, betreffend die rasche Sanierung der Pyhrnautobahn im Bereich Wildon und Lebring;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 423/13, zum Beschluß Nr. 285 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1983 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Pfohl, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Kirner, Dr. Strenitz und Mag. Rader, betreffend die Aufforderung, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß sie die Beiträge für die Sanierung der Grazer Oper wesentlich erhöht;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 540/3, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Hammer, Ofner, Freitag und Genossen, betreffend die Errichtung einer Tourismusfachschule, einer Fachschule für den Fremdenverkehr oder einer Höheren Gewerblichen Lehranstalt für Fremdenverkehr in der Steiermark;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/8, zum Antrag der Abgeordneten Prutsch, Kohlhammer, Trampusch, Freitag und Genossen, betreffend die Unterstützung des Projektvorhabens „Kuranstalt Bad Radkersburg“;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 734/1, Beilage Nr. 70, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Industrieförderungsgesetz abgeändert wird;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 735/1, Beilage Nr. 71, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Mittelstandsförderungsgesetz geändert wird;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 736/1, Beilage Nr. 72, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Bauordnung 1968 geändert wird;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 280/37, zum Beschluß Nr. 135 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Dezember 1982, über den Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Dr. Horvatek, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Heidinger und Ing. Turek, betreffend die Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, dem Steiermärkischen Landtag jährlich einen Bericht über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes zu geben;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 572/3, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Dr. Horvatek, Kirner, Trampusch und Genossen, betreffend die rechtzeitige Übermittlung des Berichtes über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark und die umgehende Übermittlung von im Auftrag des Landes erstellten Studien an die Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages (1621).

Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 712/1, 713/1, 714/1, 715/1, 716/1, 717/1, 718/1, 719/1, 720/1, 721/1, 722/1, 723/1, 724/1, 725/1, 726/1, 727/1 und 728/1, der Landesregierung (1619).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 730/1, 731/1, 732/1 und 733/1, dem Finanz-Ausschuß (1620).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 370/5 und 556/3, dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz (1620).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 729/1, dem Kontroll-Ausschuß (1621).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 597/3, dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß (1621).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 423/13 und 540/3, dem Volksbildungs-Ausschuß (1621).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 317/8, 734/1, 735/1 und 736/1, dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß (1621).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 280/37 und 527/3, dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung (1621).

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Harms, Neuhold, Dipl.-Ing. Schaller und Buchberger, betreffend die Lösung der Abwasserfrage der Gemeinden bzw. der Betriebe des oberen und unteren Raabtales, die Schmutzwasser verursachen (1621);

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Hirschmann, Schwab und Schrammel auf Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen an Landesstraßen;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Aufrechterhaltung der Steueraufsichtsaussenstelle in Murau und der allmonatlichen Lohnsteuersprechtag in Murau durch das Finanzamt in Judenburg;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Prof. Dr. Eichinger, Dipl.-Ing. Dr. Dornik und Grillitsch, betreffend die Durchführung von Erhebungen, wie weit die österreichischen Kammern eigene Wohnbauförderungsmaßnahmen für ihre Mitglieder durchführen;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Zellnig, Prutsch, Freitag, Brandl und Genossen, betreffend die rasche Verwirklichung eines naturnahen Wasserbaues in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Halper, Ofner, Kohlhammer, Dr. Wabl und Genossen, betreffend ein Verbot der Verwendung von Spindelöl für den Betrieb von Kraftfahrzeugen;

Antrag der Abgeordneten Prutsch, Trampusch, Kohlhammer, Ileschitz und Genossen, betreffend den Bau eines zweiten Gleises auf der Bahnstrecke Puntigam-Spielfeld der ÖBB;

Antrag der Abgeordneten Brandl, Erhart, Freitag, Halper, Hammer, Hammerl, Dr. Horvatek, Ileschitz, Karrer, Kirner, Kohlhammer, Loidl, Meyer, Ofner, Prensberger, Prutsch, Rainer, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Dr. Wabl, Präsident Zdrsky und Zellnig, betreffend die Erlassung eines Spielapparategesetzes und die Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe für den Betrieb von Spielapparaten (1621).

Landesvoranschlag 1985:

Einbringung: Redner: Landesrat Dr. Klausner (1622).

Verhandlungen:

1. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 701/5, betreffend die förderungsweise unentgeltliche Übereignung eines Teiles der landeseigenen Liegenschaft EZ. 118, KG. Diemlach, GB. Bruck an der Mur, an die „Geschützte Werkstätte Steiermark Ges. m. b. H.“ zur Errichtung einer Produktionsstätte in Kapfenberg-Diemlach für die Beschäftigung von Behinderten.

Berichterstatter: Abg. Dr. Maitz (1628).

Redner: Abg. Karrer (1628), Abg. Mag. Rader (1628), Abg. Präsident Klasnic (1629), Landesrat Gruber (1630).

Annahme des Antrages (1630).

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 708/1, über den Ankauf der Liegenschaft EZ. 221, KG. Schloßberg, Gerichtsbezirk Leibnitz, mit dem Mehrfamilienwohnhaus Schloßberg Nr. 10, gemeinsam mit dem Sozialhilfeverband Leibnitz.

Berichterstatter: Abg. Trampusch (1631).
Annahme des Antrages (1631).

3. Bericht des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 711/1, Beilage Nr. 68, Gesetz, mit dem die Gemeindewahlordnungs-Novelle 1960 geändert wird (Gemeindewahlordnungs-Novelle 1984).

Berichterstatter: Abg. Harmsdorf (1631).
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (1631), Abg. Kröll (1631).
Annahme des Antrages (1632).

4. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 345/3, zum Antrag der Abgeordneten Meyer, Kohlhammer, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Gendarmeriepraktikanten und Polizeikadetten.

Berichterstatter: Abg. Rainer (1632).
Annahme des Antrages (1632).

5. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 667/1, zum Beschluß Nr. 323 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1980 aus der IX. Gesetzgebungsperiode, über den Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Premsberger, Dr. Dorfer und Buchberger, betreffend Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, dem Steiermärkischen Landtag alljährlich einen Bericht über die Entwicklung von Alternativenenergien und der Förderung von derartigen Projekten und gleichzeitig einen Bericht über Maßnahmen zur Förderung des Energiesparegedankens vorzulegen.

Berichterstatter: Abg. DDR. Steiner (1633).
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Schaller (1633), Abg. Halper (1635), Abg. Lind (1638), Abg. Mag. Rader (1639), Abg. Ofner (1640), Abg. Zellnig (1641), Abg. Schrammel (1642), Abg. Trampusch (1643), Abg. Kröll (1643), Landesrat Dipl.-Ing. Riegler (1644), Landesrat Dr. Heindinger (1646).

Annahme des Antrages (1650).

6. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 368/6, zum Antrag der Abgeordneten Meyer, Sponer, Erhart, Freitag und Genossen, betreffend die Einrichtung eines Ruhlfesystems für hilfsbedürftige Menschen.

Berichterstatter: Abg. Erhart (1650).
Annahme des Antrages (1650).

7. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 423/12, zum Beschluß Nr. 295 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1983 über den Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Ofner, Sponer und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend den forcierten Ausbau der B 83, Kärntner Straße, im Abschnitt „Umfahrung Neumarkt“.

Berichterstatter: Abg. Ritzinger (1650).
Redner: Abg. Ofner (1650), Abg. Ritzinger (1651).
Annahme des Antrages (1652).

8. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 525/4, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend den raschen Weiterausbau der Landesstraße von Teufenbach über den Lambach-Pichl nach Mariahof.

Berichterstatter: Abg. Ritzinger (1652).
Annahme des Antrages (1652).

9. Bericht des Ausschusses für Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/38, zum Beschluß Nr. 33 des Steiermärkischen Landtages vom 18. Dezember 1981 über den Antrag der Abgeordneten Buchberger, DDR. Stepantschitz, Kollmann, Schwab und Ing. Turek, betreffend die den Landeskrankenhäusern angeschlossenen Landwirtschaften in Zukunft nicht mehr selbst zu betreiben, sie zu verkaufen oder zu verpachten und so eine Bewirtschaftung durch Landwirte zu ermöglichen.

Berichterstatter: Abg. Schrammel (1652).
Annahme des Antrages (1652).

10. Bericht des Ausschusses für Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 362/5, zum Antrag der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schülcher, Stoppacher und Pörtl, betreffend Sanitärräume der Frauenklinik im Landeskrankenhaus Graz, 1. Stock.

Berichterstatter: Abg. Dr. Kalnoky (1653).
Annahme des Antrages (1653).

11. Bericht des Ausschusses für Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 665/1, Beilage Nr. 61, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (6. KALG-Novelle).

Berichterstatter: Abg. Sponer (1653).
Annahme des Antrages (1653).

12. Bericht des Ausschusses für Gesundheit- und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 367/4, zum Antrag der Abgeordneten Halper, Trampusch, Sponer, Freitag und Genossen, betreffend die Wiedereinführung der Glasflasche für Milchverpackung und die Verpackung anderer Getränke.

Berichterstatter: Abg. Ofner (1653).
Annahme des Antrages (1654).

13. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 434/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Prof. Dr. Eichinger und DDR. Steiner, betreffend die geburtshilfliche Versorgung im Bereich Mürzzuschlag.

Berichterstatter: Abg. Dr. Kalnoky (1654).
Annahme des Antrages (1654).

Beginn: 9.30 Uhr

Präsident Komm.-Rat Feldgrill: Hohes Haus!

Ich eröffne die 26. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden X. Gesetzgebungsperiode und begrüße alle Erschienenen, vor allem die Mitglieder der Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze.

Ebenso begrüße ich die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Frau Abgeordnete Meyer und der Herr Abgeordnete Dr. Horvatek.

Die Tagesordnung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Einladung zugegangen.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 712/1, der Abgeordneten Lind, Pörtl, Buchberger, Dr. Dorfer und Dipl.-Ing.

Schaller, betreffend die Schaffung einer Eisenbahn-Schnellverbindung Graz–Gleisdorf über Pischelsdorf nach Hartberg–Friedberg–Wiener Neustadt–Wien;

den Antrag, Einl.-Zahl 713/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Hirschmann, Schwab und Ritzinger, betreffend Umstellung landeseigener Ölfeuerungsanlagen auf den Betrieb mit Heizöl extra leicht;

den Antrag, Einl.-Zahl 714/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Ritzinger und Schwab, betreffend Ausrüstung der Dienstfahrzeuge mit Katalysatoren und Verwendung bleifreien Benzins;

den Antrag, Einl.-Zahl 715/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Schrammel, Präsident Klasnic, Dr. Hirschmann und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend zahnärztliche Vorsorge in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 716/1, der Abgeordneten Ritzinger, Buchberger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Schwab und Kollmann, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung über das Thema „Holz“ im Bezirk Murau;

den Antrag, Einl.-Zahl 717/1, der Abgeordneten Ritzinger, Schützenhöfer, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Erstattung eines Zwischenberichtes an den Landtag hinsichtlich der Höhe der Wertschöpfung, die der Bau des Konferenzzentrums in Wien für die steirischen Arbeitnehmer und die Wirtschaft bis Ende 1984 brachte;

den Antrag, Einl.-Zahl 718/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Pörtl, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Schwab, betreffend Schaffung von Ausbildungsplätzen für promovierte Mediziner aus der dritten Welt in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 719/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Grillitsch, Dr. Kalnoky, Pörtl und Dr. Hirschmann, betreffend weitere Herabsetzung des S-Gehaltes im Heizöl und Festlegung von Grenzwerten für den Schwefelgehalt in festen Brennstoffen;

den Antrag, Einl.-Zahl 720/1, der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend den Zubau und Einbau einer umweltfreundlichen E-Heizung für die Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe beim Bundesoberstufenrealgymnasium in Murau;

den Antrag, Einl.-Zahl 721/1, der Abgeordneten Dr. Dorfer, Ing. Stoisser, Dr. Pfohl, Harmtodt, Neuhold und Kröll, betreffend die Errichtung einer Höheren Lehranstalt für Fremdenverkehrsberufe in Bad Gleichenberg;

den Antrag, Einl.-Zahl 722/1, der Abgeordneten Schrammel, Schwab, Pörtl und Fuchs, betreffend Abschaffung der Viehpaßverpflichtung;

den Antrag, Einl.-Zahl 723/1, der Abgeordneten Trampusch, Freitag, Sponer, Dr. Horvatek und Genossen, betreffend die Verbesserung der Notfallmedizin in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 724/1, der Abgeordneten Ofner, Sponer, Meyer, Präsident Zdarsky und Genossen, betreffend die bessere ärztliche Versorgung des Bezirkes Murau;

den Antrag, Einl.-Zahl 725/1, der Abgeordneten Trampusch, Ileschitz, Brandl, Prutsch und Genossen, betreffend die sofortige Behebung der Grundwassergefährdung in Werndorf;

den Antrag, Einl.-Zahl 726/1, der Abgeordneten Halper, Hammer, Rainer, Ileschitz und Genossen, betreffend die Braunkohleabnahme der Steirischen Elektrizitäts- und Wasserwerks-AG (STEWEG) seitens der GKB für das Fernheizwerk Graz über das Kalenderjahr 1986/87;

den Antrag, Einl.-Zahl 727/1, der Abgeordneten Zellnig, Prutsch, Kohlhammer, Trampusch, Ofner, Freitag, Dr. Wabl und Genossen, betreffend die Vorlage eines Steirischen Sonderkulturgengesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 728/1, der Abgeordneten Halper, Sponer, Loidl, Köhlhammer und Genossen, betreffend den Ausbau der St. Martin Landesstraße L 346 im Ortsgebiet Köflach/St. Martin am Wöllmißberg, Abschnitt „Schmidt“ von km 2,80 bis km 3,31 und Abschnitt „Raschl“ von km 2,04 bis km 2,08;

dem Finanz-Ausschuß:

- die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 730/1, betreffend
1. den Ankauf der Betriebsliegenschaft EZ. 362, KG. Sebersdorf, GB. Hartberg, bestehend aus den Grundstücken 242/1 Baufläche, Fabrik, Haus Nr. 138, 2912 Holzplatz und 2913 Fabriksgebäude, im unverbürgten Flächenausmaß von 15.421 Quadratmeter um den Kaufpreis von 8,5 Millionen Schilling zuzüglich 12 Prozent Grunderwerbsnebenkosten (1.020.000 Schilling) sowie Vertragserrichtungskosten von 87.300 Schilling, insgesamt also um den Betrag von 9.607.300 Schilling von der Konkursmasse „Safental“ Kesselbau-Maschinenfabrik Franz Lang Gesellschaft m. b. H. durch das Land Steiermark und
 2. die Einräumung einer unwiderruflichen Option seitens des Landes Steiermark an die Firma HERZ-AKM Armaturen-, Kessel- und Metallwaren Erzeugungsgesellschaft m. b. H., Sebersdorf, auf Erwerb der Betriebsliegenschaft EZ. 362, KG. Sebersdorf, GB. Hartberg, um einen Kaufpreis von 8,5 Millionen Schilling zuzüglich Grunderwerbsnebenkosten, frühestens ab 31. Dezember 1989;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 731/1, über den Landesvoranschlag 1985, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 732/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1984 (1. Bericht);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 733/1, Beilage Nr. 69, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark;

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 370/5, zum Antrag der Abgeordneten Präsident Zdarsky, Kohlhammer, Meyer, Sponer und Genossen, betreffend die Trennung des verwertbaren von dem nicht verwertbaren Müll im Bereich der Landesverwaltung, der Anstalten und Betriebe des Landes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 556/3, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Prof. Dr. Eichinger, betreffend Anpassung der Aus- und Fortbildung von Amts- und Distriktsärzten an die Erfordernisse des Umweltschutzes;

dem Kontroll-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 729/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 8. Juni 1984 über das Ergebnis der Prüfung der Gebarung der Jahre 1978 bis 1982 der Stadtgemeinde Leoben;

dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 597/3, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Ileschitz, Loidl, Prutsch und Genossen, betreffend die rasche Sanierung der Pyhrnautobahn im Bereich Wildon und Lebring;

dem Volksbildungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 423/13, zum Beschluß Nr. 285 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1983 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Pfohl, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Kirner, Dr. Strenitz und Mag. Rader, betreffend die Aufforderung, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß sie die Beiträge für die Sanierung der Grazer Oper wesentlich erhöht;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 540/3, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Hammer, Ofner, Freitag und Genossen, betreffend die Errichtung einer Tourismusfachschule, einer Fachschule für den Fremdenverkehr oder einer Höheren Gewerblichen Lehranstalt für Fremdenverkehr in der Steiermark;

dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/8, zum Antrag der Abgeordneten Prutsch, Kohlhammer, Trampusch, Freitag und Genossen, betreffend die Unterstützung des Projektvorhabens „Kuranstalt Bad Radkersburg“;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 734/1, Beilage Nr. 70, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Industrieförderungsgesetz abgeändert wird;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 735/1, Beilage Nr. 71, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Mittelstandsförderungsgesetz geändert wird;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 736/1, Beilage Nr. 72, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Bauordnung 1968 geändert wird;

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 280/37, zum Beschluß Nr. 135 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Dezember 1982, über den Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Dr. Horvatek, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Heidinger und Ing. Turek, betreffend die Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, dem

Steiermärkischen Landtag jährlich einen Bericht über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes zu geben;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 572/3, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Dr. Horvatek, Kirner, Trampusch und Genossen, betreffend die rechtzeitige Übermittlung des Berichtes über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark und die umgehende Übermittlung von im Auftrag des Landes erstellten Studien an die Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Antrag der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Dipl.-Ing. Schaller und Buchberger, betreffend die Lösung der Abwasserfrage der Gemeinden bzw. der Betriebe des oberen und unteren Raabtales, die Schmutzwasser verursachen;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Hirschmann, Schwab und Schrammel auf Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen an Landesstraßen;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Aufrechterhaltung der Steueraufsichtsaußenstelle in Murau und der allmonatlichen Lohnsteuersprechtag in Murau durch das Finanzamt in Judenburg;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Prof. Dr. Eichinger, Dipl.-Ing. Dr. Dornik und Grillitsch, betreffend die Durchführung von Erhebungen, wie weit die österreichischen Kammern eigene Wohnbauförderungsmaßnahmen für ihre Mitglieder durchführen;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Zellnig, Prutsch, Freitag, Brandl und Genossen, betreffend die rasche Verwirklichung eines naturnahen Wasserbaues in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Halper, Ofner, Kohlhammer, Dr. Wabl und Genossen, betreffend ein Verbot der Verwendung von Spindelöl für den Betrieb von Kraftfahrzeugen;

Antrag der Abgeordneten Prutsch, Trampusch, Kohlhammer, Ileschitz und Genossen, betreffend den Bau eines zweiten Gleises auf der Bahnstrecke Puntigam–Spielfeld der ÖBB;

Antrag der Abgeordneten Brandl, Erhart, Freitag, Halper, Hammer, Hammerl, Dr. Horvatek, Ileschitz, Karrer, Kirner, Kohlhammer, Loidl, Meyer, Ofner, Prensberger, Prutsch, Rainer, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Dr. Wabl, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Erlassung eines Spielapparatgesetzes und die Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe für den Betrieb von Spielapparaten.

Ich erteile nun dem Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Dr. Christoph Klausner, das Wort zur Einbegleitung des Landesvoranschlages für das Jahr 1985.

Landesrat Dr. Klausner: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Hans Gross hat heuer im Jänner in Leoben zur Erinnerung an die Ereignisse im Jahre 1934 die Ausstellung „Für Arbeit, Freiheit und Recht“ eröffnet, der Landtag hat eine Sondersitzung abgehalten, am Grazer Hauptbahnhof wurde ein Mahnmahl errichtet. Die Ereignisse des Jahres 1934 sind, wie ich glaube, einer Geisteshaltung, einer gesellschaftlichen Situation entsprungen, die für die ganzen zwanzig Jahre von 1918 bis 1938 typisch gewesen sind. Der Bundeskanzler hat auf dem SPÖ-Parteitag sogar von einem zweiten 30-jährigen Krieg von 1914 bis 1945 gesprochen. Aber alle diese Anlässe der Erinnerung und des Gedenkens haben zu wenig Menschen erreicht. Die oft zitierte „schweigende Mehrheit“ wollte sich nicht stören lassen. Dabei bestünde der tiefere Sinn ja nicht nur darin, der Politik den Spiegel vorzuhalten. Denn wir haben, glaube ich, den Wert des Miteinanders erkannt. Wir wollen den Menschen, die diese Zeit nicht erlebt haben, zeigen, was damals gewesen ist, damit ihnen das Erreichte überhaupt bewußt wird. Auch ein Blick über die Grenzen würde ihnen die unschätzbaren Vorteile unseres sozialen Friedens bewußtmachen. Die Regierung Thatcher zum Beispiel sieht die britische Wirtschaft in guter Verfassung, obwohl die Zahl der Arbeitslosen auf rund 4 Millionen geschätzt wird. Dabei kommt eine solche Aussage beinahe einer Verniedlichung gleich, wenn man hört, daß im recht prosperierenden Süden „nur“ rund 10 Prozent aller Arbeitskräfte ohne Beschäftigung sind, in dem vom Verfall der klassischen Industrien besonders betroffenen Regionen Mittel- und Nordenglands, aber auch Schottlands dagegen zwischen 15 Prozent und 20 Prozent, in manchen Gegenden sogar bis zu 24 Prozent. In den Vereinigten Staaten haben die Bischöfe den Entwurf eines Hirtenbriefes aufgelegt. Kernsätze aus diesem Dokument schlagen derzeit hohe Wellen. Dort heißt es: „Die Wirtschaft ist für den Menschen da, für alle Menschen, und nicht umgekehrt – kein Individuum, keine Gruppe, Organisation oder Nation hat das Recht auf unbegrenzte Anhäufung von Reichtum – wir glauben, daß das Maß an Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand in unserer Gesellschaft als moralisch unannehmbar gelten muß – unsere größte Sorge ist die Auswirkung unserer wirtschaftlichen Entscheidungen auf die Armen – unser öffentliches Wohlfahrtssystem ist auf jämmerliche Weise unangemessen.“ An vielen Stellen steht das 120 Seiten starke Dokument rundheraus im Gegensatz zu den Grundsätzen und Zielen der Regierung Ronald Reagans. Was die Bischöfe letztlich verlangen, nämlich eine erheblich stärkere und weiterreichende Fürsorge des Staates für die Armen, ist das genaue Gegenteil dessen, was die derzeitige Republikanische Regierung anstrebt. Wenn die Regierung in der drastischen Beschneidung des Staatshaushaltes eine Quelle zur Finanzierung neuer Arbeitsplätze durch die private Initiative des einzelnen erblickt, so sehen es die Bischöfe ganz anders. Das Wachstum der Wirtschaft dürfe sich nicht vollziehen auf dem Rücken und auf Kosten derer, die sich ohne eigenes Verschulden nicht selbst helfen können und die deshalb auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen seien. Unsere Wohlstandsgesellschaft macht uns anscheinend blind, weil sie alles selbstverständlich macht. Sie treibt die heute Benachteiligten geradezu in eine Art Isolierung,

weil sich die Bürokratie ihrer anzunehmen hat, aber schon die Nachbarn davon nichts wissen wollen. Die Wohlstandsgesellschaft führt offensichtlich auch zum Verlust der Menschlichkeit, die Bürokratie bleibt über. Der Einzelne schiebt alles dem Staat, dem Land oder der Gemeinde zu, er glaubt, mit gesetzlichen Regelungen seinen Pflichten nachzukommen, und überläßt immer wieder alles der Bürokratie. Von den Menschen aber, die diese Bürokratie auszuüben und zu vollziehen haben, können wir doch nicht mehr verlangen als von allen anderen. Dazu kommt unser Mißtrauen gegenüber dieser Bürokratie, weshalb wir ein Übermaß an Kontrollen eingerichtet haben. Dies hat auch in den westlichen Demokratien zu einer Flucht aus der Verantwortung geführt. Die Entscheidungen fallen anonym, zumindest kollektiv. Damit frustrieren wir dann nicht nur die Menschen, die mit der Bürokratie zu tun haben, sondern auch die guten Bürokraten. Die Abläufe werden undurchsichtig. Ich glaube nicht, daß Grüne und Alternative ihre Erfolge so guten politischen Ideen zu verdanken haben, es sind Proteste gegen derartige Entwicklungen.

Die Menschen wollen eben nicht mit Apparaten, sondern mit den Menschen zu tun haben. Ich halte daher auch die Entwicklung der Kontrolle durch unsere hierfür geschaffenen Einrichtungen für falsch. Im Nachhinein bekommen wir umfangreiche Berichte, deren Konsequenzen entweder zu einem politischen Hickhack führen oder bestenfalls zu gewissen Veränderungen in den Abläufen. Die Flucht in die Anonymität wird eher gefördert als verhindert. Wir sollten nach Wegen suchen, die persönliche Verantwortung und Risikobereitschaft, die mit jeder Entscheidung verbunden ist, zu stärken und zu belohnen. Verlagerung der Entscheidungen auf die unterste Ebene, die noch möglich ist, erschienen mir da sinnvoller. Stellt eine Kontrolle persönliche Verfehlungen fest, müßte dies auch zu Konsequenzen führen. Dann wird es uns auch gelingen, glaubhaften Umweltschutz zu betreiben. Wenn wir auch Schwierigkeiten wegen der unterschiedlichen Zuständigkeiten haben – Die Kunst wird darin bestehen, gemeinsame Vorgangsweisen herbeizuführen, die sich – ich bin versucht zu sagen, dennoch – im Rahmen der bestehenden Gesetze halten. Österreich hat einen ganz hervorragenden und glaubwürdigen Minister für Umweltschutz, der bereits einiges geleistet hat. Ich denke an den Umweltfonds, an die Ankündigungen über die Bekämpfung des sauren Regens, Naturschutzinitiativen, die Forderung nach Umweltschutzreferenten in den Gemeinden, die Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung und vieles andere mehr. (Beifall bei der SPÖ.) Wir in der Steiermark haben uns entschlossen, einen Umweltfonds einzurichten, der den des Bundes ergänzen soll, und wir werden in der neuen Landesverfassung ebenfalls den Umweltschutzgedanken verankert haben. Ebenso versuchen wir durch höhere Förderung der Abwasserbeseitigung dem Problem der Verunreinigung unserer Gewässer, und insbesondere des Grundwassers, beizukommen. Laufend setzen wir Initiativen, umweltbeeinträchtigende Anlagen hinsichtlich ihrer Emissionen zu beschränken. Allerdings, meine Damen und Herren, besteht diese Einigkeit, in der wir uns ja alle finden, vorläufig vor allem beim Fordern. Wieweit es uns gelingen wird, vom Florianiprinzip wegzukommen, werden wir ja sehen. Werden die Autofahrer

bereit sein, alle möglichen Konsequenzen und Kosten auf sich zu nehmen? Wird die Bevölkerung bei detaillierten Entsorgungsregelungen mittun, die überhaupt nur funktionieren können, wenn sich alle beteiligen? Sind wir bereit, eine Landschaftspflegeabgabe, eine Umweltschutzsteuer zu akzeptieren? Dennoch brauchen wir den Mut zu politischen Entscheidungen, die die Entwicklung vorantreiben. Mit Argumenten läßt sich auch hier so trefflich streiten, daß wir von diesen Auseinandersetzungen kaum Entscheidungshilfen erwarten dürfen. Und allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die uns auch hier nicht gelingen wird. Leider erliegen wir ja immer wieder der Versuchung zu glauben, daß uns das doch gelingen könne. Dabei verlieren wir dann die Glaubwürdigkeit und tragen zu dem Unbehagen an der Politik bei. Dies gilt meiner Meinung nach auch für die Diskussion um den sogenannten Privilegienabbau. Seit einigen Jahren beschließen wir in beinahe regelmäßigen Abständen Gesetze, mit denen wir uns einmal da und dann dort etwas wegnehmen. Hier gewinne ich den Eindruck, daß wir uns recht undifferenziert den Lobbys anbieten. Alle diese Gesetzesbeschlüsse wirken doch als Eingeständnis des schlechten Gewissens. Je mehr wir uns gegenseitig vorrechnen, wer jetzt ein paar Schillinge mehr verdient als der andere, desto weiter treiben wir die Spirale des gegenseitigen Unterbietens. Ich glaube, daß es besser wäre, würden wir jenes Maß an Selbstvertrauen zeigen, von dem der Herr Abgeordnete Loidl gesprochen hat. Ich verstehe schon, daß sich der eine oder andere Politiker in seinem Überlebenskampf mangels anderer Perspektiven mit dem Thema Privilegien zu profilieren versucht. Die großen Parteien jedoch sollten auch hier den Mut aufbringen, zu differenzieren. Wenn man so stark ist, gestalten zu können, dann soll man das tun, dann soll man nicht Getriebener von spekulierenden Minderheiten sein. Haben wir eigentlich schon einmal nachgedacht, wer denn hinter dieser permanenten Politikeranklage steht und was damit bezweckt und erreicht wird? Wieso haben wir es dazu kommen lassen, daß wir uns gegenseitig unsere Gehälter vorwerfen und Skandale oder Skandalchen aufrechnen? Damit soll keiner Vertuschungspolitik das Wort geredet werden. Wo Korruption ist, gehört sie aufgedeckt und beseitigt. Wo Politiker ungerechtfertigte Privilegien haben, sind sie zu entziehen. Aber wir haben auch guten Grund, auf unsere Leistungen stolz zu sein. Es ist doch nicht so, daß wir hier sitzen, eine Unmenge von Geld kassieren, dafür nichts tun und jeder nebenbei noch in einen Skandal verwickelt ist. Außenseiter wird es immer geben, auch unter Politikern.

Die überwältigende Mehrheit ist mit Überzeugung, Ehrlichkeit und Fleiß bei der Sache. Diejenigen, die jedoch glauben, in der Politik nichts anderes tun zu müssen, als allem einen Skandal zu unterstellen, um sich dadurch selbst als Saubermänner zu versuchen, stellen ihren politischen Fähigkeiten ein schlechtes Zeugnis aus. Aber auch die großen Parteien sind aufgerufen, professionelle Brunnenvergifter da und dort zurückzupfeifen. Es ist eine Illusion zu glauben, daß der Stil mancher Herren nur dem politischen Gegner schadet. Werden wir wieder positiver, und seien wir stolz auf das, was wir gemacht haben und machen. Wir haben ein Österreich gebaut, das sich sehen lassen kann, und eine Steiermark, die lebens-

wert und in der es lebenswert ist. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Ich möchte auch heuer wieder versuchen, die wirtschaftliche Situation anhand einiger Ziffern und Zahlen darzustellen. Die Position Österreichs kann sich durchaus sehen lassen. Bevor ich auf statistische Beweise eingehe, darf ich zur Abrundung des Bildes einige Zitate von Helmut Kramer aus seinem Vortrag „Österreich und die Weltwirtschaft“ bringen, den er am 6. November 1984 vor der Österreichischen Länderbank gehalten hat. Dort sagte er: „Die weltwirtschaftliche Position Österreichs wurde in den abgelaufenen eineinhalb Jahrzehnten von einer Reihe eigentlicher Erdbeben erschüttert, und sie hat sich, alles in allem, als recht bebensicher erwiesen.“ Und am Schluß dieses Vortrages faßt Kramer wie folgt zusammen: „Gerade Österreich ist ein besonders guter Nährboden für fatalistische Reaktionen auf wirkliche oder vermeintliche Konkurrenzvorteile der anderen. Die Makroökonomische Betrachtung zeigte bisher im Weltmaßstab eine Wirtschaftsleistung, die sich nach wie vor getrost sehen lassen kann. Freilich haben die letzten Jahre Herausforderungen mit sich gebracht, für die die traditionellen Denkschemata der Strukturpolitik nicht ausreichen. Daher wäre es auch verfehlt, sich gefährlicher Zufriedenheit darüber hinzugeben, daß bisher ohnehin alles gutgegangen ist.“ Ende des Zitates. Österreich wird 1984 voraussichtlich ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent verzeichnen. Wir können eine stete Steigerung seit 1982 feststellen. Ich bin versucht, ein wenig pathetisch zu sagen: Damals war es ein Prozent, 1983 waren es 2,1 Prozent. Weltweit haben die schweren Krisen der zwei Ölpreisschocks das Wachstum deutlich verlangsamt. Österreich konnte jedoch auch in diesen Zeiten seinen Vorsprung durchaus halten. Das durchschnittliche Wachstum der letzten zehn Jahre von 1975 bis 1984 betrug in Österreich 2,4 Prozent. Die beste Entwicklung hatte Japan mit 4,5 Prozent zu verzeichnen. Vor uns liegen noch Norwegen und Finnland mit 3,1 Prozent, USA mit 3 Prozent, Irland mit 2,9 Prozent, Kanada mit 2,6 Prozent. Gleich mit uns Dänemark mit 2,4 Prozent und hinter uns so prominente Wirtschaftsgrößen wie die BRD mit 2,3 Prozent, Frankreich mit 2,2 Prozent und Großbritannien sogar mit nur 1,6 Prozent. Die Schweiz lag sogar nur bei 1,2 Prozent. Der OECD-Europaschnitt betrug 2,1 Prozent. Die Arbeitslosenrate 1984 wird 4,6 Prozent betragen. Sie erscheint zur Zeit stabilisiert. Die Entwicklung ist für uns alle natürlich besorgniserregend. 1980 hatten wir eine Arbeitslosenrate von 1,9 Prozent, 1981 2,4 Prozent, 1982 3,7 Prozent, 1983 4,5 Prozent. Seit Mitte der 70er Jahre hat sich die Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten vervielfacht. In den europäischen OECD-Staaten sind derzeit rund 19 Millionen arbeitslos. Trotz anhaltender Konjunkturerholung wird diese Zahl weiter steigen. Die Entwicklung zeigt, daß auch in Österreich die Rezession die Beschäftigungslage verschlechtert hat. Dank unserer Beschäftigungspolitik ist nunmehr eine Stabilisierung der Arbeitsmarktsituation eingetreten. Die Arbeitslosenrate wird daher merklich hinter den ursprünglichen Prognosen zurückbleiben und nicht einmal halb so hoch sein wie in anderen Industrieländern. Die Jugendarbeitslosigkeit allerdings macht uns aber dabei die größten Sorgen, wir werden alles unternehmen, damit wir nicht die Probleme anderer westlicher Nationen bekommen. Noch einige andere Kennziffern und Vergleiche: Österreich zählt

weltweit zu den Staaten mit bester Kreditwürdigkeit. Die öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung ist mit 62.000 Schilling deutlich geringer als in vergleichbaren Ländern. Dieser Pro-Kopf-Schuldenstand errechnet sich aus den Schulden des Bundes und jenen der nachgeordneten Gebietskörperschaften. Besser als wir liegt Frankreich mit 25.000 Schilling pro Einwohner. Schlechter die BRD mit 69.000 Schilling, Italien mit 73.000 Schilling, Japan und Großbritannien mit 74.000 Schilling, die Schweiz mit 99.000 Schilling und die USA sogar mit stolzen 115.000 Schilling, also fast dem doppelten Betrag von uns. Das Nettodefizit des Bundes, gemessen an den Ausgaben, beträgt 20,4 Prozent. In den USA sind dies 20,9 Prozent, in Japan 27,3 Prozent, in den Niederlanden 21,1 Prozent und in Dänemark 24,8 Prozent. In der BRD beträgt der Anteil des Nettodefizites an den Ausgaben 12,9 Prozent. Die Prognosen für 1985 sind durchaus positiv. Sie lassen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich erwarten. Die Unsicherheit der Prognose liegt in der internationalen Entwicklung, da allgemein eine leichte Abschwächung der Konjunktur erwartet wird.

1985 wird für Österreich eine Wachstumsrate von 3 Prozent vorhergesagt. Die nachlassende Dynamik der Auslandsnachfrage wird im nächsten Jahr durch steigende Inlandsnachfrage ersetzt werden, da die privaten Haushalte auf Grund des Rückganges der Inflationsrate und der leichten Belebung des Arbeitsmarktes über eine höhere Kaufkraft verfügen werden. Die Investitionstätigkeit wird sich weiter beleben und eine stärkere Kreditnachfrage verursachen. 1985 wird die Beschäftigtenzahl um mindestens 0,5 Prozent steigen und die Arbeitslosenrate auf 4,4 Prozent zurückgehen. Dies resultiert aus einer Steigerung der Produktion und aus der Tatsache, daß die Unternehmen ihren Beschäftigtenstand in den letzten Jahren stark reduziert haben und endlich auch durch Neueinstellungen auf Produktionssteigerungen, auf steigende Nachfrage reagieren müssen. Die Inflationsrate wird im nächsten Jahr von 5,5 Prozent auf 4 Prozent zurückgehen. Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, ist Österreich trotz des erwarteten internationalen Konjunkturrückganges wieder recht optimistisch. Wir können mit Ruhe auf das Jahr 1985 schauen. Generell können wir auch davon ausgehen, daß die Steiermark linear die österreichische Entwicklung mitmacht. Eine Verbesserung zu anderen Bundesländern, das Erreichen der gesamtösterreichischen Werte wird erst möglich sein, wenn wir unsere Strukturprobleme sowohl in wirtschaftlicher als auch in verkehrstechnischer Sicht wirksamer bekämpfen können. Die Entwicklung der Arbeitslosenrate in der Steiermark zeigt ein Ansteigen von 1980 mit 2,2 Prozent bis 1983 mit 5,2 Prozent. Die in der Steiermark dominierende Grundstoffindustrie konnte sich heuer auf Grund des Konjunkturaufschwunges etwas erholen. Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß die Erholungsphase von längerer Dauer ist, so daß wir Gefahr laufen, wieder in die Situation des Vorjahres zurückzufallen. Die Umstrukturierungstendenzen zeigen sich in den Beschäftigtenzahlen in den verschiedenen Wirtschaftssektoren. Die Industriebeschäftigten im Bergbau sind in der Steiermark seit 1971 von 10,5 Prozent auf 6,5 Prozent zurückgegangen. In der Eisenindustrie von 16,7 Prozent auf 14,8 Prozent, in der Papierindustrie von 6,2 Prozent auf 4,6 Prozent und in

der Glasindustrie von 2,6 Prozent auf 1,2 Prozent. Dem steht gegenüber, daß sich im gleichen Zeitraum der Anteil der Beschäftigten in der Maschinenindustrie von 12,2 Prozent auf 15,9 Prozent und in der Elektroindustrie von 7,1 Prozent auf 11,1 Prozent erhöht hat. Ich sehe darin doch einen entsprechenden Strukturwandel. In der Steiermark hat die Stahlkrise wesentlich weniger Beschäftigung gekostet als in Westeuropa. In der BRD, in Italien, Frankreich und Großbritannien arbeiten dort heute annähernd nur mehr halb soviel Menschen wie 1979. Der Rückgang in der Steiermark betrug jedoch nur 20 Prozent. Das ist sicher als Zeichen verantwortungsbewußter Handlungsweisen der verstaatlichten Industrie zu sehen, die unter dem Druck von Regierung und Gewerkschaften bisher radikale personelle Abmagerungskuren vermieden hat. Ob jedoch der derzeitige Aufschwung genügt, die so praktizierte Beschäftigungspolitik zu einer Beschäftigungsstabilität auch in diesem Bereich hinzuführen, bleibt dahingestellt. Die Umstrukturierung in Richtung Ansiedlung zukunftsträgiger Betriebe wird ein langfristiger Prozeß bleiben, um den wir uns weiter bemühen müssen. Wenn man allerdings die derzeitige Situation der Wirtschaftsförderung betrachtet, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß sich eine gewisse „Förderungsmentalität“ breitmacht. Ich meine damit den Zustand, daß nahezu kein Vorhaben durchgeführt wird, ohne daß zunächst die Frage nach möglichen Förderungen gestellt wird. Dabei hat sich seit Inkrafttreten der beiden steirischen Wirtschaftsförderungsgesetze eine Vielzahl von kleinen Förderungsaktionen gebildet, bei denen nur mehr Eingeweihte einen gewissen Überblick haben. Des öfteren wurde in solchen Aktionen vom Grundsatz abgegangen, daß eine Förderung Anreiz für eine Investition sein soll. Die Investitionsentscheidungen liegen im Zeitpunkt der Antragstellung meist vor beziehungsweise wurden diese Investitionen zum Großteil schon getätigt. Man kann in diesem Fall nur mehr von einem „Mitnahmeeffekt“ der Förderung sprechen. Zukunftsweisende Investitionen werden auch ohne massive Förderungen durchgeführt, da sich die Rentabilität aus einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ergibt und nicht aus einer Optimierung des zu erreichenden Förderungseinsatzes. Durch die Vielzahl der Landes- und Bundesförderungen ergibt sich außerdem das Problem eines gewissen Informationsdefizites. Derjenige, der sich in diesem Förderungsdschungel am besten zurechtfindet, wird auch die höchste Förderung erreichen. Ein solcher Grundsatz liegt weit weg von der ursprünglichen Zielsetzung der steirischen Wirtschaftsförderungsgesetze. Etliche Firmen haben bereits erkannt, daß es sich lohnt, einen Mitarbeiter speziell mit der Abwicklung von Förderungsansuchen zu beschäftigen. Der dadurch entstehende Personalaufwand wird von den zu erreichenden Förderungen meist bei weitem übertroffen. Deshalb wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Institutionen, Vereinen und sonstigen Einrichtungen geschaffen, die sich speziell mit der Beratung von Firmen über mögliche Förderungen beschäftigen. Aus dieser Tätigkeit resultieren dann vermehrte Förderungsanträge, die den Impulscharakter der Förderungen aber genauso in Frage stellen.

Ein weiteres, wenn nicht überhaupt das Hauptproblem der Wirtschaftsförderung in der Steiermark liegt in den Sanierungsnotwendigkeiten. Beschäftigungspö-

litische Problemsituationen tauchen immer wieder, für den Außenstehenden oft völlig überraschend, auf. In Wirklichkeit sind sie Ausdruck der in der Steiermark vorgegebenen Strukturen. Auch wenn Wirtschaftsfachleute zur Meinung gelangen, daß in dem einen oder anderen Fall eine mit einer Sanierung verbundene Förderung nicht mehr zu rechtfertigen ist, wird der Politiker gezwungen sein, eine Lösung anzustreben, die für die betroffene Region keine katastrophalen Beschäftigungsauswirkungen hat. Dies bedingt zumeist einen außerordentlichen Einsatz von Geldmitteln und hat in zweiter Linie zur Folge, daß das erstmalige Engagement meist mehrere Folgeengagements nach sich zieht. Verstärkt wird die Entwicklung derzeit durch die Gewährung von Zuschüssen, die über mehrere Jahre hindurch das Budget belasten. Diese Praxis führt dazu, daß die Mittel für die Wirtschaftsförderung bereits in der ersten Jahreshälfte erschöpft sind. Wenn es nicht gelingt, diesen Kreislauf zu durchbrechen, wird sich der Bewegungsspielraum in der Wirtschaftsförderung irgendwann dem absoluten Nullpunkt nähern. Auf Sicht wird das Beibehalten dieser Vorgangsweisen nicht mehr haltbar sein. Es müßte daher zu einer grundsätzlichen Neuorientierung kommen. Derzeit steht die Novellierung der aus dem Jahre 1977 stammenden Wirtschaftsförderungsgesetze zur Debatte. Dies wäre ein geeigneter Anlaß, um grundsätzlich über die Förderpolitik des Landes Steiermark für die kommenden Jahre neue Weichenstellungen vorzunehmen. Dabei sollte soweit als möglich versucht werden, die Wirtschaftsförderung zu einem echten Instrument der Beschäftigungspolitik zu machen. Wenn wir auch den Rettungsaktionen nicht ausweichen können – darüber hinaus sollten wir dennoch die Budgetmittel des Landes nur für echte Neugründungen und Erweiterungen, die diesen Namen auch wirklich verdienen, einsetzen. Daneben haben wir im Landesbudget bekanntlich indirekte, jedoch nicht weniger wirksame Instrumente der Wirtschaftsförderung, namentlich unsere im Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm aufscheinenden Vorhaben, wie das Energiespar-, das Revitalisierungs-, das Landesstraßen- und vor allem das Steiermärkische Wohnbau-Sonderprogramm. Wir müssen jedoch auch diese Programme jährlich auf ihre Effizienz überprüfen und den Mut haben, das eine oder andere auslaufen zu lassen, wenn die Voraussetzungen hierfür nicht mehr gegeben sind. Einige Worte zu den aktuellen Problemen in der Steiermark, die ihren Niederschlag im Budget noch nicht gefunden haben. Die Frage der Landesholding ist für mich grundsätzlich geregelt, wenn die ausgehandelten Bedingungen bleiben. Ich bin auch der Meinung, daß wir die Chance haben, hier zu besseren Serviceleistungen für die Gesellschaften zu kommen, die eben von ihrer personellen Ausstattung her eher der Entstehungsgeschichte als der Notwendigkeit professioneller Führung entsprechen. Die Gestion der Gesellschaften vor Ort kann verbessert werden. Wir wissen, daß die Entwicklung gezeigt hat, daß die örtliche Initiative zu einer Besetzung von Geschäftsführungspositionen durch die Bürgermeister oder örtlichen Funktionäre geführt hat. Eine Entwicklung, die wir durchaus akzeptiert haben. Heute aber wissen wir, daß wir durch die Konkurrenzverhältnisse nahezu gezwungen sind, Profis agieren zu lassen. Diese Profis in der Holding werden den Gesellschaften

den nötigen Rückhalt geben. Die erfolgreiche Beteiligungspolitik des Landes bleibt bewahrt. Um Mißverständnisse zu beseitigen: sie war und wird auch immer von den Regierungsparteien getragen werden. Die Diskussion um eine andere Lösung für die Verwaltung der Krankenanstalten ist noch im Gange.

In den seit Frühjahr dieses Jahres laufenden Verhandlungen über die Weiterführung des Krankenanstaltenfinanzierungsplanes, kurz KRAZAF, ist zwischen Bund und Ländern zwar noch keine endgültige Übereinkunft zustande gekommen, in wesentlichen Punkten wurde jedoch ein Einvernehmen erzielt. Danach soll der KRAZAF mit den schon bisher geltenden Finanzierungsmitteln des Bundes und der Gemeinden in Höhe von 1,416 Prozent und der Länder mit 0,678 Prozent des gesamten Aufkommens an Umsatzsteuer finanziert werden. Weiters werden dem Fonds gemäß Paragraph 447 ff. ASVG beträchtliche Mittel von der Sozialversicherung zur Verfügung gestellt. Die Einzahlungen aus diesen Quellen werden im Jahr 1984 für den Bund 1685 Millionen Schilling, für die Länder 806 Millionen Schilling, für die Gemeinden 546 Millionen Schilling, für den Hauptverband 1174 Millionen Schilling betragen. Ich möchte auf diese Verhandlungen näher eingehen, weil sie sich offensichtlich zu einem ähnlichen Dauerbrenner der Innenpolitik entwickeln wie die Finanzausgleichsverhandlungen. Die bisher vom Bund in Höhe von 140 Millionen Schilling und vom Hauptverband in Höhe von 260 Millionen Schilling geleisteten Sonderzuschüsse sollen nach den bisherigen Verhandlungsergebnissen in den Jahren 1985 bis 1987 von Jahr zu Jahr gesteigert werden, und zwar mit folgenden Beträgen: vom Bund her im Jahre 1985 210 Millionen Schilling, im Jahre 1986 230 Millionen Schilling, im Jahre 1987 250 Millionen Schilling; seitens des Hauptverbandes im Jahre 1985 880 Millionen Schilling, im Jahre 1986 1000 Millionen Schilling, im Jahre 1987 1160 Millionen Schilling. Diese Beträge treten anstelle der oben erwähnten Sonderzuschüsse von Bund und Hauptverband und bedeuten für das Jahr 1985 bereits eine Steigerung der zusätzlichen Mittel um 690 Millionen Schilling, im Jahr 1986 und im Jahr 1987 eine Steigerung um 1010 Millionen Schilling.

Diese beträchtlichen finanziellen Zugeständnisse des Bundes und insbesondere des Hauptverbandes der Sozialversicherung werden durch das Zugeständnis des Bundes ergänzt, die Abrechnung und Nachzahlung der Zweckzuschüsse des Bundes gemäß Paragraphen 57 bis 59 KAG für die Zeit vor Bildung des Krankenanstaltenfonds im Sinne der diesbezüglichen Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes durchzuführen. Diese Nachzahlungen, die den Bund mit voraussichtlich 756 Millionen Schilling belasten werden, sollen in sieben Jahresraten à 100 Millionen Schilling und einer Restrate in den Jahren 1985 bis 1992 geleistet werden. Die einzelnen Krankenanstalten werden bei der Abwicklung dieser Nachzahlung so behandelt, wie dies aus den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes ableitbar wäre.

Diese beträchtlichen finanziellen Zugeständnisse des Bundes und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger wurden von diesen allerdings mit einer Reihe von Bedingungen verknüpft, welche die Dispositionsmöglichkeiten der Länder im Krankenanstalten-

wesen einzuschränken geeignet sind. So verlangt der Bund nach Ablauf der dreijährigen Vertragsdauer des Krankenanstaltenfonds, das ist also ab 1988, die verbindliche Einführung eines neuen Finanzierungssystems, über dessen Ausgestaltung vorläufig noch keine Einigung erzielt wurde. Während der Bund ein Kostenvorgabesystem vorschlägt, wollen die Länder eine tatsächliche Abstimmung des Finanzierungssystems auf die Leistungen der Spitäler. Die Länder argumentierten damit, daß mit einem „Budgeting System“ nichts anderes geschehen würde, als das schon überwunden geglaubte Abgangsdeckungsprinzip neu zu beleben. Der Bund hingegen glaubt, mit einem Kostenvorgabesystem die Krankenhauskosten tatsächlich in den Griff zu bekommen. Da zur Zeit das Deckungsverhältnis außerordentlich verschieden ist und zum Beispiel im Jahr 1982 das Deckungsverhältnis in Wien 41,1 Prozent, in der Steiermark 62,8 Prozent betrug, würde die Gefahr bestehen, daß ein generell eingeführtes Kostenvorgabesystem verbunden wird mit einer gleichmäßigen Verwendung der Mittel der Sozialversicherung und des Krankenanstaltenfonds. Hierbei käme es zu einem in Gesamtösterreich nivellierten Deckungsverhältnis, so daß bisher sparsam arbeitende Spitäler mit hohem Deckungsverhältnis zugunsten teurer Spitäler mit niedrigerem Deckungsverhältnis beträchtliche Mittel abzuführen hätten. Bei einem leistungsbezogenen Finanzierungssystem, wie die Länder es vorschlagen, sollten aber die tatsächlich gerechtfertigten Kosten bezahlt werden, so daß der Sparsame belohnt und der kostenaufwendig Arbeitende bestraft wird.

Der Bund hat weiters verlangt, daß ein verbindlicher Österreichischer Krankenanstaltenplan erarbeitet wird, der in der Folge Grundlage für alle Förderungsmaßnahmen sein soll. Diesem Verlangen haben sich die Länder gefügt, obwohl in dieser Forderung eine verfassungsrechtliche Einschränkung von Länderkompetenzen enthalten ist.

Weiters besteht schon Einverständnis darüber, daß Neu- und Zubauten, welche eine Erweiterung des Umfangs oder des Zweckes zur Folge haben, von der Fondsversammlung genehmigt werden müssen, widrigenfalls weder für die Investition noch in der Folge für den Betrieb Zuschüsse gewährt werden.

Schließlich verlangte der Bund die Bildung einer neuen Kommission, der die Vorbereitung der Strukturänderung im österreichischen Krankenanstaltenwesen obliegen soll. Diesem Verlangen haben die Länder unter der Bedingung zugestimmt, daß in der Kommission alle neun Landesfinanzreferenten vertreten sind.

Die Länder haben ihre Zugeständnisse wiederum davon abhängig gemacht, daß der Hauptverband der Sozialversicherungsträger den Krankenanstalten die Zahlung der Summe der Pflegelage des Jahres 1984 garantiert. Diese Garantieklausel sichert den Krankenanstalten während der Vertragsdauer in den Jahren 1985 bis 1987 auch dann entsprechende Einnahmen, wenn sie durch strenge Rationalisierungsmaßnahmen, wie Abbau von Betten oder Verminderung der Verweildauer, Einsparungen gegenüber der Zahl der Pflegelage des Jahres 1984 erzielen.

Noch keine Einigung wurde unter den Ländern einerseits und zwischen Ländern und Bund andererseits über die Aufteilung der von Bund und Hauptverband zugesagten zusätzlichen Mittel erzielt. Die Lan-

desfinanzreferenten haben den Vorschlag gemacht, daß diese zusätzlichen Mittel von 1090 Millionen Schilling im Jahre 1985 dazu verwendet werden, wie bisher einen Teilbetrag drei in Höhe von 400 Millionen Schilling zu dotieren. Dieser Teilbetrag drei dient der Bezuschussung von Ausbildungskosten, Ambulanzleistungen, Spitzenversorgung, Leistungen an Fremdpatienten, Finanzierung degressiver Belagstage und Verringerung der Belagsdauer. Der Restbetrag von 690 Millionen Schilling soll nach dem Voranschlag der Länder zu 30 Prozent auf Wien und die restlichen 70 Prozent nach der Volkszahl auf die Länder ohne Wien verteilt werden. In den Jahren 1986 bis 1987 sollen ebenfalls je 400 Millionen Schilling für diesen Teilbetrag drei reserviert werden, während die restlichen Beträge von 830 Millionen Schilling 1986 und von 1010 Millionen Schilling 1987 nach dem vorerwähnten Muster verteilt werden sollen. Diese Länderquoten sind nach dem Vorschlag der Landesfinanzreferenten innerhalb der Länder nach Leistungskriterien, wie Zahl der Pflegeetage, Zahl der Pflegefälle und Ambulanzleistungen, zu verteilen. Über diesen Verteilungsvorschlag kam deswegen noch keine Einigung zustande, weil das Land Tirol einen Vorzugsanteil zur Finanzierung von Leistungen der Transplantationschirurgie verlangt. Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger verlangt auch einen Sonderbeitrag für Leistungen der extracorporalen Stoßwellenlithotripsie. Diesem Begehren Tirols und des Hauptverbandes haben sich die anderen Länder bisher nicht angeschlossen, der steirische Vertreter insbesondere deshalb, weil diese Sonderbeiträge auch für die anderen Universitätskliniken, wie Graz, zur Verfügung stehen müßten, wenn derartige Leistungen von diesen erbracht werden. Die Verhandlungen über diese offenen Fragen werden am 3. Dezember fortgesetzt. Ich kann nicht vorhersagen, ob es zu einer Einigung kommen wird, wenn ich dies auch hoffe.

Schließlich wurde in diesem Jahr das Grazer Opernhaus renoviert, worauf ich doch noch besonders hinweisen möchte. Bis zur Eröffnung am 12. Jänner 1985 sind es nur mehr fünf Wochen, und der Kostenrahmen wird Dank der gemeinsamen Bemühungen aller eingehalten werden können.

Die Vereinigten Bühnen werden aber nicht nur eine renovierte Oper, sondern sollen auch eine neue rechtliche und finanzielle Basis erhalten. Das vom Theaterausschuß bereits genehmigte neue Übereinkommen zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz über die gemeinsame Führung der Theaterbetriebe und des Grazer Philharmonischen Orchesters sieht folgende wesentliche Neuerungen vor:

- Ordnung der Eigentums- und Verwaltungsverhältnisse,
- Übertragung der Instandhaltung der Gebäude an die Theaterleitung und den Theaterausschuß sowie Schaffung eines Instandhaltungsfonds,
- Gesamtfinanzierung sämtlicher Aufwendungen durch feststehende Jahreszuschüsse der Stadt Graz und des Landes Steiermark an die Vereinigten Bühnen, verbunden mit einem Leistungsanreiz durch Gewährung eines besonderen Zuschusses in der Höhe von 10 Prozent der jeweils erzielten Einnahmen,

- Unterstützung der Theaterbetriebe durch Verzicht auf die Einhebung von Landes- und Gemeindeabgaben,
- Gleichzeitig aber eine Stärkung des Theaterausschusses, um eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten.

Eine Beratung und Beschlußfassung dieses neuen Übereinkommens im Steiermärkischen Landtag und im Gemeinderat verzögert sich dadurch, da es seit Wochen auf seiten des Landes nicht gelingt, die Frage des Kostenteilungsschlüssels zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark zu klären. Im Interesse der Vereinigten Bühnen ist zu hoffen, daß dieses „Theater“ zum Wohle des Theaters bald ein gutes Ende findet.

Meine Damen und Herren! Ich habe heuer dem Hohen Landtag eine Budgetvorschau der Jahre 1985 bis 1987 vorgelegt. Diese Budgetvorschau wurde von allen Fraktionen mit großer Zustimmung angenommen und als Einleitung eines Konsolidierungsprozesses angesehen. In dieser Budgetvorschau war für 1985 im ordentlichen Haushalt ein Abgang von 979,8 Millionen Schilling vorgesehen. Der außerordentliche Haushalt sollte einen Umfang von 600 Millionen Schilling haben. Der von mir in die Regierung eingebrachte Entwurf sah im ordentlichen Haushalt einen Abgang von 985,7 Millionen Schilling und im außerordentlichen Haushalt einen Umfang von 777,7 Millionen Schilling vor. Das Ihnen vorliegende Budget 1985 sieht im ordentlichen Haushalt einen Abgang von einer Milliarde 115,8 Millionen Schilling vor, das sind 136 Millionen Schilling mehr als in der Budgetvorschau. Der außerordentliche Haushalt hat einen Umfang von einer Milliarde 536,4 Millionen Schilling, also um 936,4 Millionen Schilling mehr als die Budgetvorschau. Der Gesamtabgang erhöhte sich somit von einer Milliarde 579,8 Millionen Schilling auf zwei Milliarden 652,2 Millionen Schilling oder um insgesamt einer Milliarde 72,4 Millionen Schilling.

Nun ist dazu zu sagen, daß mein Voranschlagsentwurf die außerordentlichen Sonderprogramme nicht berücksichtigt hat. Wie ich vorher schon erwähnt habe, halte ich jedoch diese Programme vor allem als Mittel der Beschäftigungspolitik für ungemein wichtig. Sie sind Instrument der Wirtschaftsförderung und politisch vertretbar, ja geradezu notwendig. Aus der Erkenntnis, daß die derzeitige Erholungsphase noch nicht als anhaltender Aufschwung gewertet werden kann, ist eine Verstärkung der Ausgabenseite zugunsten wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Sinne einer antizyklischen Budgetierung durchaus richtig.

Wir hoffen auf ein Greifen dieser Programme und werden die Wirksamkeit analysieren. Sollte sie da und dort nicht mehr gegeben sein, werden wir diese Programme zu reduzieren oder einzustellen haben.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß der neue Finanzausgleich eine Verschlechterung der Budgetsituation der Länder verhindert. Die Verhandlungen über diesen Finanzausgleich sind erfolgreich zu Ende geführt worden und brachten folgendes Ergebnis: Die Gewerbesteuer vom Kapital wird, wie schon im Jahre 1984 begonnen, in zwei weiteren Etappen gänzlich abgeschafft. Der hiedurch bei den Gemeinden entstehende Ausfall wird durch den Bund ersetzt, indem das Beteiligungsverhältnis an der Gewerbesteuer von derzeit 50:50 zugunsten der Gemeinden verschoben wird.

Die Verhandlungspartner erklärten sich damit einverstanden, daß „alle vermögensrechtlichen Ansprüche, die sich auf die Finanzausgleichsgesetze gründen, bei sonstigem Ausschluß nur innerhalb von fünf Jahren geltend gemacht werden können.“ Alle mit festen Beträgen im Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen Finanzausweisungen, Zweckzuschüsse und ähnliche werden valorisiert und um 40 Prozent erhöht.

Dies sind die Zuschüsse für Theater und Orchester, ÖBB, Gemeinden, Fremdenverkehr, Personennahverkehr und Umweltschutz. Der Zweckzuschuß für Spielbankgemeinden bleibt unberührt.

In der Auftragsverwaltung werden die bezug habenden gesetzlichen Bestimmungen neu gefaßt, die Pauschalabgeltung wird im Bundesstraßenbau mit 10 Prozent und im Bundeshochbau mit 12 Prozent festgesetzt. Beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel soll die unterste Stufe gemäß Paragraph 8 Absatz 3 Finanzausgleich (Gemeinden mit höchstens 1000 Einwohnern) mit dem Vervielfacher von Eineinsechstel wegfallen. Die Landesumlage gemäß Paragraph 4 Finanzausgleich soll von derzeit 10,5 auf 8,3 von Hundert der ungekürzten rechnermäßigen Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gesenkt werden. Der hiedurch den Ländern entstehende Ausfall soll durch Erhöhung von Ertragsanteilen der Länder an gemeinschaftlichen Bundesabgaben zu Lasten des Bundes kompensiert werden.

Der Vorzugsanteil der Länder Niederösterreich, Burgenland und Steiermark an der Mineralölsteuer gemäß Paragraph 8 Absatz 2 Ziffer 7 Finanzausgleich soll in Zukunft entfallen. Da es sich bei diesen drei Bundesländern um Kopfquotenländer handelt, wird dieser Steuerausfall durch Erhöhung des Kopfquotenausgleiches kompensiert, allerdings mit einer zeitlichen Verschiebung von einem Jahr.

Der Bund stellt den Gemeinden einen Betrag in Höhe von 1,4 von Hundert der ungekürzten Ertragsanteile der Gemeinden zur Verbesserung der Finanzstruktur finanzschwacher Gemeinden zur Verfügung. Dieser Betrag wird nach der Volkszahl auf die Länder aufgeteilt. Aus den Länderteilbeträgen werden finanzschwache Gemeinden Zuschüsse nach einem noch einvernehmlich festzusetzenden Finanzkraftschlüssel erhalten. Der neue Finanzausgleich soll auf die Dauer von vier Jahren, also bis Ende 1988, abgeschlossen werden. Der formelle Abschluß wird in den nächsten Tagen erfolgen. Wir können feststellen, daß dieser neue Finanzausgleich für die Gemeinden eine echte Verbesserung darstellt und für die Länder insofern günstiger ist, als die Kosten in der Bundesauftragsverwaltung nunmehr als abgegolten angesehen werden können. Sie sehen, meine Damen und Herren, daß dieser Finanzausgleich ausschließlich vom Bund finanziert wurde.

Abschließend stelle ich fest, daß wir durch dieses Budget der Steiermark wertvolle Impulse geben und den Steiererinnen und Steirern versichern können, daß ihre Steuerschillinge nach bestem Wissen ausgegeben werden. Ich bedanke mich bei allen, die an der Erstellung des Landesvoranschlages 1985 mitgewirkt haben, meinen Regierungskollegen und der Beamtenschaft, namentlich Herrn Wirklichen Hofrat Dr. Tito Kriegseisen und Herrn Oberrechnungsrat Otto Pirzl.

Ich ersuche Sie, dem vorliegenden Landesvoranschlag 1985, dem beigeschlossenen Dienstposten- sowie dem Krafffahrzeug-Systemisierungsplan Ihre Zustimmung zu geben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten für die Darlegung des Landesvoranschlages 1985 und komme nun zur Tagesordnung.

1. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 707/1, betreffend die förderungsweise unentgeltliche Übereignung eines Teiles der landeseigenen Liegenschaft EZ. 118, KG. Diemlach, GB. Bruck an der Mur, an die „Geschützte Werkstätte Steiermark Ges. m. b. H.“ zur Errichtung einer Produktionsstätte in Kapfenberg-Diemlach für die Beschäftigung von Behinderten.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Maitz: Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In der Vorlage handelt es sich um die unentgeltliche Übertragung eines Teiles der seinerzeitigen Werkshallen der Firma Felten und Guillaume an die „Geschützte Werkstätte Steiermark Ges. m. b. H.“ Die Liegenschaft ist in der Vorlage genau beschrieben. Um dem sozialen Aspekt dieses Projektes besonders Rechnung zu tragen, ist der Antrag gestellt worden, diese Liegenschaft im Wert von zirka drei bis vier Millionen Schilling unentgeltlich zu übertragen.

Der Finanz-Ausschuß hat die Vorlage behandelt. Ich stelle verändert zum Mündlichen Bericht Nr. 43 nunmehr den Antrag, die unentgeltliche Übereignung eines Teiles der landeseigenen Liegenschaft EZ. 118, KG. Diemlach, GB. Bruck, samt den darauf befindlichen Baulichkeiten an die „Geschützte Werkstätte Steiermark Ges. m. b. H.“ zum Zwecke der Errichtung einer Produktionsstätte in Kapfenberg-Diemlach, in welcher 50 Behinderte beschäftigt werden sollen, zu genehmigen.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm. Ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit die Redner gehört werden.

Abg. Karrer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zur Vorlage des Finanz-Ausschusses, die hier vorgebracht wurde, über die Überlassung eines Grundstückes für die Errichtung einer Baulichkeit beziehungsweise Zuführung zum Zweck der Errichtung einer geschützten Werkstätte. Dies ist sicher kein Streitpunkt. Ich bin überzeugt, daß alle im Hause vertretenen Parteien positiv dazu stehen. Die jüngste Vergangenheit zeigt, wie wertvoll, wie nützlich und auch wie menschlich in dieser Richtung in unserem Bundesland gearbeitet wird. Wenn heute konkret die Bitte gestellt wird vom Verein, dann ist festzustellen, daß ein Ja zur Überlassung des Grundstückes und des Areals für die Baulichkeiten gegeben wird. Ich glaube, daß doch einige Sätze zu sagen sind. Vom Blickfeld des Verantwortlichen in der Obersteiermark, hier ist ja der Herr Landesreferent Gruber beheimatet, und auch ich als Abgeordneter im Mürztal bin zutiefst bewegt, daß nun

hier in der Obersteiermark daran gedacht wird, eine geschützte Werkstätte für einen bestimmten Personenkreis unserer Mitmenschen zu errichten. Sicher geht das Bemühen jahrelang, jahrzehntelang zurück. Aber konkrete Auswirkungen zeigten sich erst im Herbst, als in Graz eine geschützte Werkstätte eröffnet und ihrer Bestimmung übergeben wurde. Dieses Bauvorhaben ist ein Zusammenwirken von Bund und Land. Finanziell wurde es 50 zu 50 bewerkstelligt, so daß ich glaube, daß wir hier eine Verpflichtung haben, in dieser Form unseren Mitmenschen zu helfen. Es ist erfreulich, daß in der kurzen Zeit des Bestehens des Vereines „Geschützte Werkstätte Steiermark Ges. m. b. H.“ sehr viel an Aktivitäten gesetzt und auch schon sehr viel geleistet wurde. Man muß sich nur vor Augen führen, daß diese Menschen, die hier zu betreuen sind, auf Grund ihrer körperlichen Gebrechen, auf Grund ihrer Verfassung nicht immer in den freien Wirtschaftsprozess einzugliedern sind, daß sie nicht liebevoll und auch nicht gerne aufgenommen werden. Aber für uns ist es eine Verpflichtung, bei jeder sich bietenden Gelegenheit festzustellen und dahin zu wirken, daß diese Menschen voll in die Gesellschaft und in das Arbeitsleben integriert werden. Daß wir dadurch eine Hilfe für die Eltern erbringen, braucht nicht betont zu werden. Vielmehr ist es das Psychologische für diese Menschen selbst, daß sie sich bewußt werden, nicht nur als Esser zu Hause zu sein, sondern daß sie auch selbst erwerbstätig sind. Dazu gibt es viele Möglichkeiten, viele Vorstufen. Wenn dies bewerkstelligt und abgeschlossen wird, dann werden sie nach Prüfung durch ein Team, wo die verantwortlichen Vertreter dieser Gesellschaft sitzen, eingegliedert und werden zu dem derzeitigen Kollektivvertragslohn bezahlt. Das ist der Ansporn für diese Menschen. Daß hier schöne Erfolge erbracht wurden, beweist die Auftragslage. All jene, die eine Arbeit bestellt und sie nun zur vollsten Zufriedenheit erhalten haben, erteilen an die geschützte Werkstätte wieder neue Aufträge. Als Vertreter der Obersteiermark darf ich sagen, daß es mich freut, daß heute dieser Tagesordnungspunkt verwirklicht wird, weil es doch im obersteirischen Raum zirka 750 behinderte Menschen gibt, die einer derartigen Beschäftigung, einer Betreuung durch die öffentliche Hand, zugeführt werden müssen, und daß dies gerade im obersteirischen Raum dringlich ist, meine Damen und Herren, wissen wir. In dieser Struktur, wo sich die Stahl- und Eisenbranche befindet, Leute unterzubringen, ist schwer, und Sie werden verstehen, wenn ich sage: Herr Landesrat Gruber, danke für Ihr Bemühen. Machen Sie so weiter im Interesse der Mitmenschen, für die auch wir eine Verpflichtung haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Wir haben in der vergangenen Stunde eine sehr eindrucksvolle Einbegleitungsrede des Finanzreferenten gehört, und da der Herr Landesfinanzreferent die unverhohlene Frustration über unser Engagement im Privilegienabbau und in der Kontrolle nicht verhehlt hat, erlauben Sie mir zu Beginn eine kleine Anmerkung dazu. Vielleicht liegt diese Frustration darin, daß

zwischen uns einige Jahre liegen. Zwischen anderen Mitgliedern seiner Fraktion und mir liegen weniger Jahre, vielleicht verstehen wir uns in diesen Fragen daher mit den anderen besser. Aber zwischen den vielen jungen Menschen, die diese Anliegen prägen, und den Verantwortungsträgern liegen genausoviele Jahre. Vielleicht ist diese Kritik nicht deswegen, weil man keine anderen Perspektiven hat, sondern auf Grund der Überzeugung, daß die alten Perspektiven allein, die hier zum Tageslicht gekommen sind, zur Beantwortung der Zukunftsfragen einfach nicht ausreichen. Meine Damen und Herren, und nun zu diesem Stück.

Ich bin sehr froh, daß wiederum und neuerlich eine solche Initiative realisiert wird, weil ich gerade im Sozialbereich ohne Einschränkung vertrete, daß Initiativen, die nicht nur durch die öffentliche Hand getragen werden, sondern eher im privaten Bereich liegen, in diesem Fall durch eine Reihe von Organisationen, die auch öffentlich sind, aber privatrechtlich in einem Verein organisiert, uns in der Sozialpolitik sehr weiterhelfen werden. Ich unterstütze daher namens meiner Fraktion sehr gerne dieses Stück, und wir sind froh, daß auch im obersteirischen Raum eine Initiative, die, wie ich mich selbst überzeugen konnte, in Graz sehr positiv funktioniert, ebenfalls Platz greifen kann. Aber wenn man private Initiativen im Sozialbereich unterstützt, dann sollte man nicht verabsäumen, etwas, was in diesen Tagen erschütternd die Öffentlichkeit beschäftigt, ebenfalls zum Anlaß zu nehmen, ein paar Worte zu verlieren. Es ist erschütternd, meine Damen und Herren, wie rasch, faktisch über Nacht, das Modell Paflik zum Fall geworden ist. Man sollte diese Situation zum Anlaß nehmen, einen dringlichen Appell an die Öffentlichkeit zu richten. Nicht alle Pflegemütter, nicht alle privaten Modelle, die es gibt, nur auf Grund dieses einen schrecklichen Falles negativ abzustempeln. Das heißt, kein negatives und kein ständiges Nein zu Modellen, die weg vom Heim und hin zum privaten Bereich führen. Und aus diesem Grund, meine Damen und Herren, halte ich die Enquete, die mir der Herr Landesrat Gruber freundlicherweise zugesagt hat, über private Modelle im Sozialbereich für nicht weniger wichtig, sondern für noch wichtiger, damit wir klären, was möglich ist, meine Damen und Herren. Wenn wir heute morgen allerdings die Zeitungen aufschlagen, so erhalten wir den Eindruck, daß hier an der nötigen Aufsicht durch die Bezirksverwaltungsbehörde möglicherweise einige extreme und entscheidende Fehler begangen wurden. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Wichtigkeit dieses Falles und die Wichtigkeit der Sozialpolitik und auch die Wichtigkeit von privaten Modellen in der Sozialpolitik es verantwortlich und notwendig erscheinen läßt, daß der Steiermärkische Landtag eine rückhaltlose Untersuchung dieser Frage verlangt. Darf ich daher, meine Damen und Herren, im Namen meiner Fraktion drei Bitten äußern und Sie bitten, diese Bitten zu unterstützen: Es müßte rückhaltlos untersucht werden:

Erstens: Hat es eine unzulässige Zurückhaltung der Bezirksverwaltungsbehörde bei der Verfolgung von negativen Hinweisen gegen dieses Projekt gegeben?

Zweitens: Hat es auf Grund der Besonderheit des Projektes, das natürlich öffentliche Wirkung gezeigt hat, sogar in Lehrbüchern wird es beschrieben, politi-

sche Weisungen an die Bezirksverwaltungsbehörde Feldbach, von wem auch immer, gegeben, und wenn ja von wem, und wenn ja, welcher Art waren diese?

Drittens: Gab es, meine Damen und Herren, und das sind die Inhalte auch der heutigen Meldungen und der gestrigen Meldungen, Interventionen, die dazu geführt haben, daß die nötige Verfolgung nicht stattgefunden hat? Ich lese heute und hörte gestern abend den Namen des Wiener Ärztekammerpräsidenten Neugebauer, und ich sah auch angemerkt den Namen des früheren Justizministers. Frage: Hat es aus dem politischen Bereich weitere Interventionen gegeben, und wenn ja, von wem sind diese Interventionen aus dem steirischen Bereich oder aus anderen Bereichen?

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß hier wirklich rückhaltslos und ohne Zurückhaltungen untersucht werden soll. Denn wenn es Verfehlungen in diesem Fall gegeben hat, dann tragen diejenigen, die diese Verfehlungen nicht verfolgt haben, die politische Verantwortung für die Entwicklung. Da hat in meinen Augen sowohl der Referent für die Jugendwohlfahrtspflege die politische Verantwortung als auch der Landeshauptmann, der für den Inneren Dienst verantwortlich ist. Meine Damen und Herren, je deutlicher und klarer und je schneller diese Frage aufgeklärt wird, umso leichter wird es möglich sein, die öffentliche Meinung für die vielen positiven Modelle privater sozialer Verantwortung, die es in der Steiermark gibt und an die wir in dieser Sekunde und in dieser Minute auch denken sollen, in Zukunft zu unterstützen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagspräsident Klasnic. Ich erteile es ihr.

Abg. Präsident Klasnic: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Auch wir von der Österreichischen Volkspartei freuen uns sehr, daß nun auch im obersteirischen Raum diese geschützte Werkstätte Steiermark geschaffen wurde, und es ist innerhalb der gesamten Landesregierung ein Weg gefunden worden, alles, was man in diesem Fall an Gutem und an Unterstützung tun konnte, einzusetzen, und dafür möchte ich mich bedanken. Ich habe mich jetzt gemeldet, weil der Herr Kollege Rader zum Fall Paflik gesprochen hat. Grundsätzlich möchte ich vorausschicken, daß ich politische Aussagen, solange Verfahren im Untersuchungsstadium sind, solange wir auf die Meldungen der einzelnen Zeitungen angewiesen sind, ablehne. Ich habe bei meiner Rede über behindertengerechtes Bauen in der Steiermark mit dem Satz geendet: „Vor Gott ist jeder Mensch wert gewesen, geboren zu werden“. Ich habe deshalb damit geendet, weil ich glaube, daß gerade Menschen, die unserer Hilfe bedürfen, hilfsbedürftige Menschen, uns ganz besonders anvertraut sind. Gesunde und Kranke, Ältere und Jüngere, Behinderte und Nichtbehinderte wollen bei uns leben und sollen sich in unserem Lande wohlfühlen. Und aus meiner Erfahrung, Hunderte Erlebnisse im ganzen Land, könnte ich Ihnen eine unendliche Liste erfolgreicher Projekte aufzählen, aber auch viele enttäuschte Menschen aufzählen, die nicht ernstgenommen wurden wegen ihres Idealismus, wegen ihrer inneren menschlichen Bereitschaft, ja, die manchmal sogar voreilig

belächelt wurden. Und viele Menschen im ganzen Land, ob allein oder in einer Selbsthilfegruppe, Pflegemütter, ja Pflegefamilien, viele bringen tagtäglich in Eigeninitiative Unübertreffbares an menschlicher Zuwendung zustande, an Verantwortungsbewußtsein und an Nächstenliebe und Bereitschaft, für den anderen etwas zu tun. Dann ist ein Außenseiter hier, und alle diese Gruppen werden dadurch in Mißkredit gebracht, alles wird in Frage gestellt, und ich kann mir vorstellen, daß es viele dieser Menschen, die ich vorher angeführt habe, in Zukunft wieder viel schwerer haben werden.

Und zu diesem besonderen Fall: Ich glaube, bis in die höchsten Stellen unserer Republik wurden Menschen getäuscht. Und vor allem einfach deswegen, weil seelische Tiefen nicht erkennbar sind. Es gibt auch in unserer heutigen Welt unsagbar Böses. Und noch etwas muß man sagen. Dieser Akt liegt noch bei Gericht. Der Herr Kollege Rader hat jetzt drei Bitten an uns gerichtet, drei Wünsche an den Steiermärkischen Landtag. Ich darf Ihnen sagen, Herr Kollege, der Herr Landeshauptmann hat schon eine unabhängige Kommission eingesetzt, und die ist bereits tätig, um all das, was womöglich nach Aussagen der Zeitungen im Beamtenbereich getan oder nicht getan wurde, zu untersuchen. Zu den Medien hätte ich auch etwas zu sagen. Ich richte es heute als Bitte an alle Zeitungen und Berichterstatter. Bitte, stellen Sie viele positive Projekte vor, weil eine solche Berichterstattung, wie wir sie in den letzten Tagen erleben, kann unheimlich viel zerstören und kaputt machen. Wir haben in der Steiermark ein Steirisches Behindertengesetz. Es ist heuer neu novelliert worden. Wir in diesem Raum haben dieses Gesetz einstimmig beschlossen. Der Herr Landesrat Gruber hat sich bemüht, in dieses Gesetz auch einzubringen, was für die behinderten Menschen in diesem Land notwendig ist. Ich möchte heute, weil sie im Gesetz nicht verankert werden kann, auch eine Bitte an uns alle richten: Wir wollen uns gemeinsam bemühen, besonders jenen arg betroffenen Kindern, jenen arg betroffenen Familienmitgliedern aus dem Hause Paflik zu helfen, daß sie wieder vergessen können, alles zu tun, daß sie wieder lernen, Geborgenheit, Liebe, Vertrauen, hat auch in ihrem Herzen Platz. Das sollte eine Aufgabe für die Öffentlichkeit sein, auch in künftigen Tagen, vor allem wo man weiß, daß noch einiges Schweres auf sie zukommen kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Landesrat Gruber hat das Schlußwort.

Landesrat Gruber: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Neben der Beschlußfassung über die Übertragung eines Grundstückes und einer Werkshalle für die geschützte Werkstätte zur Errichtung von Arbeitsplätzen für Behinderte in Kapfenberg-Diömlach und damit für die Obersteiermark ist auch jetzt der Fall der Familie Paflik, der in den letzten Wochen und Tagen für eine umfangreiche Berichterstattung gesorgt hat, zur Diskussion gebracht. Ich möchte dazu feststellen, daß ich persönlich tief erschüttert bin, daß solche Vorgänge in unserer Heimat möglich sind. Obwohl ich dem Projekt der Familie Paflik von der ersten Begegnung am 20. Oktober 1978 in meinem Büro im Grazer

Landhaus kritisch gegenübergestanden bin, bekenne ich offen, daß ich das, was jetzt durch Untersuchungsbehörden herausgekommen ist, wahrlich nicht für möglich gehalten hätte. Es beschäftigen sich Untersuchungskommissionen, Gerichte und der Staatsanwalt mit der Familie und mit der gesamten Problematik. Zu den Fragen, die vom Herrn Abgeordneten Rader aufgeworfen wurden, möchte ich sagen: Die Bezirkshauptmannschaft und die Jugendwohlfahrtsbehörde der Bezirkshauptmannschaft Feldbach werden einer entsprechenden Untersuchung auch der Landesregierung unterworfen. Nach meinem gestrigen Bericht in der Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung bin ich mit dem Herrn Landeshauptmann übereingekommen, eine gemeinsame Kommission einzusetzen, die sich besonders mit dieser Frage zu beschäftigen hat. Zu den politischen Weisungen an die Bezirkshauptmannschaft: Die Akten der Bezirkshauptmannschaft sind in dieser Causa von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, und es kann niemand zur Zeit, der außerhalb steht, Einsicht nehmen. Mir sind politische Weisungen nicht bekannt. Zur dritten Frage, den Interventionen. Da möchte ich nur sagen: Interventionen hat es zahllose gegeben. Wenn Sie als Abgeordnete in den letzten Jahren die Leserbriefe beobachtet haben, die in den verschiedensten steirischen Tageszeitungen erschienen sind, dann haben Sie eine Sammlung von Interventionen, die sich alle in höchst lobender Form und in größtmöglicher Unterstützungsförmigkeit für dieses Projekt ausgesprochen haben. Dazu möchte ich noch eine abschließende Feststellung treffen. Für mich, und ich hoffe, daß es auch im Zuge der weiteren Entwicklung so bleibt, ist der Fall Paflik die Ausnahme. Weit über 90 Prozent unserer 3.000 Pflegeeltern unserer öffentlichen und privaten Heime für Kinder, die nicht bei ihren Eltern sein können, leisten eine hervorragende Arbeit, und sie dürfen keinesfalls in Bausch und Bogen einer Verdächtigung ausgesetzt werden. Das ist weder im Interesse der Jugendwohlfahrtsarbeit noch im Interesse der betroffenen Kinder, noch im Interesse dieser Institutionen. Es ist, glaube ich, auch festzuhalten, daß man grundsätzlich nicht zwischen privaten guten und öffentlichen schlechten Einrichtungen unterscheiden beziehungsweise dies so formulieren soll. Es gibt fast ausschließlich im öffentlichen und privaten Bereich nur ausgezeichnete Einrichtungen. Ich glaube, daß dieser Fall Paflik die Ausnahme ist, und dieser wird noch gründlichster Untersuchungen unterworfen werden, nicht zuletzt durch die Gerichte, durch die Staatsanwaltschaft und durch die kriminalpolizeilichen Erhebungsinstanzen. So gesehen, glaube ich, sagen zu können: So erschütternd das für uns sein muß, daß es so etwas gibt, wenn man sich die entsetzlichen Leiden dieser Kinder vorstellt, so ist es vielleicht doch ein Wachrütteln für manche nicht entsprechend gründliche Aufmerksamkeit, die man einem solchen Problem, insgesamt der Jugendwohlfahrtspflege, vielleicht da oder dort gewidmet hat. Wir werden sehen, was die Untersuchungsergebnisse bringen, und dann wird sicherlich darüber neuerlich zu reden sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 708/1, über den Ankauf der Liegenschaft EZ. 221, KG. Schloßberg, Gerichtsbezirk Leibnitz, mit dem Mehrfamilienwohnhaus Schloßberg Nr. 10, gemeinsam mit dem Sozialhilfverband Leibnitz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Trampusch: Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Vorlage befaßt sich mit dem Kauf einer Liegenschaft, die sich in der Gemeinde Schloßberg, Bezirk Leibnitz, befindet. Es handelt sich um ein ehemaliges Zollgebäude. Dieses Objekt soll nun der Versorgung kinderreicher Familien mit Wohnraum dienen. Die Schätzung hat ergeben, daß das Objekt etwa eine Million Schilling wert ist. Das Bundesministerium für Finanzen hat das Bundesministerium für Bauten und Technik ermächtigt, hier die Liegenschaft zu veräußern. Der Gesamtkaufpreis beträgt 800.000 Schilling, zusätzlich der Nebenkosten 880.000 Schilling. Ein Viertel der Kosten, das wären 220.000 Schilling, wird der Sozialhilfverband Leibnitz übernehmen. Ich darf namens des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen, den Ankauf der Liegenschaft zu den genannten Bedingungen zu beschließen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

3. Bericht des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 711/1, Beilage Nr. 68, Gesetz, mit dem die Gemeindevahlordnungs-Novelle 1960 geändert wird (Gemeindevahlordnungs-Novelle 1984).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alois Harmtodt, dem ich das Wort erteile.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Zum Antrag, Mündlicher Bericht 45, möchte ich kurz berichten. Die Gemeindevahlordnung 1960 soll geändert werden. Ein gravierender Teil dieser Ordnung ist, daß im Krankheitsfalle, Alters- und sonstigen Gründen bettlägerigen Personen, die auf Grund eines Antrages gemäß Paragraph 38 lit. e eine Wahlkarte besitzen, die Ausübung des Wahlrechtes zu erleichtern ist, beziehungsweise daß auch dieser Personenkreis seiner Wahlpflicht nachkommen kann. Eine Wahlbehörde mit entsprechenden Wahlzeugen ist für diesen Personenkreis im Gesetz vorgesehen. Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat sich damit befaßt und diesen Antrag einstimmig beschlossen. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Diese Vorlage beschäftigt sich mit der erstmaligen Einrichtung von besonderen Wahlbehörden im Zuge

der vor uns liegenden Gemeinderatswahl 1985. Diese besonderen Wahlbehörden sind quasi fliegende Kommissionen, die die Ausübung des Wahlrechtes von bettlägerigen Personen erleichtern soll beziehungsweise erst möglich machen. Zehn Tage vor der Wahl muß entweder schriftlich oder mündlich der Antrag nebst Beilage eines Identitätsausweises vorgelegt werden, so daß der Bürgermeister bis spätestens fünf Tage vor der Wahl die besondere Wahlbehörde einrichten kann. Steht außer Diskussion, daß jede Erleichterung der Stimmabgabe für möglichst viele Wahlberechtigte wünschenswert ist. Es muß aber deutlich vor der Gefährdung des Wahlgeheimnisses gewarnt werden. Die ÖVP beziehungsweise weite Kreise von ihr verlangen immer wieder die Briefwahl, und wir Freiheitlichen lehnen diese Briefwahl ab; weil es keine Form der Briefwahl gibt, bei der das Wahlgeheimnis wirklich gesichert erscheint. Wir glauben, daß gerade das Wahlgeheimnis eines der Wesensmerkmale des demokratischen Wahlrechtes ist und dies besonders gehütet werden muß. Wir dürfen alle gemeinsam gerade die Gefährdung des Wahlgeheimnisses nicht bagatellisieren. Es gibt hier viele Argumente, die sagen, ja, da gibt es nichts, da wird genau gesehen, und außerdem gibt es das Recht der Wahlzeugen. Wir Freiheitlichen sind für Bürgerservice, haben aber doch gewisse Bedenken. Bei dieser besonderen Wahlbehörde ist ja auch anzumerken, daß ein psychologischer Effekt eintritt, wenn die Wahlbehörde in der Personalunion Obrigkeit und Wahlwerber dem Kranken, Bettlägerigen oder Gehbehinderten gegenübertritt. Sind jedoch jährlich gerade in den kleinen Gemeinden, und Sie wissen das genauso wie ich, wird um jede Stimme gerangelt. In kleinen Gemeinden hat ja eine Stimme prozentuell weit höheres Gewicht als in Großstädten. Ich glaube, daß gerade, wenn der Wahlwerber gleichzeitig als Vorsitzender der besonderen Wahlbehörde dem Kranken gegenübertritt, ergibt sich dieser psychologische Effekt, der weit größer eine Beeinflussungsmöglichkeit zugunsten des Vorsitzenden sein kann, als wenn ein Wähler in ein Wahllokal kommt und dort sich in der Reihe anstellt und dort seine Stimme abgibt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube aber trotzdem, daß eine Erleichterung der Stimmabgabe beim Bürgerservice ist und vom Bürger gewünscht erscheint, und daher geben wir Freiheitlichen dieser Vorlage auch unsere Zustimmung.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Mit der letzten Novelle der Nationalratswahlordnung vom 23. Mai 1984, im Bundesgesetzblatt verlautbart unter Nr. 232 am 8. Juni dieses Jahres, wurden für Nationalratswahlen eben sogenannte besondere Wahlbehörden eingerichtet. Und das, was wir heute diskutieren und das hier auch zur Annahme empfohlen wurde und wo der Berichterstatter berichtet hat, ist, einen Zustand herzustellen, damit die Wahlbehörden und die Bürger ungefähr wissen, woran sie sind, und nicht bei jeder Wahl andere Voraussetzungen haben. Es ist daher in diesem Zusammenhang eine Angleichung an die bestehende Wahlrechtsordnung für

Nationalratswahlen vorgesehen und keineswegs eine Initiative sozusagen im eigenen Bereich vorangestellt. Diese besondere Wahlbehörde, wie jene Wahlbehörde genannt wird, die das Abgeben der Stimme erleichtern soll von jenen Personen, die aus Krankheits-, Alters- oder sonstigen Gründen bettlägrig sind. Sie ist ohnehin nicht allzu leicht gestaltet, wenn man bedenkt, daß diese Personengruppe, um die es geht, zunächst einmal bettlägrig sein muß, eine ärztliche Bestätigung vorzulegen hat und daß dann, wie gesagt, eine besondere Wahlbehörde in die Situation gebracht werden wird, die Stimme dieses Personenkreises entgegenzunehmen, und was aber jetzt sehr wichtig ist, Herr Abgeordneter Chibidziura auch, nicht als besondere Wahlbehörde zur Auszählung gebracht wird, sondern im Rahmen der Sprengelzugehörigkeit oder im Rahmen der Gemeindegewahlbehörde zur Auszählung gelangen soll und muß. Und weil durch die Beratungen im Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß in der letzten Sitzung durch den Mündlichen Bericht auch gewährleistet wurde, daß Wahlzeugen in die Wahlbehörden zu entsenden sind, und damit der Paragraph 7 Absatz 1 letzter Satz zu lauten hat: Die Bestimmungen der Paragraphen 50, 51 und 54 sind sinngemäß anzuwenden, das heißt, daß auch Wahlzeugen entsendet werden können, ist davon auszugehen, daß unter Beachtung aller dieser Voraussetzungen jede Partei, die im Gemeinderat vertreten ist, entweder in der Kommission als Vorsitzenderstellvertreter oder Beirat beziehungsweise als Wahlzeuge dabei ist. Ich glaube daher, daß daher, so weit es geht, jegliche Manipulation oder sonstige Dinge ausgeschlossen sind. Ich bin auch nicht beglückt, daß das der Weisheit letzter Schluß ist, ich hätte noch viel lieber gerne ein weitreichenderes Wahlrecht, daß wirklich dem Bürger ohne große Kommissionen in seinem eigenen Bereich eine ungehinderte Stimmabgabe möglich wäre. Aber das ist nicht möglich. Wir lehnen uns an das von den Regierungsparteien letztlich beschlossene und initiierte Bundeswahlrecht. Ich hoffe aber, daß wir das nicht mit dem letzten Stand heute für alle Zukunft so diskutieren, sondern daß man über die Ausübung des Wahlrechtes für Kranke, Bettlägrige doch noch weitere bessere Modelle findet. Ich habe jedenfalls keine Sorge davor, daß hier etwas geschieht. Ich habe Vertrauen in unsere Bürger, und ich habe Vertrauen in die Frauen und Männer, die bereit sind, an einem Sonntag ihre Freizeit in der Wahlbehörde oder als Wahlzeuge zur Verfügung zu stellen, und es wird auch sehr daran liegen, daß die Bürgermeister bei der Zusammensetzung und die verschiedenen Parteien bei der Nominierung ihrer Personen dafür auch entsprechende Gewähr bieten. Ich glaube, wir sollten uns hier durchaus in die Sache des Vertrauens stellen und damit einen Fortschritt erkennen, daß wir im Falle von Krankheit und Behinderung und Bettlägrigkeit dem Bürger, der wählen möchte und dies beantragt und dafür eine Bestätigung bringt, entgegenkommen mit einer entsprechenden Kommission, und ich begrüße es, daß wir heute diese Vorlagen beschließen wollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Ich ersuche die Damen und Herren, die ihm die Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Ich stelle die einstimmige Beschlussfassung fest.

4. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 345/3, zum Antrag der Abgeordneten Meyer, Kohlhammer, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Gendarmeriepraktikanten und Polizeikadetten.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Vorlage wurde der Regierung zugewiesen. Inhalt der Vorlage ist, daß Mittel im Landesvoranschlag 1984 für eine Förderung dieser Gendarmerie- und Polizeikadetten vorgesehen werden sollten. Diese Vorlage wurde weiters der Präsidialabteilung des Landes, weil sie die Koordinierungskompetenz hat, übermittelt. Diese hat von den Rechtsabteilungen 4, 9 und 10 Stellungnahmen eingeholt. Sie hat auch andere Landesregierungen, zum Beispiel die Burgenländische, die Niederösterreichische, das Landesgendarmeriekommando, die Polizeidirektionen Graz und Wien damit beschäftigt. Die Länder Niederösterreich und Burgenland fördern in gewisser Weise diese Polizeikadetten und auch Gendarmerieschüler. Im Rahmen der Arbeitnehmerförderung gibt es also Wohnkostenzuschüsse, wenn Hilfsbedürftigkeit gegeben ist. Es wurde auch noch festgestellt, daß eine Förderung im Rahmen der Berufsausbildung nach den Bestimmungen des Berufsausbildungsgesetzes nicht möglich ist, weil selbst bei extensivster Auslegung des zitierten Berufsausbildungsgesetzes die Praktikanten als Gendarmerie- oder Polizeikadetten nicht subsumiert werden können unter dieser Gesetzesbestimmung. Es bliebe demnach nur die Sozialhilfe, nach den Bestimmungen des Paragraphen 12 des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes. Die Abteilung für Landesfinanzen teilt mit, daß sie keine Möglichkeiten sieht, im Voranschlag 1984 derartige außerplanmäßige Mittel vorzusehen. Weitere Erhebungen haben dann ergeben, daß für Gendarmerie- und Polizeikadetten entsprechende Verpflegs- und andere Entschädigungen vorgesehen sind. Entgelte im ersten Jahr von 2.721,60, im zweiten Jahr von 4.278 und im dritten von 5.832 Schilling. Die Unterbringung in den Internaten und auch die Verpflegung sind kostenlos. Gegenwärtig sind für das Jahr 1984 in Wien 58 Polizeikadetten aus der Steiermark und 32 Gendarmeriepraktikanten. Es wird weiter festgestellt, daß für diese Gendarmeriepraktikanten und Polizeikadetten, soweit sie pendeln müssen und das über 75 Kilometer, die Pendlerbeihilfe des Landes beansprucht werden kann mit dem Maximalbetrag von 2.500 Schilling. Weitere Förderungsmöglichkeiten sind nicht möglich, auch nicht vorgesehen. Diese Vorlage wurde in diesem Sinne vom Wirtschafts- und Raumordnungsausschuß zur Kenntnis genommen.

Präsident: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

5. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 667/1, zum Beschluß Nr. 323 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1980 aus der IX. Gesetz-

gebungsperiode, über den Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Prensberger, Dr. Dorfer und Buchberger, betreffend Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, dem Steiermärkischen Landtag alljährlich einen Bericht über die Entwicklung von Alternativenergien und die Förderung von derartigen Projekten und gleichzeitig einen Bericht über Maßnahmen zur Förderung des Energiespargedankens vorzulegen.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete DDr. Steiner, ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Steiner: Frau Präsident, Hohes Haus!

Ich trage den Bericht vor, den die Steiermärkische Landesregierung gebracht hat als vierten Bericht zu den Maßnahmen des Energiesparens. Es ist der vierte Bericht über die Entwicklung der Alternativenergien und die Förderung von derartigen Projekten sowie über Maßnahmen zur Förderung des Energiespargedankens. Der Bericht umfaßt 52 Seiten. Zuerst das Kapitel über Energiesparen und dann Alternativprojekte zur Gewinnung von Alternativenergien. Es ist ein sehr beachtenswerter Bericht mit sehr vielen Details, mit Einsatz der Biomasse zur Energieerzeugung bis zu den Laboratorien für Kolloidforschung und dann sogar Windkraftwerkerrichtung. Ich empfehle die Annahme dieses sehr umfangreichen und sehr konstruktiven Berichtes.

Präsident Zdarsky: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist tatsächlich ein sehr umfangreicher und interessanter Bericht, der heute dem Hohen Hause vorgelegt wird. Ich glaube, es ist lesenswert, was rundherum geschieht, und ich bin ein Anhänger der Philosophie: „Reden ist gut, Handeln ist besser“ und möchte daher einen Akzent herausgreifen, der meiner Meinung nach sehr beachtenswert ist, nämlich die Beispielswirkung, die von der öffentlichen Hand her gegeben werden kann, gerade in solchen Fragen. Wir stellen immer wieder Forderungen auf, aber es ist noch wirkungsvoller, wenn man selbst etwas tut. Ich möchte daher einen Punkt besonders beleuchten, der interessant ist, und zwar hat die Landesregierung auch ein eigenes Energiesparprogramm für die 154 Anstalten des Landes im Jahre 1981 beschlossen und eigentlich mit sehr bescheidenen Mitteln recht viel erreicht. Es sind in den Jahren 1982 und 1983 auf Grund dieses Regierungsitzungsbeschlusses eine ganze Reihe von Überwachungsmaßnahmen eingeführt worden, von der Mängelfeststellung bei den Heizanlagen, über die Einschulung der Heizer bis hin zur Sanierung von Steuerungsanlagen, Beistellung von Meßgeräten für Raumtemperatur, auch ein Problem, das gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, bis zum Kesselwirkungsgrad. Das Ergebnis dieser Maßnahmen ist insoweit wirklich erstaunlich, als die Energiekosten des Landes, die im Jahre 1981 bereits 126 Millionen Schilling betragen haben, durch diese Maßnahmen gesenkt werden konnten, und zwar im Jahre 1982 um 14,5 Millionen Schilling, das sind 10,6 Prozent. Das ist eine

beachtliche Ziffer. Im Jahre 1983 um weitere 16,1 Millionen, natürlich gemessen in Richtung wie es gegangen wäre, wenn man nichts getan hätte. Das sind immerhin in zwei Jahren 30 Millionen Schilling, die bei den Heizkosten eingespart werden konnten. Ich glaube, daß das ein wichtiger Hinweis darauf ist, daß das Energiesparen die beste Form von Energiepolitik überhaupt ist. Nun, das Land selbst hat in den Budgets ab den Jahren 1983 und 1984 – ich hoffe auch im kommenden – eine eigene Voranschlagspost in der Höhe von jeweils 30 Millionen Schilling geschaffen, wo Investitionen auch in Richtung Energiesparen durchgeführt werden können, wie Wärmedämmung, Fenstererneuerung, Umbau von Heizanlagen und so weiter. Dieser Erfolg ist verständlicherweise derzeit noch nicht bewertbar, wird vermutlich erst in den Jahren 1985 und 1986 zum Tragen kommen. Das ist der eine Gesichtspunkt, auf den ich eingehen wollte.

Ein zweiter, der mir entscheidend und wichtig erscheint und worüber wir schon mehrmals gesprochen haben, ist die Tatsache, daß die Steiermark das erste Bundesland überhaupt ist, das einen Energieplan erlassen hat und mit diesem Energieplan klare Festlegungen getroffen hat, Stabilisierung beziehungsweise Senkung des Gesamtenergieverbrauches, Energiesparen, Koordinierung der leitungsgebundenen Energieträger. Das ist ein Punkt, der deswegen so wichtig ist, weil nach durchgeführten Erhebungen rund ein Viertel der Energie für die Raumheizung aufgewendet werden muß. Also all das, was bei Energiesparmaßnahmen eingesetzt werden muß und was dazu beiträgt, koordinierend tätig zu sein im Ausbau von leitungsgebundener Energie. Ich möchte noch einmal die Prioritäten bei der leitungsgebundenen Energie erwähnen: erstens Abwärmennutzung – Beispiel Voitsberg, zweitens vorhandene Primärenergie nutzen, drittens Kraft-Wärme-Kupplung. Also all das, was in diese Richtung hin getan wird, in Richtung Raumheizung, ist ein entscheidender Beitrag zur Einsparung von Energie. Jeder Plan ist so gut, wie er ernst genommen und durchgesetzt wird. Daher glaube ich, daß der Plan allein zu wenig ist, wenn nicht der politische Wille dahinter steht, wenn nicht die Instrumente geschaffen werden, ein solches Konzept durchzusetzen. Wir werden mit der Novelle zum Raumordnungsgesetz die Möglichkeit haben. Es sollen kommunale Energiekonzepte erstellt werden, die bestimmte Versorgungsbereiche innerhalb der Gemeinde auszuweisen hätten. Zum Beispiel hätte Fernwärme Priorität, Gas oder Stromheizung. Ich glaube, ein zweiter Gesichtspunkt wird daher in der Durchsetzung dieses Entwicklungsprogrammes der Ausbau der Fernwärmeversorgung sein. Wir haben auch hier noch, im Saal drüben, wenn Sie sich erinnern, eine etwas härtere Auseinandersetzung gehabt, als es um Köflach gegangen ist. Ich muß sagen, es war eine fruchtbare Auseinandersetzung, weil wir uns dann zusammengetan haben, der Kollege Halper und ich, uns mit dem Landesenergiebeauftragten Dr. Altziebler getroffen haben und gesagt haben, wir müssen versuchen, zu einer Lösung zu kommen. Es schaut so aus, wollen wir nicht alles verschreien, die Bemühungen des Herrn Dr. Altziebler, unterstützt von der politischen Seite, haben erste gewichtige Teilerfolge gebracht, daß zumindest, wenn die Gemeinde sich jetzt auch noch einigen kann mit der Fernwärmebetriebs-Ges. m. b. H., dann tatsächlich die Nutzung der

Abwärme von Voitsberg Realität wird. Ich glaube, das ist für mich auch ein sehr gutes Zeichen, daß politische Auseinandersetzung, wenn sie im konstruktiven Geist vollzogen wird, auch fruchtbringend sein kann.

Ich möchte einen dritten Bereich nennen, der sehr ernst genommen wird, aber sehr konfliktreich ist, meine Damen und Herren, die Durchsetzung des Landesenergieplanes im Bereich des Wohnbaues. Das ist deswegen konfliktreich, weil alles das, was irgendwo neu begonnen werden muß, wo neue Impulse gesetzt werden müssen, immer auf vorhandene Strukturen stößt, die dann nicht geändert werden wollen, und wo es schmerzlich ist. Ich bin sehr froh, daß der Wohnbaureferent, der Herr Landesrat Riegler, nicht nur sehr konsequent auch dieses Energieprogramm im Wohnbau umzusetzen versucht, sondern daß er alle Betroffenen, die Wohnbauträger, die EVU, die Planer, eingeladen hat, über diese Fragen zu sprechen, und wir werden ohnedies noch genug schwierige Fälle haben, die gelöst werden müssen. Aber bitte, immerhin, wenn es uns gelingt, über die Wohnbauförderung diese Grundsätze der Energiepolitik, sprich Ausbau von Fernwärme, sprich sinnvolle Nutzung dort, wo es zweckmäßig ist, von Erdgas, sprich Ersatz von Einzelfeuerung durch bessere Anlagen, dann ist das ein entscheidender Schritt zur Durchsetzung der Energiepolitik. Aber bitte, ich muß auch dazusagen, ganz leicht wird es einem nicht gemacht, wenn man insgesamt etwa die Grundsätze des Entwicklungsprogrammes, des steirischen, und ich muß sagen, ich bin sehr froh, daß die Bundesregierung eigentlich auch ein Energieprogramm vorgelegt hat, das sich in wesentlichen Punkten deckt mit dem steirischen, daß eigentlich die Prioritäten, die bei uns fixiert worden sind, aufgenommen wurden. Ich glaube, daß das ein Fortschritt ist. Ich meine aber eines, das ganze Energiesparen wird natürlich dort in Frage gestellt, wo die Randbedingungen, die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Es hat in den letzten Wochen einen ziemlichen Wirbel um dieses sogenannte Geheimpapier gegeben. Das ist dann abqualifiziert worden als Papier von Dritt- und Viertklassigen, also dritte, vierte Ebene, das stimmt überhaupt nicht, weil zum Teil sehr prominente Leute dabei waren. Aber wenn man dieses Geheimpapier liest, meine Damen und Herren, dann ist es schrecklich demaskierend. Der Schock, der in der Öffentlichkeit entstanden ist, ist zu Recht entstanden. Was ist das Geheimpapier, meine Damen und Herren? Das ist im Prinzip das Protokoll der ersten GTE-Tagung, das heißt der ersten Tagung der Gesellschaft für Technologie in der E-Wirtschaft. Man könnte sagen, das ist ein privater Verein. Meine Damen und Herren, dieser Verein ist von unserem damaligen Generaldirektor Dr. Altziebler gemeinsam mit dem damaligen Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Erbacher, ins Leben gerufen worden. Wenn Sie dann wissen, zu welchem Zweck, nämlich zum Zweck, Alternativenergien zu studieren und nach Möglichkeit auch wirtschaftlich zu nutzen. Wenn Sie dann aber wissen, daß der ganze Verein eigentlich pervertiert hat und heute Überlegungen anstellt, wie der Verbrauch angeheizt werden könnte, dann fragt man sich manchmal wirklich, wie die Dinge tatsächlich sind. Ich lese Ihnen ein paar Passagen aus diesem Prachtstück vor. In der Zusammenfassung heißt es: Da einerseits der Ausbau der Wasserkraft in Österreich

weiterhin mit Vorrang betrieben werden soll, andererseits im Bereich der Industrie die Nachfrage nach elektrischer Energie nur sehr zögernd zunimmt und Tendenzänderungen in Zukunft kaum zu erwarten sind, muß für das erhöhte Angebot an elektrischer Energie vor allem der Haushaltssektor im verstärkten Maße als Markt gewonnen werden. Da gegenwärtig der Bedarf an konventionellen Haushaltsgeräten als gesättigt zu betrachten ist und kräftige Zuwächse nicht mehr erwartet werden können, bietet sich vor allem der Wärmemarkt als langfristig wesentlicher Expansionsfaktor an. Das war sozusagen das Resümee. Einer der Teilnehmer, nämlich ein Vertreter der BEWAG, Dr. Prosch, hat in seinem Beitrag folgendes gesagt. Meine Damen und Herren, hören Sie sich das an, das ist nämlich wirklich erstaunlich: Es wurde übereinstimmend im Arbeitskreis 4 festgestellt, daß die direkte Werbung für mehr Stromabsatz nicht zielführend sei, sondern sie sollte durch diverse Deckmängel laufen, eben über die Wirtschaftlichkeit, über die Bequemlichkeit. Das hat den Sinn, nicht von vornherein in einer Phase des Anstiegs unnötigen Widerspruch zu erzeugen. Ein dritter Teilnehmer, ein prominenter, der Prokurist der Verbundgesellschaft, also der erste nach der Vorstandsebene, ein hochintelligenter Mann, Univ.-Prof. Köhne, der Vordenker der Verbundgesellschaft, sagt in seinem Beitrag folgendes: Nach diesen Ausführungen brauchen wir, wenn wir den im Ausbauprogramm vorhandenen Strom verkaufen wollen, am Wärmesektor einen Zuwachs von 10 Prozent pro Jahr, nicht insgesamt 10 Prozent mehr, sondern jedes Jahr 10 Prozent mehr für Elektroheizung. Und später sagt er dann mit anderen Worten: Eine Strategie, die nur darauf aus ist, bei Neubauten Elektroheizungen anstelle anderer Heizungen zu installieren und das vermutlich nicht zu 100 Prozent, würde auf jeden Fall einen zu geringen Zuwachs bedeuten. Wenn die Zahlen richtig sind, geht es um ein echtes Verdrängen und Ersetzen von bereits vorhandenen Heizungen. Das braucht natürlich schon eine ganz andere Aggressivität am Markt, meine Damen und Herren. Daß solche Aussagen natürlich dann einen Schock bereiten und nicht so einfach vom Tisch gewischt werden können, ist klar. Ich glaube, man sollte hier, weil eigentlich das Vertrauen in die E-Wirtschaft in einer Weise in Frage gestellt worden ist, sich damit auseinandersetzen. Generaldirektor Dr. Fremuth hat in einer der jüngsten Aussendungen von „Kontakt“ unter anderem auch dazu Stellung genommen und hat folgendes gesagt: Besonders angegriffen wird die E-Wirtschaft wegen ihrer angeblichen Förderung der Elektroheizung. Die Nachtspeicherheizung ist energiepolitisch sinnvoll, da sie eine bessere Ausnutzung der bestehenden Kraftwerke während der Nachtstunden ermöglicht. (Abg. Brandl: „Da hat er sicher recht!“) Der oft zitierte thermodynamische Wirkungsgrad von etwa 40 Prozent der Dampfkraftwerke wird gern als Argument und Beleg für eine energieverschwendende Technik andauernd ins Spiel gebracht. Verschwiegen wird, daß im Jahresdurchschnitt rund 70 Prozent der elektrischen Energie aus Wasserkraft und nur etwa 30 Prozent aus kalorischen Kraftwerken stammen und der durchschnittliche Wirkungsgrad somit wesentlich höher liegt. Soweit Fremuth. Verschwiegen hat Fremuth allerdings, und die Ziffern sind ja nicht zu bestreiten, die er genannt hat, aber verschwiegen wird allerdings, wie, meine Damen und

Herren, sich diese Verteilung von thermischer Energie und von elektrischer Energie aus Wasserkraft tatsächlich aufteilt.

Wenn Sie nämlich den Stromverbrauch – das ist in Zusammenhang mit der Frage der Werbung für die Nachtspeicheröfen zu sehen – aufs ganze Jahr gemessen beurteilen, dann stimmen die Ziffern von Fremuth. Wenn Sie aber differenzieren und jene Monate heranziehen, wo die E-Heizung vor allem eingesetzt wird, in den Wintermonaten, dann schaut das sofort völlig anders aus. Ich habe die Monate November, Dezember, Jänner, Feber genommen, wo der Hauptbedarf anfällt, da wird im gesamtösterreichischen Durchschnitt 55 Prozent aus Wasserkraft erzeugt und 44,3 Prozent thermisch. In der Steiermark sieht es so aus, da kann ich die Ziffern nicht ganz genau berechnen, da kenne ich nur die Graphiken, daß hier der Prozentsatz zwischen 45 und 50 Prozent bei den kalorischen Anteilen in den vier Monaten liegt. Das heißt mit anderen Worten: die kalorischen Kraftwerke liefern Bandstrom. Dieser Bandstrom fällt gleichmäßig an, aber was in Richtung der elektrischen Raumversorgung geht, bedeutet, daß wir zusätzliche thermische Energie erzeugen müssen. Für mich die Frage: Warum wird der Ausbau dieses Wärmemarktes so sehr forciert? Entweder haben wir tatsächlich zu viel Kapazität, zu viel Stromproduktion, zu viele Kraftwerke, wie es auch in dieser Tagung behauptet worden ist. Wir müssen versuchen, das Überangebot an Strom über den forcierten Ausbau der elektrischen Raumheizung abzusetzen, oder aber man will bewußt den Verbrauch forcieren, um dann nachher nachweisen zu können, daß man neue Kraftwerke benötigt. Das Problem ist, daß man bei den Geschichten nicht mehr alles glauben darf, was uns die E-Wirtschaft anbietet. Auch dazu habe ich einige Ziffern. Es wird immer wieder mit dem starken Stromzuwachs argumentiert. Es ist unbestreitbar, daß wir momentan einen Stromzuwachs haben. Und es wird immer mit Prognosen gearbeitet, um dann nachweisen zu können, daß der Stromverbrauch so stark zunimmt, daß man die Kraftwerkskapazitäten ausbauen muß. Ich habe hier eine Statistik aus der E-Wirtschaft, nicht von mir, daher ist sie glaubwürdig. (Abg. Dr. Schilcher: „Wieso? Wir glauben Dir auch!“) Nicht in dem Sinne glaubwürdig, daß ich sie nicht bewußt manipulierte, was ich ohnehin nicht mache. Die E-Wirtschaft hat im Jahre 1974 prognostiziert für die Jahre bis 1983 einen durchschnittlichen Stromzuwachs von 7,2 Prozent. Auf diesen Prognosen baut die ganze Planung auf, das ist ja das Drama an der ganzen Geschichte. Wenn es nur Prognosen für den Papierkorb wären, könnten wir sagen: OK, sie haben sich geirrt, aber der Irrtum ist deswegen von größter wirtschaftlicher Bedeutung, weil ja auf Grund dieser Prognosen die Aufbauprogramme gemacht werden. Tatsächlicher Verbrauch 2,7 Prozent. Das ist ein Zahlensturz. Ich will der E-Wirtschaft zugute halten, daß das die Prognose vor dem Ölschock war, daß man sagen kann, sie haben damals noch nicht geahnt, was der Ölschock insgesamt an Energieeinsparung bringt. Wenn man die letzten vier Jahre hernimmt, die Relation 1979 bis 1982, da müßten wir schon fünf Jahre Erfahrung hinter uns haben, so war die Prognose im Schnitt bei 4,4 Prozent, der tatsächliche Verbrauch 2,2, also um 100 Prozent höhere Prognosen als der tatsächliche Verbrauch. Ich will auch hier nicht ungerecht

sein. Es spielt sicher mit, daß der Konjunkturbruch im Jahre 1980 den Stromverbrauch insgesamt reduziert hat.

Zum Schluß möchte ich folgendes sagen: Man muß sich schon die Frage stellen angesichts all dieser Dinge, man kann Energiepolitik nicht losgelöst von der Umweltpolitik sehen, weil wir ganz genau wissen, daß die Stromerzeugung, vor allem, wenn sie thermischer Natur ist, von großer Bedeutung für die Umwelt ist. Wie ist es, wenn ich zusätzliche Kapazitäten über den Verbrauch – sprich Raumheizung – schaffen will, erzeuge beispielsweise mit einem Kraftwerk Dürnrohr, das immerhin 700 Megawatt hat – man kann es wirklich als eine Kohlenvernichtungsmaschine bezeichnen – mit einem Wirkungsgrad von 35 bis 40 Prozent, weil es am falschen Ort steht, weil nur der Strom erzeugt wird und 60 bis 65 Prozent der Energie ins Wasser oder in die Luft abgegeben werden. Ich frage mich dann schon: wie sinnvoll ist es unter diesem Gesichtspunkt, ein Kraftwerk wie Zeltweg, das eine große Schmutzschleuder im Aichfeld ist, trotz Filter immer noch riesige Mengen SO₂ produziert, nicht lieber abzuschalten und es höchstens für Krisensituationen in Reserve behält. Ich frage mich, ob es nicht ein ungeheurer Übergriff ist, wenn es stimmt, was in der Zeitung gestanden ist, wenn sich auch der Präsident des Rechnungshofes zu Wort meldet beziehungsweise der ÖDK den Rat gibt, ja keine Umweltauflagen zu erfüllen, die nicht unbedingt gesetzlich vorgeschrieben sind. Da frage ich mich wirklich, ob eine solche Äußerung von einem der höchsten Funktionäre unseres Staates so un widersprochen und ohne Konsequenzen hingenommen wird. Das ist meiner Meinung nach ein Hohn, wenn er so etwas sagt, so es stimmt. Das sind Dinge, die wir einfach nicht zur Kenntnis nehmen können. Mit solchen Dingen wird der Glaubwürdigkeit der Politik kein Dienst erwiesen, und ich meine, wir als Politiker und die gesamte E-Wirtschaft sollte mit sehr viel Verantwortungsbewußtsein an diese Fragen herangehen, weil sich einfach die Dinge so verändert haben und sich die Umweltsituation so dramatisch darstellt, daß wir alle an einem Strang ziehen und beim Bürger nicht unterschieden wird, wer dann die größeren Fehler gemacht hat, diese oder jene Partei, diese oder jene Gesellschaft. Ich glaube daher, daß die Maßnahmen, die hier eingeleitet wurden und im Energiesparprogramm dargestellt wurden, ein guter Schritt in Richtung ehrliche, aufrechte Energiepolitik in unserem Lande sind. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Halper das Wort.

Abg. Halper: Geschätzte Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen, geschätzte Herren!

Eine kluge Energiepolitik, hat einmal ein Weiser gesagt, hat zwei Augen. Ein Auge, das nach vorne sieht, dazu gehört die künftige Energiesicherung, eine umweltfreundliche Energiesicherung, und was man zu tun hat, und ein anderes Auge, das zurückblickt, um kontrollierend, überprüfend nachzuprüfen, was man getan hat, und vor allem zu vermerken, daß man vielleicht in der Energiepolitik doch da und dort Fehler begangen hat. Die derzeitige Diskussion, geschätzte Damen und Herren, die öffentliche Diskussion wird

sehr einseitig geführt, man könnte sagen einäugig, und ein Jäger würde sagen, einlichtig, oft aber nicht einseitig im Sinne von fehlender Akteneinsicht, wie zum Beispiel das Papier der GTE, das heute schon zur Diskussion gestanden ist. Man müßte aber der Ordnung halber, und ich bin nicht der Sprecher der GTE, aber zur Versachlichung des Themas, Kollege Schaller, doch anführen, daß das Gesamtseminar den Titel Strom-Wärme-Umwelt hatte und daß nur ein ganz kleiner Aspekt davon der Elektroheizung gegolten hat und daß andere Themen, wie folgt, zum Ausdruck gebracht worden sind, wie Gas und Elektrowärme, Fernwärme, Öl oder Strom. Das sind die Fragen, die dort diskutiert worden sind, und im besonderen ist der Nutzung der Elektrowärme in der Industrie ebenfalls ein weites Spektrum der Diskussion gewidmet worden. Wenn ich sage, einseitig geführt, dann führen die einen die Diskussion über Energie und meinen dabei nur die E-Wirtschaft, die anderen segmentieren nur Hainburg oder Zwentendorf heraus und manche machen es sich überhaupt einfach, nach dem Motto hinter mir die Sintflut, und sagen, der Strom kommt ja so aus der Steckdose, und alles andere interessiert mich nicht. Nach vorne sehen in der Energiepolitik, geschätzte Damen und Herren, heißt, daß unsere Energieträger, wie Öl und Gas, zeitlich begrenzt zur Verfügung stehen und daß wir im hohen Maße abhängig vom Ausland sind. Das zweite bei der Kohle, daß es hier riesige Umweltbelastungsprobleme gibt, die jedoch lösbar sind, und daß wir nicht verhehlen können, wenn wir eine Gesamtenergiebilanz betrachten, daß der Stromverbrauch steigt, daß aber andere Energieträger durch Strom substituiert werden. Ein gewisses Wachstum ist jedoch die Voraussetzung, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem für die Jugend, um die soziale Sicherheit unseres Landes zu erhalten und regionale Ungleichgewichte und Strukturwandel zu finanzieren und aber auch den Umweltschutz zu finanzieren. Ein so kleines Land wie Österreich hat also nur zwei Möglichkeiten, um im internationalen Handel zu bestehen, nämlich, daß es über billige Energie, die auch gesichert zur Verfügung steht, verfügt und daß es gut bezahlte Fachkräfte hat. Der Herr Bundespräsident hat einmal gemeint: „Daher ist es wichtig, daß der Ausbau heimischer Energiequellen von den Überlegungen der Handelsbilanz unerläßlich geführt wird, denn wir dürfen uns nicht so reich dünken in diesem Lande, daß wir als kleines Binnenland sämtliche Energie eines Tages vom Ausland einführen werden.“ Zitat Ende. Daher bekenne ich mich dazu, so viel Wasserwirtschaft wie möglich, und wir bekennen uns auch als Sozialisten zum Bau des Kraftwerkes Hainburg, jedoch mit größtmöglicher Schonung der Umwelt, und wir meinen, daß so viele kalorische Kraftwerke wie notwendig gebaut werden sollten. Das ist unsere österreichische Chance, die es gilt zu nutzen. Geschätzte Damen und Herren, die gegenständliche Vorlage befaßt sich in dem vorgelegten Bericht mit erstens: der Entwicklung von Alternativenergien und Förderung von derartigen Projekten und zweitens: einem Bericht über die Maßnahmen zur Förderung des Energiespargedankens, der dem Hohen Hause vorzulegen ist. Der Bericht ist aus dem Jahre 1983. Der vorgelegte Bericht ist jedoch nicht so optimistisch zu sehen, wie es mein Vorgänger aufgezeigt hat. Er zeigt klar auf, daß wir zwar im Problemkreis des Energiespargedankens

einen Schritt weiter gekommen sind, daß aber alternative Projekte nach wie vor in den Kinderschuhen stecken und noch keine Antwort auf die Frage einer umfassenden künftigen Energiesicherung darstellen. Die Chancen, glaube ich, liegen im Haushaltsbereich, aber kaum im industriellen Bereich. Dazu ist auch festzuhalten, daß wir im Ausschuß schon darüber diskutiert haben, ob es nicht sinnvoll wäre, dem Hohen Haus einen umfassenden Bericht über die Energielage in der Steiermark gemeinsam mit dem Förderungs- und Energiespardgedanken und die Förderung dieser Gedankengänge vorzulegen. Wir haben zwar einen Energieplan im Sinne des Landesentwicklungsplanes vorliegen, doch die Schere zwischen der Durchsetzbarkeit und der Darstellung und der Umsetzbarkeit in die Wirklichkeit ist noch sehr, sehr weit geöffnet. Man muß allerdings die Dinge optimistisch betrachten, aber nach wie vor stehen nicht alle Gremien hinter dieser Vorgangsweise, und wenn wir in diesem Bericht die Stellungnahme der Handelskammer lesen, dann steht da drinnen, auf Energiesparen und rationellen Energieeinsatz soll nur begrenzt eingegangen werden. Ein anderer Problemkreis, der so die Dreieinigkeit oder die Dreieinigkeit von Energiestrategien aus dem Schoße der STEWEAG darstellt, ist eben das leitungsgebundene Projekt Fernwärmeversorgung Köflach. Wenn also die STEWEAG sich zuerst ziert, dieses Projekt zu betreiben, die Ferngas über die Ortsgas in das Projekt einsteigt und in Wirklichkeit dann das Problem nicht gelöst wird, nämlich daß dort Menschen in einer Umgebung wohnen, die schwerstens belastet ist, und daß rasche Hilfe not tate. Wenn man sich also um die Kompetenzen streitet, und wenn ein und dieselbe Person einmal STEWEAG, einmal Ferngas, einmal Ortsgas darstellt, dann meine ich auch, daß wir sehr kritisch beurteilen müssen und daß die Verhinderer solcher Projekte auch schuld sind, wenn die Menschen der Region Köflach-Voitsberg große Belastungen aus Umweltsituationen auf sich nehmen müssen. Ich meine auch, daß der vorgelegte Bericht im Bereich der Energieberatung noch einiges offen läßt, zum Beispiel das Wort der „Umweltschutzbeauftragte“ in den Gemeinden kaum anschnidet oder Beratungstätigkeiten der Gemeinden nicht berührt. Oder wenn nur durch den Wechsel in der Funktion des Landesrates der Landesenergieverein zwei Jahre keine Tätigkeit entfalten kann, dann meine ich, können wir nicht von einer befriedigenden Lösung dieses Berichtes reden oder das Energiesparen im Landeshochbau aus dem Landesbudget mit 30 Millionen Schilling budgetieren, wenn im Bericht nur drinnen steht, daß Gespräche stattgefunden haben und noch keine konkreten Umsetzungsvorschläge vorhanden sind. Ich meine, Papier ist sicherlich geduldig, und wir treten in dieser Situation am Stande. Es soll auch vermerkt werden, daß die Frage der Biomasse, an die anscheinend nur mehr der Herr Abgeordnete zum Nationalrat Heinzinger glaubt, auch der Landesenergiebeauftragte so qualifiziert. Wirtschaftlicher Einsatz, Möglichkeiten für die Biomasse. Es fehlen noch viele Voraussetzungen. Das Energiepotential ist wesentlich kleiner als bei Rohstoffen, wie Holz und Stroh. Wenn ich an die 500.000 Haushalte denke, die wir in der Steiermark haben, und wir nur 69 Fälle haben, wo Wärmedämmungen gefördert wurden, 19 Solarenergiefälle, 14 Wärmepumpenfälle und 23 Wärmepumpenheizun-

gen, so sind das nur Tropfen auf einen Stein alternativer Energien, die wir propagieren wollen. Wenn ich an den letzten Punkt denke: Mit einem riesigen Theaterdonner hat der Herr Landeshauptmann hier in diesem Hohen Haus das 10-Jahres-Ausbauprogramm der STEWEAG angekündigt. (Abg. Brandl: „Große Worte!“) Im Papier steht folgendes drinnen: Die Untersuchungen und Projektierungen zur Fortsetzung des forcierten Wasserkraftausbaues sind im Gange. Ich könnte also das Ausbauprogramm titulieren unter Geheimnisse des Ganges. Wenn der Herr Landeshauptmann im Vorwort zu steirischen Beiträgen zur Rohstoff- und Energieforschung der Abteilung für Wissenschaft und Forschung 1982 meint, ich zitiere wörtlich: „Möglichst kostengünstige und universell einsetzbare Energieträger sind wesentliche Voraussetzungen für die Prosperität unserer Wirtschaft und unserer zivilisatorischen Entwicklung.“ Ich frage nur: Die STEWEAG hat einen Strompreisantrag von 15 Prozent und mehr gestellt. Jetzt die Frage kostengünstig: Erst als der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross gesagt hat, das ist der steirischen Wirtschaft nicht zumutbar, diese Kalkulationen und diese Preisanträge müssen geprüft werden, hat der Herr Landeshauptmann nach unten lizenziert und gesagt, 8 Prozent seien auch genug. Ich meine, er hätte schon vorher handeln müssen, weil jede unbotmäßige Erhöhung des Strompreises unser schwaches Flämmchen des Aufschwunges in der Steiermark gefährdet. (Abg. Schrammel: „Der Halper spricht wie ein Messias! – Abg. Brandl: „Er hat schon recht!“)

Vielleicht noch einige Worte zur Strom- und Tarifpolitik. Wir haben derzeit nach wie vor ein Prinzip der Tarifierung, das den Stromverschwender belohnt, während es in vielen Bundesländern bereits Versuche gibt, vor allem bei der SAVE, bei den Vorarlberger Elektrizitätswerken AG, einen Tarif zu gestalten, der den Verschwender eher bestraft, also hier den Spargedanken auch durch die Tarifpolitik zu forcieren. Wenn ich dem gegenüberstelle, daß wir in der Tarifpolitik der Fernwärme keinen Millimeter weitergekommen sind, daß die hohen Anschlußkosten an diese ideale alternative Energiequelle nach wie vor viele Menschen hindert, diese Energie anzunehmen, dann meine ich, daß wir noch einiges zu diskutieren hätten im Bereich der STEWEAG. Oder aber auch, und das soll nicht verhehlt werden, daß die Diskussion über mögliche Privilegien, die es in der E-Wirtschaft gibt, nicht enden darf. Ich denke nur daran, daß wir in diesem Hause sehr ehrlich diskutieren sollten, auch die Frage, wie weit und wie lange noch die Landesgesellschaft private EVU subventioniert. Das heißt, daß wir kleinen oder größeren privaten EVU nicht den kommunalen EVU hier über den Strompreis Vorzüge geben und diese mitunter und sehr oft ihre Aufgabe als EVU nicht im Sinne des Konsumenten erfüllen. Wer immer eine Stromabrechnung in die Hände bekommt, kann diese nahezu wie ein spanisches Dorf beurteilen. Jedes EVU hat eine andere Stromabrechnung, die nicht durchschaubar ist, und ich meine, daß es höchst an der Zeit wäre, hier ein vereinheitlichtes System, ein leserliches Formular für die Stromabrechnung zu entwickeln.

Ein weiterer Punkt wäre einheitliche Baukostenbeiträge. Die grundsätzlichen Ziele der Energiepolitik sind erstens die Bedarfsdeckung, zweitens die Versor-

gungspflicht, drittens die Umweltverträglichkeit, viertens die soziale Verträglichkeit, fünftens die Wirtschaftlichkeit und natürlich die Sicherheit der angebotenen Energieversorgung. Ich meine, daß Energiewirtschaft nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern man muß die technische, die wirtschaftliche, die gesellschaftliche und die ökologische Umgebung beachten. Wenn ich aus steirischer Sicht das Kraftwerksprogramm oder die Ausbaumwünsche betrachte, dann hängen bei der Elin, bei der Andritzer Maschinenfabrik und bei Waagner-Biró viele, viele Arbeitsplätze mit dieser Entwicklung zusammen.

Vielleicht noch zu einem Thema, das in den letzten Tagen sehr heftig diskutiert wird. Allein die Frage der Entschwefelung von Anlagen, wie am Beispiel Mella, erfordert bei durchschnittlich 5.000 Betriebsstunden 18 Millionen Kilowattstunden Energie, um eben diesen Umweltschutz zu bewirken. In den letzten Tagen, geschätzte Damen und Herren, sind außer dem GTE-Papier noch zwei andere Papiere der E-Wirtschaft oder der Bundesregierung zur Diskussion gestanden. Ich möchte nur zitieren, daß der Energiebericht und das Konzept der Bundesregierung 1984 am 30. November im Nationalrat diskutiert werden soll und die Grundsätze Energiesparen, sinnvolle Nutzung, Ölsubstitution, Wasserkraft, Kohle, Gas, Forcierung der heimischen Energiequellen und eine bessere Streuung der Energieimporte im Mittelpunkt stehen. Jedoch ein Land, das weiter eine hohe Auslandsabhängigkeit in der Energieversorgung hat, wird nach wie vor energieabhängig bleiben und daher als das größte Energieproblem schlechthin die Preisentwicklung international und die politischen Verhältnisse auf den Weltmärkten zu beurteilen haben. In dieses sehr vernünftige Energiekonzept der Bundesregierung, das ja zweigeteilt zu betrachten ist, als Bericht und als Energiekonzept, hat sich so quasi als Faserschmeichler das ÖVP-Konzept „Energie 2030, der sanfte Weg“ eingeschlichen. Bei näherer Betrachtung dieses „sanften Weges 2030“ muß bemerkt werden, daß diese Vorstellungen von uns als Sozialisten energisch abgelehnt werden müssen, weil sie arbeitsplatzvernichtend sind. Wenn ich wörtlich einen Leserbrief des ÖVP-Volksblattes Linz zitiere: „Der ÖAAB hat die Betriebsratswahlen bei VOEST und VEW massiv verloren. Das ist die Rechnung dafür, daß der Generalsekretär Heinzinger Moore und Auen rettet, statt sich um Arbeitsplätze seiner Mitglieder zu kümmern.“ Nur, wenn dieser Leserbriefschreiber gewußt hätte, daß nunmehr der „sanfte Weg 2030“ kommt, daß auf Grund dieses Vorschlages die gesamte Aluminiumproduktion eliminiert werden soll, daß die Grundstoffindustrie auf 120 Prozent des Inlandsbedarfes reduziert werden sollte, dann heißt ja dieses Papier eine Vernichtung von Arbeitsplätzen. Und gegen eine solche Verantwortungslosigkeit werden wir uns als Sozialisten dieses Landtages, die wir um jeden Arbeitsplatz in der Steiermark kämpfen, zur Wehr setzen müssen (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schützenhöfer: „Hast du das Konzept gelesen?“) Ich habe es ja da. Ich lese deutsche Worte und kann Wort für Wort zu einem Satz formulieren, und da kommt für mich dieser Inhalt heraus. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Du hast das falsche Konzept in der Hand!“) Wenn also drinnen wörtlich steht, Herr Landesrat, ich wiederhole, soll die Grundstoffproduktion in Österreich auf einen Bruchteil des derzeitigen Umfanges reduziert werden. Das sagt

für mich alles, wie hier mit den Arbeitsplätzen der Menschen umgegangen wird. Auch der Herr Abgeordnete Schilcher hat gemeint, daß dieses Papier bei einem Vortrag vor wenigen Tagen sehr unglücklich für die Österreichische Volkspartei ist, und gemeint, daß es eigentlich weh tut, solche Aussagen zu hören.

Zuletzt noch zum GTE-Geheimpapier. Es sei vermerkt, geschätzte Damen und Herren, man kann ja eine solche Diskussion, wie sie derzeit in der Öffentlichkeit geführt wird, nicht auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten der E-Wirtschaft austragen, und daß man als politische Konsequenz dieser Vorgangsweisen sich dazu bekennen muß, daß Öl durch Strom substituiert werden soll, dann ist für mich, wenn es viele Länder um uns tun, ein Weg, die E-Heizung zu forcieren, der beste Weg, umweltfreundliche Energie zu besitzen und zweitens Importe zu vermindern, und deswegen bekennen wir uns zum Ausbau der E-Wärme in unseren Haushalten. Ich meine also, zum Abschluß zu kommen, daß auch die Frage der Kernenergie momentan ja auch mit der Österreichischen Volkspartei nicht zu diskutieren ist. Dann haben wir Graff gegen Graf, wir kommen auch in diesem Punkt keinen Millimeter weiter. (Abg. Stoppacher: „Da soll die Regierung etwas tun, nicht das Parlament!“) Wir kommen keinen Millimeter weiter. Sie haben am Sonntag vielleicht die Pressestunde gehört. Momentan ist ja die ÖVP die Zerrissene. Graff gegen Graf. Graff gegen Knafel, Fleming gegen alle, Karas gegen alle. Aber das ist euer Problem. Aber sie steht natürlich voll hinter ihm. (Abg. Aichhofer: „Die sind entwaffnet worden!“) Geschätzte Damen und Herren, abschließend zur Energiepolitik. Wir haben die Möglichkeiten, aus dem besonders schweren Problem der Energiesicherung herauszufinden, die Möglichkeiten sind Energie zu sparen und die vorhandene Energie besser zu nutzen, inländische Eigenproduktion zu fördern. Ich meine, es wird an uns liegen, in den Fragen der Energiepolitik zu agieren und nicht nur zu reagieren. Es wird an uns liegen (Abg. Stoppacher: „Das wäre gut, das würden wir empfehlen!“), nicht durch Verunsicherung der Bevölkerung, sondern durch eine transparente Energie- und Tarifpolitik glaubwürdig den Energiebedarf künftig zu sichern. Die sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses werden der Vorlage ihre Zustimmung geben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gegenwärtig ist eine starke ÖVP die einzige Alternative gegenüber einer überforderten SPÖ. Das soll ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn hier Kollege Heinzinger (Abg. Halper: „Obmann Heinzinger!“) als derjenige hingestellt wurde, der womöglich Arbeitsplätze vernichtet, so darf ich sagen, es war eine Expertenkommission, nicht einseitig formiert, die ein langjähriges umwelt- und energiepolitisches Konzept, ein Langzeitkonzept erstellt hat, welches eben zum Nachdenken und Umdenken angebracht ist. Und daß der Umweltschutz Arbeitsplätze sichert, Arbeitsplätze fördert und

neue Arbeitsplätze verlangt, das wissen wir alle ganz genau. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Umweltschutz, wie bereits zum Ausdruck gebracht, schafft Arbeitsplätze, und Umweltschutz, Energie und Energieverbrauch sind ein Paket, das müssen wir wissen. Andere reden davon, aber wir in diesem Haus arbeiten schon lange in diesem Sinne. Wir können das auch beweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese unsere Welt ist ein Raumschiff, und in diesem Raumschiff befinden wir uns alle. Dieses Raumschiff hat nur eine gewisse Menge an Rohstoffen, dieses Raumschiff hat nur eine gewisse Menge an Energie. Allerdings hat nie jemand daran gedacht, man hat darauflos gewirtschaftet, hat Energie verbraucht, hat Rohstoffe verbraucht. Es wäre auch Aufgabe der Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß die erforderlichen Rohstoffe da sind. Nun bitte, der Ölschock war es, und mein Vorredner Hermann Schaller hat das zum Ausdruck gebracht, der plötzlich aufhorchen ließ. Eine Veränderung in dieser Welt. Und dieser Ölschock war es eigentlich, daß verstärkte Maßnahmen eingesetzt werden mußten, um umzudenken, um nachzudenken. Wenn man nach dem Energieplan bis zum Jahre 2000 35 Prozent an Energie einsparen will, dann muß man selbstverständlich auch auf diese Alternativenergien übergehen. Ich werde noch einiges darüber sagen. Das ist eigentlich der Grund, warum ich mich zu Wort gemeldet habe. Zur Energiesicherung sind in diesem Land große Impulse gesetzt. Gerade der Landeshauptmann war es, der sich besonders darum bemüht. Und wenn wir vergleichen, daß noch im vorigen Jahrhundert der Energieverbrauch erstens wesentlich geringer war als zum jetzigen Zeitpunkt, daß man aber damals in erster Linie auch Holz verwendet hat, und ich komme darauf, daß wir wieder in diese Richtung marschieren müssen. Sicherlich, die Dampflok damals Kohle, sicher einheimische Energie, und jetzt, jetzt wissen wir, allerdings schon gedämpft durch diesen Ölschock und durch Sparmaßnahmen, daß enorme Mengen an Energie verbraucht werden, vor allen Dingen auch solche, die aus dem Ausland kommen, wo wir uns abhängig gemacht haben. Das heißt also, wir müssen sparen und uns umstellen, und Umstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, setzt voraus, daß eine geeignete Energieberatung noch im verstärkten Ausmaß tätig wird. Darum bekennen wir uns dazu, daß wir gerade diesem Sektor noch mehr Gewicht verleihen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Energiebeauftragter hat selbstverständlich große Aufgaben zu erfüllen. Und wenn in einer der letzten Reden jemand zum Ausdruck gebracht hat, der kostet viel zuviel Geld, warum brauchen wir ihn. Meine sehr geehrten Damen und Herren, er kostet nicht zuviel Geld. Er erspart uns eine Menge Geld, und das ist die wichtigste Aufgabe, daß wir dafür sorgen, daß wir Energie einsparen. Da kostet ein Energiebeauftragter nicht zuviel Geld, und sind wir froh, daß wir ihn haben. Nun komme ich aber eigentlich zu meiner eigenen Aussage. Mein Vorredner war der Meinung, man macht zuwenig Alternativenergien. Vielleicht, lieber Freund, hast du vom Projekt Hartberg noch nichts gehört. Wir freuen uns darüber. Es war der Entwicklungsförderungsverband, dem ich als Vorstandsmitglied angehöre, unter dem Vorsitz meines Freundes Pörtl, der sich gesagt hat, ja gut, wir sind in Hartberg ein holzreicher Bezirk, wir

haben große Schlägerungen, wir haben Sägewerke, wir müssen diese Abfälle entweder vernichten, das kostet einen Haufen Geld, oder über weite Verkehrswege irgendwohin transportieren, wo diese Abfälle verwertet werden können. Nun hat man sich gesagt, wie wäre es, wenn man diese Holzabfälle im eigenen Bezirk verarbeiten und verwenden könnte. Unser Energiebeauftragter Dr. Altziebler ist uns sehr an die Hand gegangen. Das muß man auch wieder sehen, weil früher die Rede war von Verhinderern, oft einfache Menschen, nicht wissend, verhindern das eine oder andere, wenn sie nicht aufgeklärt sind. Wir haben in Hartberg Bürgerversammlungen durchgeführt, Gespräche, und haben mit den letzten Anrainern, die sich gegen dieses Werk gewehrt haben, diskutiert. Das Verständnis ist gegeben, und wir werden mit unserem Biomassekraftwerk, welches eben mit Alternativenergien betrieben wird, mit Holzabfällen, Rinde und so weiter zurande kommen und einen Großteil der Stadt und große Betriebe mit dieser Energie versorgen. Aber noch eines möchte ich dazu sagen, auch der Umweltschutz. Wir haben in Hartberg einige Betriebe, die enorme Schadstoffereger sind. Wenn nur ein einziger Betrieb an dieses Werk angeschlossen werden kann, vermindert sich der Schadstoff auf ein Zwölftel dieses einzigen Betriebes. Es ist aber ein großer Teil der Stadt und ein großer Teil der Betriebe, die hier mit Energie versorgt werden können. Und warum auch Hartberg, das habe ich ja zum Ausdruck gebracht. Weil wir Umweltverschmutzer haben, die wir wegbekommen wollen, und weil wir gerade in unserem Bezirk viele Holzabfälle und viele Wälder und Betriebe und Sägewerke und derlei Dinge haben; aber über diese Bürgernähe auch die Umsetzbarkeit und das Verständnis, neben dem Heizeffekt, dem wärmetechnischen Effekt auch der wirtschaftliche Effekt, daß nicht nur die Vernichtung dieser Abfälle Geld kostet oder der Transport. Warum sollen die Produzenten nicht auch etwas davon haben, wenn sie Energie liefern. Vor allen Dingen eines ist wichtig: Wir sind mit dieser Alternativenergie, mit dieser Biomasse vom Ausland unabhängig, und das ist sehr erfreulich. In der Krisenzeit können wir sagen, wir Hartberger, wir heizen sehr brav mit dieser Biomasse, und wir haben die Chance, mit dieser neuen Energiequelle auch zu überleben, wenn es Krisenzeiten gibt. Nun wollen wir uns alle dazu bekennen, meine Damen und Herren. Ich komme zum Ende meiner Ausführungen. Energieberatung, Energieplan, Alternativenergie, die ja vorhanden ist, Energiebeauftragter – nicht wegzudenken. Und nochmals zurück, Umweltschutz, Energie, Energieverbrauch sind eine Einheit. Und für dieses Raumschiff, in dem wir alle sitzen, wollen wir arbeiten und dafür sorgen, daß mit dem Rohstoff und mit der Energie sparsamst gewirtschaftet wird. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader das Wort.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Eine starke ÖVP ist wirklich die einzige Alternative zur derzeitigen – entschuldigen Sie, wenn ich mir diese Anmerkung erlaube, aber sie hat sich so angebotenen auf Grund der Einleitung des Kollegen Lind – aber

ich bin schon wieder weg und finde mich beim Kollegen Halper. Ich weiß nicht, ob ich richtig gehört habe über diese Schlußphasen bezüglich der Forcierung der Elektrowärme in den Haushalten. Bitte, nicht böse sein, im Energiebericht der Bundesregierung steht das nicht, um das gleich einmal klarzustellen, damit nicht falsche Eindrücke erweckt werden. Nach wie vor, meine Damen und Herren, und der Energiebericht der Bundesregierung zeigt das sehr deutlich und formuliert das sehr deutlich aus, ist die unkontrollierte Forcierung von Elektroheizungen eine der unintelligentesten Anwendungen elektrischer Energie. Ich darf das nur einmal klarstellen. Und weil über das GTE-Papier, das ja sehr kurz hier schon besprochen wurde, ich kann mir vorstellen, daß es den steirischen Landtag natürlich interessiert, wer von der dritten und vierten Ebene unter Anführungszeichen aus dem steirischen Bereich an jener Sitzung teilgenommen hat, aus dem das Papier stammt. Es waren von der STEWEAG der Herr Direktor Gutjahr, den ich mit gutem Gewissen nicht als dritte und vierte Ebene bezeichnen möchte, der Herr Dipl.-Ing. Flecker, der Herr Dipl.-Ing. Gabriel, der Herr Dipl.-Ing. Grojer, der Herr Ing. Rössler und der Herr Dipl.-Ing. Weberhofer. Es war als Prokurist der STEG, auch eine relativ hohe Ebene, der Herr Dipl.-Ing. Schmäher, der E-Werksleiter Schwab, Prokurist der Grazer Stadtwerke AG., von den Pichlerwerken Weiz der Ing. Ziegerhofer, der TOI Hartmann von den Stadtwerken in Kapfenberg und ebenfalls von demselben Bereich der Ing. Reinprecht. Ich sage das nur, damit einmal festgestellt werden kann für den steirischen Bereich, wer diese dritte und vierte Ebene ist, die sich angeblich völlig unkontrolliert und ohne Wissen des Vorstandes über Entwicklungen unterhalten und völligen Nonsens von sich gegeben hat. Der Herr Kollege Schaller hat ja schon zu Recht einige dieser Zitate aus diesem Protokoll gebracht, ich darf auch hier einen steirischen Aspekt einbringen. Wer das letzte „Profil“ gelesen hat, wird jenes Zitat des Herrn Direktors Gutjahr kennen. Er hat nämlich dort aus der Diskussion seine Meinung festgestellt und zusammengefaßt: „Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß die direkte Werbung für mehr Stromabsatz – bitte, tun Sie mehr heizen – nicht zielführend sei“. Er ist einer anderen Meinung, einer viel cleveren, er sagt: „Sie sollte über diverse Deckmäntel laufen, so zum Beispiel über die Wirtschaftlichkeit und über die Bequemlichkeit“. Ich sage das nur, damit wir nicht so tun, als ob es im steirischen Bereich in der STEWEAG genau gesehen Überlegungen nicht gebe wie in allen anderen Bereichen. Und wir müssen daher auch ganz genau beachten, wie das mit der steirischen Energiepolitik ist. Ich habe mir erlaubt, anlässlich einer Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes, wo er eigentlich nichts anderes getan hat, als einen Bericht der STEWEAG vorzulesen, Punkt, Ende, ihn zu fragen, ob er damit glaubt, daß seine Verantwortlichkeit in der steirischen Energiepolitik wohl erledigt sei, indem er nur einen Bericht der STEWEAG vorliest. Wir wissen jetzt, daß unsere Verantwortlichkeit, die der politischen Mandatare, damit nicht erledigt ist, indem man kritiklos das wiedergibt, was die Elektroversorgungsunternehmen von sich aus formulieren.

Meine Damen und Herren! Dieser Bericht, den der Herr Landeshauptmann in der Anfragebeantwortung über die STEWEAG verlesen hat, war ein reiner

Bericht, des Vorstandes der STEWEAG. (Abg. Dr. Maitz: „Ihre Dreckbatzlerlschmeißereien kommen nicht zum Tragen!“) Das ist keine Behauptung, sondern das kannst du nachlesen, falls du ein Protokoll gelegentlich liest.

Meine Damen und Herren! Dieser vorliegende Bericht über Alternativenergie und über Einsparungen hat eine Reihe von sehr positiven Aspekten, die es wirklich wert sind, hervorgehoben zu werden. Er zeigt auch eine Reihe von Bruchlinien, die es unter den einzelnen Gebietskörperschaften und zwischen dem Energiebeauftragten und etwa zum Beispiel in der Handelskammer gibt. Ich stolpere darüber, daß der Energiebeauftragte in seinem Bericht hier leise Kritik anmeldet, weil er meint, ich zitiere wörtlich, „daß die Handelskammer offensichtlich auf die auf Energiesparen und rationalen Energieeinsatz ausgerichteten Leitlinien der steirischen Energiepolitik nur begrenzt einzugehen bereit ist“. Ich würde sehr gerne die Hintergründe dieser Bemerkung kennen, indem ja dann später im Bericht der Handelskammer, aber doch in eigenen Bereichen, versucht wird, etwas zu tun. Sie hat ja wirklich eine wesentliche Aufgabe, nämlich im Einsparungsbereich auf ihre Mitglieder animierend zu wirken. Das ist eine der großen Aufgaben, die die Handelskammer hat, und ich hoffe, daß sie sie wirklich in dem Maße ausüben wird, wie das angedeutet ist. Er ist in manchem Bereich nicht ganz stolz, der Bericht. Das hat mit den Agierenden nichts zu tun, sondern ganz einfach mit der Meinung, die die Menschen diesen Dingen gegenüber haben. Wenn etwa berichtet wird, daß für die Modellsanierung die Modellsanierungsuntersuchungen bislang daran gescheitert sind, daß Besitzer von Wohnungen und Häusern nicht bereit waren, sie zur Verfügung zu stellen beziehungsweise nur ein einziges Einfamilienhaus zur Verfügung gestellt wurde, dann stimmt mich das traurig.

Meine Damen und Herren! Wir haben hier alle gemeinsam noch unerhört viel Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Ich befürchte, wenn ich mir diese Anmerkung erlauben darf, daß das GTE-Papier bezüglich Energieverbrauch und Energieverschwendung auch akzeptiert wird, ohne daß man Werbung betreibt. Man ist leider in viel zu geringem Maße bereit zu sparen. Interessant fällt mir in diesem Zusammenhang vor allem im Bereiche mit den Heizungen eine Bemerkung der Arbeiterkammer auf, daß sie bereit ist, in der Frage der Preispolitik hier mitzuwirken.

Meine Damen und Herren! Wir wissen ganz einfach, daß Sparen für viele nur über den Preis möglich ist. Ich glaube, hier gäbe es einen echten Ansatzpunkt sozialpartnerschaftlichen Wirkens oder vielleicht jener Einbindung der Ökologie in die Sozialpartnerschaft, die der Kollege Schilcher in den letzten Tagen für mich sehr interessant in einem Rundfunkinterview angedeutet hat. Ich glaube, daß wir den E-Heizungsbereich und Energieverbrauchsbereich in den Griff bekommen, das Sparen animieren, indem hier ein Zusammenschluß erfolgt und unerhört viel Animation erfolgt.

Meine Damen und Herren, noch eine Anmerkung. Wir haben in der letzten Zeit eine große Diskussion über die Kleinwasserkraftwerke. Die Formulierungen, die positiven Formulierungen, die sich in diesem Bericht über die Kleinwasserkraftwerke finden, ent-

sprechen schon meiner Meinung nach lange nicht mehr dem, was von den öffentlichen Verantwortungsträgern in diesem Bereiche gesagt wird. Ich habe erst vor wenigen Tagen den Landesenergiebeauftragten, den Naturschutzbeauftragten und Kleinkraftwerksbetreiber zu einem Gespräch gebeten, zu einer Diskussion. Es war sehr interessant festzustellen, daß diese Kleinwasserkraftwerke der energiepolitischen Größenordnung lange nicht mehr entsprechen, die hier in der energiepolitischen Diskussion gelegentlich zugeordnet wird. Ich glaube, was uns fehlt ist, daß wir an einem Ausbauplan oder einem Nichtausbauplan, wie immer Sie das wollen, für die ganze Steiermark, vor allem für die Gebirgstteile, feststellen, wo welche ausgenutzt werden können und sollen und wo sie auf jeden Fall nicht ausgenutzt werden können und sollen. Ich weiß, daß eine solche Untersuchung jetzt im Bereiche Wasserkraft, im Bereiche der Mur, beginnt. Ich kann mir vorstellen, daß das noch relativ am einfachsten zu klären ist, zumal die Wasserkapazität ohnehin so ist, daß wir hier nicht viel tun werden. Ich glaube eher, daß man die Untersuchungen im gebirgigen Teil vorantreiben und hier feststellen soll, was an Kleinwasserkraftwerken geht.

Meine Damen und Herren! Abschließend: Es hat keinen Sinn und es hat nie viel Sinn gehabt, sich vorzuwerfen, wer früher welchen Plan auf den Tisch gelegt hat. Auch ich stelle mit Freude fest, daß es nicht nur im Landesbereich Planungen gibt, sondern auch im Bundesbereich. Das Wichtigste ist, daß wir in den nächsten Jahren darangehen, diese beiden Planungen und die Fortentwicklung dieser Planungen zu koordinieren und zu einem sinnvollen Ergebnis zu bringen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ofner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ofner: Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Der vierte Bericht ist sicherlich sehr interessant und zeigt viele Möglichkeiten über die Forschungsprojekte auf, die eingeleitet wurden, und eben über diese Alternativenergien. Ich möchte auf zwei Dinge hier im besonderen Maße eingehen, weil ich glaube, daß es notwendig ist, daß man schon darüber spricht, und vor allem, daß man sich in Zukunft darüber Gedanken macht. Das ist erstens die energetische Nutzung von Abfallholz, im besonderen die Holzverbrennungsanlagen mit Hackschnitzel und Rinde. Hier wurde ja eine umfangreiche Studie für den Bezirk Murau, vor allem für die Stadt Murau, ausgearbeitet, die leider scheinbar doch nicht zum Tragen kommt, die sehr viel Geld gekostet hat, aber leider eben andere Gründe vorhanden sind, daß sie nicht durchgeführt wird. Leider kann man sagen, daß solch ein Pilotprojekt sehr notwendig wäre, und ich bin sehr glücklich, daß ein weiteres in der Steiermark läuft. Es wäre eigentlich sehr interessant gewesen, wenn man gewußt hätte, wie günstig oder wie teuer die Energie bei einem solchen Holzkraftwerk überhaupt erzeugt werden kann, weil ich glaube, erst dann kann man wirklich beurteilen, wie sinnvoll solche Holzkraftwerke überhaupt sind. Da wir aber wissen, meine geschätzten Damen und Herren, daß es pro Jahr zirka 1.000.800 Festmeter Holzüber-

schuß in der Steiermark gibt, zusätzlich noch zirka 225.000 Festmeter Rinde und etwa 100.000 m³ Sägespäne anfallen, kann man wirklich sagen, daß man sich mit solch einem Projekt im besonderen Maße beschäftigen sollte. Es ist nur zu befürchten, daß bei der Errichtung von mehreren solchen Kraftwerken der Holzverbrauch und die Holzpreise sehr stark ansteigen werden, und damit – glaube ich – diese Kraftwerke wirklich nicht mehr sinnvoll Energie erzeugen können. Trotzdem, glaube ich, sollte man sich mit diesem Projekt besonders befassen, weil es auch eine zusätzliche Besserstellung beziehungsweise ein Zusatzeinkommen für die Landwirtschaft bedeutet und damit natürlich auch zusätzliche Arbeitsplätze bringen würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der zweite Bereich, dem ich mich zuwenden möchte, sind die Wasserkleinkraftwerke. Wie man aus diesem Bericht entnehmen konnte und ja allgemein auch bekannt ist, sind in letzter Zeit sehr viele solche Ansuchen beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung eingegangen, und es besteht ein sehr starkes Interesse für den Ausbau von solchen. Man kann sicherlich sagen – wie ich vernommen habe –, daß etwa 70 solche Ansuchen bereits beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung liegen, und man weiß, daß sicherlich auch bei den Bezirkshauptmannschaften noch viele solche dort vorhanden sind, denn wir wissen ja, daß etwa bis 200 PS die wasserrechtlichen Bewilligungen durch die Bezirkshauptmannschaften durchgeführt werden, weil sie zuständig sind. Die Baulast solcher Kleinwasserkraftwerke kann wohl nur darin zu finden sein, weil es eben besonders günstige Förderungsmöglichkeiten von seiten des Bundes gibt, zum Beispiel den AIK-Kredit, die Zinsstützungsaktionen, die ERP-Energiekredite und letztlich auch die Sonderaktion des Bundeskanzleramtes für die Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Gebiete. Wir wissen ja, meine geschätzten Damen und Herren, daß die Atomenergie derzeit in Österreich aus politischen Gründen scheinbar ausgeschlossen ist. So bleibt eigentlich längerfristig nur die Perspektive über die Wasserkraft übrig, da die kalorischen Kraftwerke ja doch zu den größten Umweltverschmutzern zählen. Ich begrüße eigentlich, daß man hier wirklich Sorge trägt, daß man von der E-Wirtschaft aus auch erkannt hat, daß man eigentlich mehr auf die E-Heizung einsteigen sollte. Vor allem in den ländlichen Gebieten, weil das ja die einzige Chance überhaupt ist, eine saubere Energie zu bekommen. Wir wissen aber auch, daß es bei den Großwasserkraftwerken natürlich auch verschiedene Meinungen gibt und die Umweltschützer sehr dagegen sind. So bleiben wirklich nur mehr diese Kleinwasserkraftwerke übrig, wie es scheint. Gerade die Errichtung von Kleinwasserkraftwerken wurde auch in diesem Hause hier immer wieder sehr stark propagiert. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, aber trotzdem warnen, denn es hat sich herausgestellt, daß die Umweltbelastung durch die Errichtung von solchen Kleinwasserkraftwerken im besonderen Maße groß ist. Man kann immer wieder sehen, daß oft ganze Strecken eines Bachbettes ohne Wasserführung sind, da sämtliches Wasser eben für den E-Werkskanal zur Verfügung gestellt werden muß, und daß natürlich über viele Monate im Jahr jegliches Leben in diesen Bächen verschwunden ist. Es kommt sehr oft vor, daß über-

haupt eine viel zu geringe Restwassermenge nur mehr vorhanden ist und daß die eingeleiteten Abwässer im Bachbett versickern oder sich als stinkende Kloake mühsam fortbewegen. Gerade bei Bächen mit geringer Wasserführung passiert das eben sehr oft. Grund dafür ist, daß für die wasserrechtlichen Verhandlungen bei Kleinkraftwerken – wie ich schon sagte – unter 200 PS die Bezirkshauptmannschaften zuständig sind und eben dort sehr oft Sachverständige fehlen oder daß überhaupt keine Gutachten oder nur sehr mangelhafte Gutachten vorhanden sind. Es müßte daher eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß auch bei Kleinkraftwerken ein Umweltverträglichkeitsgutachten oder ein limnologisches Gutachten eingeholt wird. Es ist einfach notwendig, meine Damen und Herren, daß auch bei den kleinsten Anlagen auf den Naturschutz und auf die Umwelt Rücksicht genommen werden muß. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Nutzung der Wasserkraft für Energiegewinnung einfach die richtige und die einzig richtige Form ist, weil es nach wie vor die sauberste Energiegewinnung ist. Jedoch sollten Genehmigungen nur wirklich bei ganz genauer Überprüfung des gesamten Umweltbereiches erfolgen. Auch müßten Rentabilitätsberechnungen durchgeführt werden und sehr wohl überprüft werden, ob es sich überhaupt rentiert, solche Kleinkraftwerke wegen ein paar PS hinzustellen, und daß dadurch die ganze Natur darunter leidet oder ein ganzer Flußlauf zerstört wird. Ich bin daher der Meinung, meine Damen und Herren, daß man sich wirklich überlegen sollte, daß alle öffentlichen Gewässer, also Bäche und Flüsse, doch unter Umständen unter Naturschutz gestellt werden sollten. Vor allem müßte bei Wasserrechtsverhandlungen die Naturschutzbehörde miteinbezogen werden. Es darf bei diesen Dingen nicht nur ein wirtschaftliches Denken im Vordergrund stehen, sondern es müßten auch ökologische Zusammenhänge gewahrt werden. Wenn diese Gesinnung bei den Kraftwerkserrichtern eintritt, wird die Energiegewinnung durch Wasserkraft weiterhin nutz- und sinnvoll für die Menschen sein. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

Abg. Zellnig: Frau Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir vielleicht, in einigen Sätzen die Landwirtschaft in bezug auf die Alternativenergie darzustellen. Die Landwirtschaft und Forstwirtschaft hat zur Zeit sehr große Probleme in bezug auf den Absatz unseres Fleißes, unseres Könnens in Form von Produktionssteigerungen. Diese Produktionssteigerungen überschreiten bei weitem den Inlandsmarkt. Daher bietet sich nach meiner Meinung als Produktionsalternative die Alternativenergie an. Aber, sehr geehrte Damen und Herren! Diese Alternativenergie ist sicherlich in derzeitigen Formen nicht in allen Bereichen realisierbar. Unser Landesrat Riegler hat schon vor Jahren einmal im Parlament erklärt – und, sehr geehrte Damen und Herren, ich darf es nun sinngemäß wiedergeben: „Der Bauer wird in Zukunft seinen Treibstoff in Form von Rapsöl selbst produzieren können.“ Ja, der Bauer kann diesen Treibstoff selbst produzieren, technologisch ist es möglich. Nur wirtschaftlich wird es noch sehr, sehr lange auf sich warten

lassen, bis es auch realisiert werden kann. So geht es uns auch in anderen Bereichen der Alternativproduktion am Energiesektor. Realistisch erscheint mir in Zukunft die weitere Entwicklung von Verfeuerungen von Stroh, ob es Mais- oder Getreidestroh ist. Die noch weitere Entwicklung – und der Kollege Halper hat es hier angeschnitten – ist die Wärmekupplung durch Zwischenschaltung von Wärmepumpen, ja vielleicht sogar auch Biogasanlagen. Biosprit, der uns immer wieder vorschwebt, kann in Zukunft doch realistischer gesehen werden, sehr geehrte Damen und Herren. Wenn meine Information stimmt, wird es im Parlament zu einem Dreiparteiantrag in nächster Zeit kommen. Es wäre nur notwendig und erforderlich, daß sich auch – und es erscheint mir sehr wichtig – die Sozialpartner damit beschäftigen mögen.

Hohes Haus, ohne Außenhandelsschutz wird Biosprit bei uns nicht erzeugt werden können, daher ist es notwendig, daß die erforderliche Biomasse für die Erzeugung von Biosprit durch Forschung und den Einsatz besserer Technologien beim Ausbau und der Verarbeitung an das ausländische Preisniveau herangeführt beziehungsweise angepaßt werden kann. Derzeit würde der von uns erzeugte Biosprit das Doppelte gegenüber dem vom Ausland produzierten Biosprit kosten. Realistisch erscheint mir auch die Erzeugung von Energie aus Derbholz und Rinde sowie eigens dafür produziertes Energieholz. Einige diesbezügliche Anlagen sind schon in Betrieb in unserem Lande. Für die Waldbesitzer, insbesondere für die Kleinwaldbesitzer, zeichnen sich in diesem Bereich neue Möglichkeiten zusätzlicher Wertschöpfung ab.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird für die Kleinwaldbesitzer nur von wirtschaftlichem Erfolg sein, wenn diese nicht die Holzschnitzel als Rohstoff, sondern die daraus erzeugte Energie direkt an den Verbraucher zu verkaufen versuchen. Als Modellfall könnte nach meiner Meinung das Beispiel Leutschach, das morgen öffentlich vorgestellt wird, dienen. Dieses Projekt ist ganz besonders durch das Bundeskanzleramt gefördert worden. Durch die von mir vorher dargestellten Maßnahmen verbessern wir ganz besonders die Umwelt, indem Holz umweltfreundlich verbrannt werden kann. Ebenso ist die Umwandlung von Biomasse in Energie auch umweltfreundlich.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Alle diese Maßnahmen kosten Geld, die wir alle bezahlen werden müssen. Umwelt, eine bessere Umwelt als Nulltarif gibt es nicht. Aber diese Kosten für die Alternativenergie, die auch eine Verbesserung der Umwelt mit sich bringt, sind niedriger als die Kosten, die wir bezahlen müssen für die Schäden, sind sie ökonomischer, ökologischer oder gesundheitlicher Natur. Danke bestens. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es ist erfreulich, daß zu dieser Vorlage eine weitgehend sachliche Diskussion geführt wurde und daß sich alle drei Parteien sehr rege an dieser Diskussion beteiligt haben. Wenn mein Vorredner, der Herr Kollege Zellnig, im besonderen die Bereiche der urei-

gensten alten Energieträger, vor allem in der Wärmeenergie insbesondere das Holz und die Holzabfallprodukte, herausgestellt hat, so sind wir sicher alle der gleichen Meinung, daß wir bei der Aufzählung zumindest der Wärmeenergie auf das Holz nicht vergessen sollten, und immer mehr kommt man darauf, daß doch die behaglichste Wärmeenergie nach wie vor das Holz ist, der gute Kachelofen, der Kamin, oder auch über moderne Zentralheizungen wären das Holz und Holzabfallprodukte zu verwerten. Ich möchte es sehr begrüßen, daß auch vom Kollegen Zellnig der Biosprit und die Biomasse in Erwähnung gebracht wurden. Ich möchte dazu ergänzend nur noch eine Zahl bringen, die zum Ausdruck bringt, wie wesentlich es wäre, daß man von seiten der Bundesstellen, der Regierung gerade der Entwicklung der Biospritbeimengung mehr Beachtung beimessen würde. Nämlich, wenn beispielsweise etwa 8 Prozent Biosprit den Benzintreibstoffen beigemischt werden würden, entstünde nicht nur eine wesentliche Entbleiung der bestehenden Treibstoffe, sondern man könnte dadurch auch der Landwirtschaft insofern sehr dienlich werden und der gesamten Exportwirtschaft eine Entlastung schaffen, denn dadurch könnten etwa 100 Hektar Getreidefläche einer nutzbringenden Verwertung zugeführt werden. Die Benzintreibstoffe würden sich dabei nur geringfügig etwa um 7 Groschen laut Aussagen von Fachleuten verteuern.

Ich möchte bei der Aufzählung der Alternativenergien einen Bereich herausgreifen, der für den Raum Oststeiermark von Bedeutung ist, und zwar die Geothermie, die in Fürstenfeld als Alternativenergie erstmals in einem größeren Umfang versuchsmäßig in Anwendung gebracht werden soll. Die erste Tiefbohrung wurde begonnen. Der Bohrturm steht. Es ist eine ungarische Firma – leider gibt es, wurde mir gesagt, keine heimische Firma, die eine Bohrung auf diese Tiefe von etwa 3.000 Meter bringen kann –, und es mußte somit eben diese ungarische Firma in Anspruch genommen werden. Ich darf dazu kurz berichten, daß die Stadtgemeinde Fürstenfeld seit 1979 bemüht ist, die Geothermie nutzbringend zu erforschen und hier Partner zu finden. Man hat zuerst versucht, mit Shell einen passenden ausführenden Partner zu finden. Es war dann mit der STEWEAG möglich, diesen Partner zu finden, und die STEWEAG ist nun bereits seit Tagen mit der Bohrung beschäftigt. Nach einer Strukturuntersuchung, die in Fürstenfeld angestellt wurde, ist sehr interessant festzustellen, daß etwa zwei Drittel der Wärmeenergie von den Haushalten gebraucht werden – also rund 67 Prozent – und nur etwa 18 Prozent von der Wirtschaft in Anspruch genommen werden. Die öffentlichen Bauten – Schulen, Amtsgebäude und dergleichen – würden etwa rund 15 Prozent in Anspruch nehmen. Wie schon gesagt, wird diese Bohrung auf etwa 3.000 Meter niedergeführt werden, und es ist nur zu hoffen, daß dann das von Fachleuten angekündigte Heißwasser auch gefunden werden kann. Gesagt wird uns über ein Gutachten des Herrn Professors Zöttl vom Institut für Geothermie und Hydrologie, daß die heißwasserführenden Gesteine im oststeirischen Becken in einem jungtertiären Senkungsfeld, das sich in mehrere Teilbecken gliedert, liegen. Interessant ist dabei auch, daß nach diesem Gutachten das Heißwasser mit einer Temperatur von 100 bis 130 Grad Celsius an die Oberfläche gebracht

werden kann. Nach erfolgreicher Bohrung soll dann auch noch eine zweite Bohrung in Fürstenfeld niedergebracht werden. Ich darf aber in diesem Zusammenhang auch in Erwähnung bringen, daß nach diesen Fachgutachten keine Beeinträchtigung für die benachbarten Thermalquellen, sowohl für Loipersdorf als auch für Waltersdorf, entsteht, weil eben die Bohrung in Fürstenfeld auf einen wesentlich tieferen Horizont, nämlich auf 3.000 Meter, gebracht wird.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß eine optimale Nutzung der geothermischen Energie eine wesentliche Verbesserung der Lebenssituation nicht nur im oststeirischen Raum, sondern eben in diesen Räumen, wo wir die Möglichkeit haben, Heißwasser auch für die Wärmeenergie zu nutzen, bringen wird. Bei Realisierung dieses Projektes in Fürstenfeld soll vorerst einmal das Zentrum der Stadt mit den öffentlichen Gebäuden und soweit als möglich auch die Privathaushalte mitversorgt werden. In der weiteren Folge ist dann mit dem Ausbau an die Erfassung der gesamten Haushalte gedacht. In der Kosten-Nutzen-Rechnung, die in diesem Zusammenhang sicher auch interessant ist und die auch in Erwähnung gebracht werden soll, wird mit einer Amortisationszeit von 3 bis 4 Jahren gerechnet, das heißt, daß die Geothermie eine kostengünstige und natürlich auch umweltfreundlich Alternative für die Zukunft sein kann. Wir möchten nur hoffen, daß dieser Versuch in Fürstenfeld ein Erfolg sein wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch: Geschätzte Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Energiefragen, die heute schon behandelt wurden, sind sicher sehr ernst, und ich glaube, man sollte es sich auch nicht zu leicht machen. Deshalb kann ich nicht ganz mit dem Herrn Abgeordneten Lind übereinstimmen, der es sich zumindest zu Beginn seiner Rede sehr leicht gemacht hat, indem er zwei Thesen aufgestellt hat: Die erste: Die ÖVP sei die einzige Alternative. Es ist immer gut, daß es mehrere Alternativen gibt, und ich würde das nicht so sehen wie er, denn sonst kommt er in die gleiche Situation wie wir jetzt mit der elektrischen Energie, nämlich daß es sehr oft eine Diskrepanz zwischen Bedarf und Produktion gibt, und das bitte ich, auch dabei zu berücksichtigen. Bei der zweiten hat er alles mit einem Raumschiff verglichen, und ich glaube, das kann man bei Energiefragen nun wirklich nicht tun. Wie arbeitet ein Raumschiff? Beim Aufstieg, beim Start wird ungeheuer viel Energie verbraucht, dann lebt man eine Zeitlang von der vergänglichen Fliehkraft, damit man sich behaupten kann, dann entsteht der Kampf gegen die Schwerkraft der Realität und schließlich verbraucht man die Restenergie beim Bremsen. Ich weiß nicht, ob er das als Modell seiner eigenen Organisation gemeint hat. Ein Vergleich mit dem Bericht, den wir heute hier diskutieren, kann das sicher nicht sein. Und der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller, mit dem ich in vielen Dingen übereinstimme, weil er wirklich versucht, hier sehr ernsthaft die Energiefragen und Umweltfragen zu bringen, ist halt auch ein bißchen zu sehr in die Ferne geschweift, denn in diesem zitierten Geheimpapier

gibt es ja auch eine Aussage eines steirischen Direktors der STEWEAG, nämlich des Herrn Direktors Gutjahr, der da etwa sagt, daß es eben eine Diskrepanz zwischen Ausbauprogramm und Absetzmöglichkeiten gibt und wörtlich – ich darf zitieren –: „Wir haben uns auf die schöne Formulierung geeinigt, daß dadurch die Sicherung der inländischen Elektrizitätsversorgung gigantisch gewachsen ist. Außerdem sind wir zu diesem Schluß gekommen, daß dieser Strom, den wir nun einmal haben, auch irgendwo nutzbringend verkauft werden sollte.“ Ich erinnere mich auch an Diskussionen gerade im Zusammenhang mit Mellach hier in diesem Hohen Haus, wo uns vorgehalten wurde, daß wir aus politischen Gründen hier Forderungen erheben. Ich habe hier Zeitungsüberschriften vor mir, wie etwa aus der „Kronzeitung“ vom 30. Mai 1982 – auch ein Vorstandsdirektor der STEWEAG, Herr Direktor Beer, der sagt: „Mellach, sonst geht das Licht aus!“ Also, hier kommen mir einige Dinge leider sehr bekannt vor. Aber, es ist heute schon gesagt worden, wir sollen lernen. Ich sehe den heutigen Bericht als einen solchen Lernprozeß, und daher sollte man die positiven Dinge herausuchen. Man sollte aber auch ganz genau wissen, was nicht drinnensteht oder was noch nicht drinnensteht. Wir haben auch in der Steiermark einige bedenkliche Erscheinungen, die uns ein weiteres Fortfahren etwa in Richtung alternativer Energie etwas erschweren. Ich darf nur ein einziges Beispiel anführen: Wer zum Beispiel für seine Warmwasserbereitung Solarenergie einsetzt, der bekommt dann keinen billigen Nachtstromtarif mehr. Das scheint mir eine solche Diskrepanz zu sein zwischen dem Versuch, hier umweltfreundliche Energie zu gewinnen und natürlich zusätzlich auch noch herkömmliche Energie zu verbrauchen. Ich meine daher, daß uns dieser Alternativbericht zu denken geben soll, nämlich daß wir auch Alternativenergien, aber im anderen Sinne, wie es der Herr Abgeordnete Lind gemeint hat, einsetzen, um die Fehler gemeinsam aufzuzeigen und nach besseren Lösungen zu suchen. Einige sind genannt worden: etwa über die Novellierung des Raumordnungsgesetzes, über die kommunale Energieplanung und über die koordinierte Fernwärmeversorgung. Hier müßte man wirklich versuchen, gemeinsam, denn sonst geht es ja nicht, diese Lösungen nicht nur im Gesetz vorzusehen, sondern in der Praxis durchzusetzen. In dem Sinne hoffe ich, daß im nächsten Bericht, der hoffentlich früher vorgelegt wird als dann im Spätherbst des nachfolgenden Jahres, noch mehr über alternative Energien, aber auch über gemeinsame Energiepolitik geschrieben wird, denn wir sitzen nicht im gleichen Raumschiff, wir sitzen im gleichen Boot. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll.

Abg. Kröll: Frau Präsident! Hohes Haus!

Ob Raumschiff oder Boot, Tatsache ist, daß wir durch diesen Bericht und durch diese Beiträge in eigentlich großer Übereinstimmung feststellen, daß auch der Bereich der Kleinkraftwerke Dimensionen erfahren hat, denen wir uns vor kurzem nicht bewußt waren. Man hat durchaus – ich zähle mich dazu – geglaubt, das ist ein Ausweg aus dieser ganzen Geschichte. Wir leben in einer Berglandschaft. Wir haben eine Reihe

von kleinen Möglichkeiten, und man wird auch eine ganze Reihe Möglichkeiten finden. (Abg. Prensberger: „Ich war immer dagegen!“ – Abg. Brandl: „Ihr habt angefangen!“) Einer, meine Damen und Herren, der auch geglaubt hat, daß das ein entscheidender Durchbruch sein kann (Abg. Ofner: „Ihr habt angefangen!“ – Abg. Schrammel: „Das ist keine politische Frage!“) – deshalb melde ich mich noch – weil wir aus verschiedenen Gründen zutiefst betroffen von einer solchen Entwicklung sind. Wir reden hier jetzt von nützen und von schützen. Man kann und man muß gewisse Wasserkräfte selbstverständlich nützen. Man muß aber auch – und das sehen wir – bei Verbrauch von Natur und Landschaft auch gewisse Teile schützen. Und um diese Situation geht es, und zwar sehr massiv und mit jedem Tag, wo der Kalender des Jahres abgerissen wird, zunehmend mehr. Ich bin daher sehr dankbar, daß aus dieser problematischen Stellung heraus der Abgeordnete Schaller mit weiteren Kollegen einen solchen Antrag eingebracht hat, wo für die Nutzung von fließenden Gewässern auch für sogenannte Kleinkraftwerke ein Mitspracherecht des Naturschutzes gewährleistet sein muß, und eine solche Vorlage befindet sich bereits in der Begutachtung. Ich füge noch weiters hinzu, daß alle, die am Österreichischen Fremdenverkehrstag in Graz in diesem Ausschuß dabei waren, wo man auch zwei Tage lang um Formulierungen gerungen hat, eine Resolution erstellt haben für die „Perspektiven 2000“. Und das ist das Interessante, daß auch diese Kreise bereits heute, ich zähle mich dazu, weil ich auch glaube, ein bißchen mit Fremdenverkehr zu tun zu haben, wenn man diese Entwicklung nicht erkennt, daß damit jede Entwicklung der Zukunft, nicht nur der Lebens- und Naturraum für uns selber, sondern auch eine sinnvolle Nutzung und Hinführung für einen Sommertourismus vertan wird, weil dann die Faszination unserer Landschaft fehlt, weil Bäche leer sind, weil überall angezapft wird. Da diese massiven Verluste in Landschaft und Natur in keiner Relation zum Nutzen dieser Wertschöpfung zur elektrischen Energie stehen, muß es hier gelingen, wie es auch die Resolution besagt und der Antrag, den Hermann Schaller eingebracht hat, daß der Naturschutz hier eine Rechtsstellung bekommt, damit er zu hören ist. Das wird so sein, daß nicht alles nicht möglich ist, aber es darf so nicht sein, daß alles möglich ist, was nicht in einem erklärten Naturschutzgebiet heute ist, daß das sozusagen ein ganz einfaches Verfahren ist und hinterher feststellt, daß sich hier Wandlungen in unserer Landschaft, in unserer Heimat vollziehen, die nicht mehr gutzumachen sind. Und noch dazu dienen sie nicht einmal oder zu den allerwenigsten Fällen – für die habe ich noch Verständnis – zur Eigenversorgung, sondern es sind Gesellschaften oder Einzelinitiativen, die durch zwei Begünstigungen geradezu animiert werden, eine Flut von solchen Projekten zu produzieren. Einerseits die begünstigten Förderungen und Möglichkeiten der Steuerabschreibung, und zum anderen die Gewähr und die Verpflichtung, selbstverständlich an ein Verbundnetz angeschlossen werden zu müssen. Und daher ist das eine ganz, ganz gravierende Situation, und ich möchte sagen, daß das in unserer näheren Heimat, in der Dachstein-Tauern-Region und rundherum, wo wir schon sehr viel Wasserkräfte der elektrischen Nutzung beigegeben haben, daß wir praktisch

kein Tal mehr haben und keinen Seitenbach mehr haben, wo nicht Projektanten sitzen und unentwegt wieder neue Projekte eingebracht werden, nicht nur – ich brauche gar keinen Namen nennen – überall und viele andere auch. Ich bitte daher, daß alle befaßten Stellen, wenn diese Vorlagen in die Begutachtung kommen, wenn sie diskutiert werden, hier wirklich diesen Grundsatz aufrecht halten, daß man hier dem Naturschutz, aber auch dem Fremdenverkehr eine Parteienstellung einräumt und daß man sehr sorgfältig prüft, was möglich und nicht möglich ist. Einen Ausverkauf unserer Landschaft und unserer Gebirgsbäche en masse können wir uns nicht erlauben. Das wäre der größte Widersinn bei gleichzeitigen Bemühungen, Landschaftsschutzgebiete, Naturparke zu errichten, womöglich Nationalparke zu errichten und dann keinen einzigen Bach mehr zu haben oder über weite Teile keinen zu haben, das wäre sicherlich nicht in der seinerzeitigen Idee, daß man Wasserkraft nützen muß. So ist es nicht gemeint, darüber muß man nachdenken, wie es sinnvoller möglich ist, daß genützt und geschützt werden kann. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Ich erteile dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Energie- und Umweltpolitik hängen sehr eng zusammen, und beides sind sicher Hauptaufgaben, die der künftigen politischen Gestaltung gestellt werden. Und wenn man an die Probleme offen und ehrlich herangeht, muß man auch sagen, daß die verschiedenen Einstellungen, die Unterschiedlichkeiten in der Problemlösung quer durch alle politischen Lager hindurchgehen. Wir haben jetzt den Bericht für das Jahr 1983 diskutiert. Ich möchte mir erlauben, in einigen konkreten Punkten ergänzend darauf hinzuweisen, daß wir im Jahre 1984 einige beachtliche Schritte bereits weitergekommen sind. Ich glaube, daß das anläßlich eines solchen Berichtes auch aufgezeigt werden sollte.

Es ist die Beschlußfassung des Energieplanes durch die Steiermärkische Landesregierung, die am 30. Jänner einstimmig diesen Energieplan beschlossen hat, erwähnt worden. In diesem Energieplan ist eine sehr klare Zielsetzung formuliert, was die Weiterentwicklung der Energiepolitik in unserem Lande betrifft. Ich zitiere aus dem Paragraph 5 des Energieplanes: „Erstens: Ersatz ausländischer Energieträger durch heimische. Zweitens: Ersatz nicht erneuerbarer Energieträger durch erneuerbare. Drittens: Erhöhung der Versorgungssicherheit durch Streuung der Energieträger, und viertens: Erhöhung der Versorgungssicherheit durch größere Flexibilität des Energiesystems.“ Ich möchte mir nun erlauben, darauf hinzuweisen, daß wir auch wirklich beachtliche Schritte in der konkreten Umsetzung dieser Zielformulierungen unternommen konnten.

Es wurde darauf hingewiesen, daß eine der wichtigsten Energiequellen das Energiesparen darstellt. Im Bereich des Energiesparens haben wir uns beispielsweise, weil hier die Raumheizung eine erhebliche Rolle spielt, bemüht, durch die Wohnbauförderung

einen Beitrag in diese Richtung zu leisten. Das geschieht erstens durch die in den Wohnbauförderungsrichtlinien festgelegten wesentlich höheren Anforderungen an die Wärmedämmung, so daß seit geraumer Zeit hier in der Qualität ein wirklicher beachtlicher Schritt gegenüber der Bausubstanz, die seit Ende der fünfziger bis Anfang der siebziger Jahre errichtet wurde, hergestellt worden ist. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß im Angebot der Alternativenenergien in der Eigenheimbautätigkeit sehr wenig Resonanz zu finden war; etwas anders sieht es aus bezüglich der Sanierungsmaßnahmen in Hinsicht des Energiesparens. Hier sind immerhin durch die Möglichkeiten des Wohnungsverbesserungsgesetzes bei insgesamt 3.300 Wohneinheiten durch Wärmeschutzmaßnahmen, Fenstereinbau und ähnliches Verbesserungen durchgeführt worden. Ganz besonders entscheidend scheint mir aber unsere Bemühung, daß wir den Energieplan des Landes Steiermark hinsichtlich der Prioritäten in der Energieversorgung in der Wohnbauförderung sehr konsequent umsetzen. Diese Prioritäten sind im Energieplan folgendermaßen aufgezeigt: Erstens: Wo vorhanden, die Nutzung der industriellen Abwärme. Zweitens: Die Nutzung der steirischen Primärenergie, Wasserkraft, thermische Energie und Biomasse. Drittens: Die Nutzung der Kraft-Wärme-Kupplung. Viertens: Wo die Voraussetzungen gegeben sind, die Nutzung der Ortsgasversorgung. Fünftens: Die Nutzung der Fernwärme und erst dann, meine Damen und Herren, der Einsatz elektrischer Energie für die Raumheizung. Das ist die Rangfolge, die im Energieplan ganz dezidiert festgehalten ist. Es zeigt sich natürlich, daß in einem Plan relativ leicht Grundsätze formuliert werden, daß es aber etwas schwieriger ist, das auch in die praktische Handhabung umzusetzen. Ich habe Auftrag gegeben, daß bei der Genehmigung von Wohnbauförderungen für neue Projekte neben der bisherigen Standortbeurteilung auch die Einbeziehung der Berücksichtigung dieser Prioritäten im Energieplan vorgenommen wird. Das geschieht, und das hat da und dort auch bereits zu Problemen und Schwierigkeiten geführt. Es ist verständlich, daß in einer Übergangsphase hier gewisse Probleme entstehen können. Meine Auffassung ist, daß wir bei kleineren Einzelprojekten sicher eine gewisse Flexibilität für eine Übergangsphase brauchen werden, daß aber überall dort, wo größere Projekte begonnen werden, von vornherein die strikte Beachtung dieser Prioritäten des Energieplanes einzubeziehen ist. Ein zweites Beispiel, das ich in der Entwicklung aufzeigen möchte, betrifft den Einsatz der Biomasse. Es ist mehrmals in den Debattenbeiträgen dazu Stellung genommen worden, und ich glaube auch, daß in einer realistischen Beurteilung vor allem der Einsatz von Holz, von Rinde, von Holzabfällen die konkrete Möglichkeit in unserem Lande darstellt, rasch einen wirklich beachtlichen Schritt im Einsatz von Alternativenenergien vornehmen zu können. Wir haben im Bereich der Holzheizungen eine weitgehend ausgereifte neue Technologie, und wir haben auch vom Rohstoff her in unserem Land sehr günstige Voraussetzungen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß allein im Bundesland Steiermark pro Jahr 1,8 Millionen Festmeter mehr Holz zuwachsen, als bisher durch die Schlägerung, durch den Verbrauch genutzt wurden. Das heißt, hier haben wir ein natürliches Rohstoffpotential, das es sinnvollerweise zu nut-

zen gilt. Und weil diese Frage auch angesprochen wurde, was die Kosten betrifft: Man kann vereinfachend sagen, daß für moderne Heizungsanlagen auf der Basis von Hackschnitzeln die Investitionskosten etwa doppelt so hoch sind wie bei einer traditionellen Ölheizung, die Kosten für die laufende Energiebereitstellung aber etwa nur die Hälfte dessen betragen, was bei der Ölheizung derzeit die Kostenbelastung darstellt. Umgerechnet auf die Kilowattstunde kann überschlagsmäßig gesagt werden, daß bei der Ölheizung etwa 60 Groschen je Kilowattstunde erforderlich sind, die Beheizung mit Hackschnitzel kann derzeit um einen Betrag von etwa 25 Groschen bereitgestellt werden – vorsichtig geschätzt also 30 Groschen, längerfristig gesehen. Bei Rinde würden die Kosten bei 12 bis 15 Groschen liegen; allerdings muß man dazusagen, daß das Potential bei Rinde bereits ausgeschöpft ist. Das heißt, daß hier vom Rohstoff keine zusätzliche wesentliche Bereitstellung möglich sein wird, wohl aber im Bereich der Holzhackschnitzel. Weil die Frage nach der Sicherheit einer längerfristigen Entwicklung auch immer wieder gestellt wird: Wir haben derzeit im Bereich der Energieversorgung weitestgehend importierte Energie, ob das Öl, Kohle oder Gas sind. Ich glaube, daß die Sicherheit sowohl in der Bereitstellung der notwendigen Menge wie auch hinsichtlich des Preises bei jenem Rohstoff, der unmittelbar in unseren Regionen nachwächst und produziert wird, zumindest gleich hoch sein muß wie bei Energiequellen, die aus Regionen kommen, die zu den politisch heißesten unserer Erde zählen. Das möchte ich deshalb festhalten, weil hier immer wieder diese Unsicherheit bei verschiedenen Fragestellungen erkennbar ist. Und noch etwas Wesentliches: Die Beispiele, die genannt wurden, zeigen ja, daß durch den Einsatz der Verwendung unseres Rohstoffes Holz jenes Geld, das bisher für importierte Energie in das Ausland gegangen ist, in der Region zum Tragen gebracht wird und damit natürlich auch einen nicht uninteressanten Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung jener Regionen leisten kann, die ohnehin nicht zu den besonders privilegierten in unserem Staate zu rechnen sind. Es ist das Beispiel Hartberg erwähnt worden – ein wirklich beachtlicher Schritt, der hier gelungen ist. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß morgen in Leutschach ein zweites regionales Versorgungsunternehmen auf dieser Basis übergeben wird, wobei sowohl vom Bund wie auch vom Land Steiermark dazu eine erhebliche finanzielle Unterstützung gegeben wurde.

Ich habe am vergangenen Freitag als Wohnbaureferent die Verantwortlichen unserer Wohnbauträger in der Steiermark, aber auch die Verantwortlichen der Energiewirtschaft, und zwar sowohl der Elektrizitätswirtschaft wie auch der Gas- und Fernheizeinrichtungen, zu einer Aussprache eingeladen, um die konkreten Vorhaben der Umsetzung des Energieplanes im Bereich der Wohnbauförderung offen ausdiskutieren. Ich habe darauf hingewiesen, daß diese Umsetzung da und dort auf erhebliche Schwierigkeiten und Widerstände stößt – Beispiel Deutschlandsberg, Beispiel Frohnleiten, und es werden sicher weitere folgen –, ich habe aber auch unmißverständlich darauf hingewiesen, daß wir die Prioritäten dieses Energieplanes konsequent umsetzen werden, natürlich in entsprechender Absprache mit den Betroffenen, sowohl was die Wohnbauträger wie die Energieeinrichtun-

gen, wie auch die örtlich Verantwortlichen betrifft. Ich glaube aber, daß wir um diese konsequente Umsetzung nicht umhinkommen, wenn ein Energieplan nicht nur ein vernünftig beschriebenes Blatt Papier sein soll, sondern die Energiepolitik und damit auch die Umweltpolitik tatsächlich korrigiert.

Abschließend noch ein Wort, weil hier auch die Frage des Biosprits angesprochen wurde: Wir werden im Jahr 1985 in der österreichischen Energiepolitik vor einer Weichenstellung stehen. Wie anzunehmen ist – nach allen bisher getroffenen Aussagen –, wird im Laufe des Jahres 1985 in Angleichung an die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz die Umstellung von Normalbenzin auf ein entbleites Normalbenzin mit einer Oktanzahl von 91 vorgenommen werden. Es ist geplant, daß ab dem Frühjahr 1985 an einzelnen Tankstellen dieses neue Normalbenzin angeboten wird und ab Herbst 1985 ausschließlich. Es wird sehr entscheidend sein, ob es gelingt, diese Weichenstellung im Bereich der Kfz-Treibstoffe unter Einbeziehung des Biosprits vorzunehmen oder ob die Entwicklung daran vorbeiläuft. Insofern werden die politischen Weichenstellungen, die im Nationalrat und in der Bundesregierung in den nächsten Monaten entweder getroffen werden können oder eben versäumt werden, langfristig beachtliche Auswirkungen haben. Wir kennen natürlich – und ich habe mich von Anfang an intensiv nicht nur mit dieser Frage beschäftigt, sondern immer wieder auch für deren Realisierung mit allen Möglichkeiten eingesetzt – die Probleme, die sich nach wie vor hinsichtlich der Kosten stellen. Das Problem wird sein, daß wir eine Übergangsphase bewältigen müssen, denn ich bin überzeugt, daß in wenigen Jahren durch die Erfolge, sowohl in der Pflanzenzüchtung, das heißt in der Produktion des Rohstoffes, wie vor allem auch der Technologie, nämlich der Frage, ob es gelingt, neben den zucker- und stärkehaltigen Rohstoffen auch die zellulosehaltigen Rohstoffe für die Äthanolproduktion industriell erschließen zu können, die Preissituation von dem sehr wesentlich abhängen wird. Trotzdem glaube ich, daß wir diese Übergangsphase bewältigen sollten, auch wenn eine gewisse Preisdifferenz inzwischen ausgeglichen werden sollte. Alle neuen Technologien haben zunächst höhere Kosten erfordert, es war aber die Voraussetzung, zukunftsfrüchtige Entwicklungen möglich zu machen. Wo liegen meines Erachtens die besonderen Chancen und damit auch die Bedeutung? Erstens umweltpolitisch: Äthanol unter dem Schlagwort „Biosprit“ ist eine der Komponenten, mit der die Entbleiung herbeigeführt werden kann, sicher nicht ausschließlich, aber eine der Komponenten. Sie bringt darüber hinaus aber auch eine wesentliche Entlastung, was Kohlenmonoxyd und andere giftige Bestandteile der Kfz-Abgase betrifft. Zweitens: Es ist eine Chance für unsere Industrie im Anlagenbau. Sie wissen, daß die VOEST-Alpine und einige ihrer Tochterunternehmen in diesem Bereich erfolgreich tätig sind, und natürlich ist es so, daß eine österreichische Anlagenproduktion für die internationale Referenz hier eine wesentliche Rolle spielt. Drittens, und das ist meines Erachtens der entscheidendste Punkt: Durch die Komponente Äthanol haben wir nicht nur einen Beitrag, was die Entgiftung der Kfz-Abgase betrifft, sondern auch die Möglichkeit, in eine neue Technologie einsteigen zu können, nämlich in die

Biotechnologie, die ein sehr, sehr weites Feld der künftigen Entwicklung eröffnet. Es ist bekannt, daß eine Reihe beachtlicher österreichischer Unternehmen hier ein sehr, sehr großes Interesse haben. Und letztlich, auch das soll nicht verschwiegen werden, weil es eine vernünftige Konsequenz ist, bietet diese Produktion auch die Chance, daß unsere vorhandene landwirtschaftliche Produktionskapazität sinnvoller genutzt werden kann. Ich glaube, daß es weniger ein Problem der Außenhandelsabsicherung ist, Herr Abgeordneter Zellnig, sondern die Grundfrage, ob es in Österreich in der politischen Entscheidung zu einem Ja oder zu einem Nein kommt. Es ist nur eine Feststellung, wenn ich sage, daß bisher in der Bundesregierung zwar die Absichtserklärung besteht, sowohl in der Regierungserklärung wie auch in verschiedenen Aussagen, daß aber eine wirklich engagierte Entwicklung in diesem Bereich bisher nicht erkennbar ist, und daß andererseits auch von verschiedenen Seiten der Sozialpartner bisher eher Mißtrauen bis Zurückhaltung feststellbar ist. Das wird die Grundfrage sein, ob in einer Gesamtabwägung diese Chance, die 1985 gegeben ist, genutzt werden kann oder ob sie vorbeigeht. Ich möchte Sie daher ersuchen, sowohl in der konkreten Umsetzung des Landesenergieplanes, im Bereich der Wohnbauförderung etwa, wie auch in der politischen Willensbildung, was diese Alternative betrifft, von allen Seiten her Ihre Unterstützung zu geben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Heidinger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, aus der Debatte ist das hervorgegangen, was im Ausschuß von einigen Abgeordneten bereits geäußert wurde, daß es nicht genüge, über Alternativenergien und die Aktivitäten in diesem Bereich zu berichten, sondern daß ein umfangreicher Energiebericht vorgelegt werden sollte. Und ich glaube, daß dies wirklich notwendig ist, weil – und das ist so zu erwarten gewesen – die Aspekte der Energieversorgung von sehr verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet wurden, die aus der vorhandenen Unterlage in keiner Weise hervorgehen. Ich habe den Eindruck, daß manche doch im unterschiedlichen Informationsgrad über Dinge geredet haben, die angeblich im Energiebericht der Bundesregierung, im Papier „Energie 2030“ stehen sollen. Ich bekenne Ihnen freimütig, ich habe mich darum bemüht, diese Unterlagen zu bekommen, es ist mir bisher nicht gelungen, und das, was in den Medien als Auszüge publiziert wurde, ist zwar sicher sehr interessant, aber für eine umfassende und sachliche Information für mich noch ein bißchen zuwenig. Und dasselbe gilt auch für das Geheimpapier und die darauf zum Teil sehr massiv vorgebrachten Feststellungen, was dies sei. Und ich wundere mich schon ein bißchen, wenn der Justizminister der Republik Österreich im Zusammenhang mit diesem Papier von dem größten Jahrhundertskandal spricht. Ich glaube, wir alle sind in der Lage, Jahrhundertskandale aufzuzählen, die es wirklich verdienen, so genannt zu werden. Aber all diese Dinge fußen natürlich auf Überlegungen und Prognosen, und über Prognosen ist ja schon viel gesprochen worden.

Erst unlängst hat in der Presse der bekannte Wirtschaftspublizist Graber sehr deutlich dargestellt, daß eigentlich die Prognosedifferenz, die manche aus der Unterlage des Herrn Vizekanzlers Steger entnehmen, aus dem vorgelegten Energiebericht der Bundesregierung und den Prognosen der E-Wirtschaft, durchaus nicht so groß sind, daß sie nicht im Marginalbereich von Fehlern solcher Prognosen liegen. Ich darf dann noch darauf zurückkommen. Es ist eben so, daß auch Prognosen von emotionalen Ereignissen sehr beeinflusst sind, und ich darf Sie nur an die Prognosen über den Ausgang der Volksabstimmung bezüglich der friedlichen Nutzung von Atomenergie erinnern. Der Ausgang hat uns wirtschaftspolitisch und energiepolitisch sicher aus der Sicht der Industriestaaten in eine besondere Lage gebracht, und ich wage es zu sagen, daß, wenn Herr Bundeskanzler Kreisky, der damals angenommen hat, mit einer massiven Mehrheit diese Abstimmung zu gewinnen, nicht sein persönliches Schicksal damit verbunden hätte und manche zwar durchaus für Atom aber nicht für Herrn Bundeskanzler Kreisky waren und daher mit „nein“ gestimmt haben, dann wäre die Prognose der Meinungsforscher aufgegangen. So ist sie es nicht. Ich möchte zur Ergänzung dessen, was vorgebracht wurde – Herr Kollege Riegler hat gerade über die steirische Situation, über den Energieplan gesprochen, und ich kann mir das alles ersparen, es noch einmal aus der Sicht des Wirtschaftsreferenten vielleicht zu wiederholen oder zu modifizieren –, Ihnen aber einige Daten über die allgemeine Energiesituation in Erinnerung rufen, weil nämlich aus diesen Globaldaten zum Beispiel sehr verständlich wird, daß jener, der sich um die Energiewirtschaft ernstlich bekümmert, dafür sein muß, daß die heimischen Wasserkräfte weitgehend – soweit es also nicht sehr harte Eingriffe in die Ökologie sind – auszubauen sind, denn die Energieabhängigkeit Österreichs ist in den letzten Jahrzehnten von etwa 50 Prozent im Jahre 1981 auf bereits zwei Drittel gestiegen und wird nach der Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes 1983, die als Grundlage für den Energiebericht der Bundesregierung gedient hat, mit 70 Prozent angegeben. Das heißt, sollte aus welchen Gründen immer die Rohenergiezufuhr aus dem Ausland versagen, dann werden wir uns mit 30 Prozent der heute verbrauchten Energie begnügen müssen. Ich glaube, das ist doch eine sehr, sehr beachtliche Zahl. Und wenn wir den Energieeinsatz beim Letztverbraucher sehen, dann glaube ich, können wir daraus ersehen, daß – grosso modo – die berechnete Sorge, daß unsere Umwelt durch die Emissionen Schaden nimmt, schon in der Vergangenheit durch die Änderung der Verbrauchergewohnheiten eine Verbesserung erfahren hat, Fakten, die wir immer wieder in einzelnen Gebieten auch meßtechnisch Gott sei Dank feststellen können. 1969 wurden noch 21 Prozent des Letztverbrauchereinsatzes durch feste Brennstoffe vorgenommen. Wir liegen jetzt bei 12 Prozent, und bis 1995 wird das auf 10 Prozent abgesenkt sein. Erdöl, 50 Prozent 1969, wird auf 44 Prozent 1995 zurückgehen; derzeit bei 46 Prozent. Erdgas dagegen 1969 11 Prozent, heute 15,5 Prozent, wird geringfügig auf 16 Prozent steigen; elektrische Energie von knapp 13 Prozent 1969 über 17 Prozent 1981 auf 21 Prozent 1995; Holz 4,8 Prozent sowohl 1969 wie 1981, wobei dazwischen ein Tief war und es bis auf 3 Prozent zurückgegangen ist; sonstige Energieträger, etwa

Solarenergie, von 1 auf 3,8 Prozent. Diese beiden zusammen werden 1995 – bitte, mit allen Vorsichten der Prognose – immerhin bei fast 9 Prozent liegen. Im Gesamtenergieverbrauch haben wir etwas andere Zahlen – ich möchte Sie damit nicht weiter plagen. Aber ich darf Ihnen zwei kurze Zitate aus der letzten Energieprognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes – publiziert im Heft 10/83, Energieprognose bis 1995 – bringen, und zwar zunächst über die E-Wirtschaft. Es heißt hier: „Nach dem neuen Bauprogramm der Elektrizitätswirtschaft sollen die Wasserkraftwerke in Zukunft noch mehr zur heimischen Stromerzeugung beitragen. Produktionsanteil der Wasserkraftwerke 1982 72 Prozent“ – das deckt sich mit der Zahl, die der Herr Abgeordnete Schaller genannt hat –, „soll 1995 auf 74 Prozent steigen, während der Anteil der Wärmekraftzeugung von 28 auf 24 Prozent sinken soll. Dank vermehrter Nutzung von Abwärme sollen die Verluste in den Wärmekraftwerken sinken. Der energetische Nutzungsgrad von Strom- und Wärmeeerzeugungsanlagen zusammen beträgt derzeit 47 Prozent, er dürfte sich bis Mitte der neunziger Jahre auf 53 Prozent erhöhen.“ Bezüglich der Prognose, die ein Jahr vorher gegeben wurde und bereits revidiert werden mußte, sagt das Wirtschaftsforschungsinstitut – und da sehen Sie eben, wie natürlich eine solche Prognose kein Evangelium sein kann, sondern alle ein, zwei Jahre der tatsächlichen Entwicklung angepaßt werden muß –: Es heißt hier: „Im Vorjahr . . . erwartete das Institut . . . Die Korrektur erklärt sich hauptsächlich aus der ungünstigen Beurteilung des künftigen Wirtschaftswachstums und der künftigen Realeinkommensentwicklung.“ Es heißt dann weiter: „Die Korrekturen waren je nach Abnehmer und Energieträger recht unterschiedlich. Viel schwächer als bisher angenommen dürfte der Verbrauch der Kleinabnehmer wachsen, und viel geringer dürften die Umwandlungsverluste sein.“ Dann heißt es: „Die schwächere Einkommenserhöhung dürfte vor allem den Energieverbrauchszuwachs der Haushalte senken; negative Auswirkungen auf die erwarteten Energiesparbemühungen der Haushalte wurden nicht angenommen.“ Ich glaube, daß das durchaus realistisch ist, weil die Energiesparbemühungen etwa durch Verbesserung der Isolierungen im Hausbereich – so würde ich meinen – von Personen vorgenommen werden, deren Einkommensentwicklung etwas elastischer ist als die befürchtete Realeinkommensstagnation, die hier das Wirtschaftsforschungsinstitut zitiert hat.

Über die steirische Position, meine sehr geehrten Damen und Herren, herrscht ja eigentlich Übereinstimmung. Der Landesenergieplan, über den der Herr Kollege Dipl.-Ing. Riegler ausführlich gesprochen hat, hat ganz klar die Ziele definiert: Zuerst das Einsparen, zum zweiten bei der Bereitstellung die Umwandlungseffizienz erhöhen, stärkere Nutzung regenerierbarer Energieträger, Ausbau der Wasserkraft und, sehr wichtig – und das ist ja eigentlich der Kern der heute vorliegenden Vorlage –, Forschung und Entwicklung. Nun darf ich kurz zu den einzelnen Wortmeldungen etwas sagen. Ich habe mir leider nicht notiert, welcher Abgeordnete vermeinte, über das forcierte Ausbauprogramm der STEWEAG habe sich der Mantel des Schweigens gebreitet, und niemand habe eine Information. Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Geschäftsbericht der STEWEAG, der jedermann

zugänglich ist, steht das alles drin. Ich darf nur kurz rekapitulieren, daß derzeit die Wasserkraftwerke Mandling, Sankt Georgen, Mellach in Bau sind, dazu kommt von der STEG das Kraftwerk Rabenstein bei Frohnleiten, und in Planung ist das Kraftwerk Farrach, verschiedene andere, aber dort ergeben sich aus wasserrechtlichen Widerstreitverfahren so lange Entscheidungszeiten in rechtlicher Hinsicht, daß es – glaube ich – derzeit nicht angebracht ist, über diese Projekte mehr zu reden, als daß sie vorhanden sind. Ein Weiteres: Der Herr Abgeordnete Halper hat vermerkt, daß der Energiesparverein durch den Ressortwechsel gestorben sei. Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter, woher Sie diese Meinung haben. Der Energiesparverein ist sehr wohl tätig. Und das möchte ich auch einmal sagen, weil das in der Öffentlichkeit nicht bekannt ist, daß er überwiegend von der STEWEAG zu den ganz konkreten Projekten finanziert wird. Das heißt, daß es also nicht so ist, daß die bösen Damen und Herren der Stromversorgungsunternehmen nicht für die Weiterentwicklung durchaus in Richtung auch von Sparen und Alternativen Energien Verständnis haben. Es haben am 8. November 1983, am 12. Jänner 1984, am 11. Juli 1984 Sitzungen, wo die einzelnen Projekte, die gefördert wurden und gefördert werden, beraten wurden, stattgefunden, und es wird am 10. Dezember 1984 wieder eine Sitzung stattfinden. Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter Halper, doch die Liste der derzeit vom Energiesparverein betreuten Projekte vorlesen, wobei ich darauf hinweise, daß die Energieberatungsstelle nicht nur durch die Budgetmittel, die Sie in der Gruppe 0 hier finden, sondern auch über die Hälfte durch den Energiesparverein und damit von der STEWEAG finanziert wird. Sie mögen durchaus recht haben, daß die Intensität noch verbesserbar ist, aber jedenfalls gehört das einmal um der Wahrheit willen gesagt. Es ist die Biogasanlage Spitzer, Energieberatung Stättegg, Abwärmekatalog, Maisstrohbrikettierung, Handbuch für regionale und kommunale Energieplanung, Energieplantage Raggam, Altbausanierung Billrothstraße in Bund-Steiermark-Kooperation, Biogasverwertungskonzepte, Abfallholznutzung, Holzverbrennungsanlagen, Studie „Heizungssysteme“, Vorofen für Hackschnitzel, Schalenbriketts Hötzer, Erntemaschine Energiewald, Wohnbausanierungsprojekt. Und es werden jetzt über Hackschnitzeltrocknung und über eine weitere Forcierung des Energiewaldprojektes am 10. Dezember die Diskussionen und Entscheidungen fallen. (Abg. Halper: „Herr Landesrat, nur eine Frage dazu!“) Bitte, wenn der Herr Präsident ein Zwiesgespräch gestattet. (Abg. Halper: „Ich kann nur vom Bericht ausgehen, ich habe mich auf das Jahr 1983 bezogen. Sie zitieren Sitzungstermine im Jahr 1984. Hier wird vermerkt, daß über ein Jahr keine Vereinstätigkeit war, weil eben der Regierungswechsel stattgefunden hat.“) Bitte, dann haben Sie das sehr gut gelesen, und ich muß sagen, daß wir das Licht unter den Scheffel gestellt haben. Der Bericht wird nicht in einer mir unterstehenden Abteilung erarbeitet. Am 8. November 1983, bitte, hat eine Sitzung stattgefunden. Ich bitte Sie, dann nachher in mein Büro zu kommen, ich zeige Ihnen gern alle Unterlagen inklusive Protokoll und Teilnehmer. Aber es sind auch genug Herren Ihrer Fraktion dort, Sie hätten sich dort erkundigen können, weil Sie diesen Bericht ja sehr kritisch angesehen haben – wie ich bemerke. Lassen

Sie mich vielleicht noch etwas sagen: Sie haben, Herr Abgeordneter Halper, auch von den Privilegien privater Energieversorgungsunternehmen gesprochen und haben dagegen gesagt, das kommt natürlich bei den kommunalen Unternehmen nicht vor. Wenn Sie unter Privilegien Gewinnerzielung verstehen, Herr Abgeordneter, dann haben Sie vielleicht recht, und das Problem des geschützten Bereiches, und die E-Wirtschaft ist ein weitgehend geschützter Bereich, der allerdings mit den anderen Energieträgern in Konkurrenz steht. So ist das also nicht. Und wenn jetzt, bitte, sicher zu Recht, sehr gewichtige Einwände gegen eine Forcierung der Elektroheizung vorgebracht werden, so, bitte, ist es offensichtlich betriebswirtschaftlich interessant, denn sonst würden sich die Leute ja darum nicht bemühen. Das heißt also, daß wir die sehr problematische und die sehr schwierige Aufgabe haben, und es ist einiges geschehen auch in der Tarifstruktur, das haben einige Abgeordnete in ihren Wortmeldungen angegriffen, Änderungen vorzunehmen. Aber bitte, Hand auf das Herz, wer gibt denn vermeintliche oder wirkliche Privilegien preis? Herr Abgeordneter, Sie sind ein Gewerkschafter, ich sage nur „Ladenschlußzeiten“. Das ist das Problem in der Umsetzung. Ich glaube, wir sollten uns wirklich davor hüten, daß wir nun die Gewinne, die die Stadtwerke Graz aus der E-Wirtschaft, aus ihrer Versorgungspflicht in einem sehr dichten Gebiet gegenüber vergleichen mit einem anderen EVU, das ein sehr weitmaschiges Netz versorgen muß und ein langes Netz und wenige Abnehmer hat; leider sind die Tarife für beide gleich. Das ist sicher ein Problem, das unlösbar ist. Sind wir froh, daß die Stadtwerke bei der Stromversorgung Gewinne machen, die sie dann bei den Verkehrsbetrieben hineinwerfen kann. Ich möchte jetzt gar nicht über steuerliche Probleme reden, die beim EVU Mariazell aufgebrochen sind. Und wenn dort – Gott behüte – nicht eine vernünftige Lösung gefunden wird, dann werden wirtschaftliche Schäden angerichtet, über die ich hier nicht sprechen möchte, weil sie nicht zum Thema gehören, nicht direkt zum Thema gehören.

Ich möchte aber sehr wohl bitten und vor einem warnen. Ich glaube, es ist ungerecht, jetzt in Bausch und Bogen die E-Wirtschaft zu verdammen, weil es eine sehr harte Auseinandersetzung gibt einerseits zwischen Umweltschützern, die massiv von einer Zeitung gesponsert werden – man muß das ja auch sehen –, und der E-Wirtschaft auf der anderen Seite, aus welchen Gründen auch immer, ich habe hier meine eigene Meinung – und es stehen sicher handfeste Interessen dahinter, wer etwa Direktor bei den Donaukraftwerken werden soll und daß der Herr Vizekanzler mit dem obersten Chef der Verbundgesellschaft offensichtlich ein gestörtes Gesprächsverhältnis hat. Das sind bitte Fakten, die in der Politik natürlich auch eine Rolle spielen. Aber man sollte nicht Tausende Mitarbeiter in der E-Wirtschaft jetzt alle als Kriminelle hinstellen, wie es zum Teil geschieht. Ich möchte hier wirklich sehr bitten, und gerade aus unserer steirischen Sicht vom Generaldirektor angefangen bis zum letzten Mitarbeiter bemühen sich die Herren, erstens den Gesetzesauftrag zu erfüllen, und der Gesetzesauftrag heißt „Jederzeit vorausschauend Stromversorgung sicherstellen“. Das ist der eine Gesetzesauftrag. Der zweite Gesetzesauftrag ist, das billig und betriebswirtschaftlich optimal durchzuführen. Und da gibt es

schon das Dilemma, daß volkswirtschaftlich durchaus richtige Überlegungen betriebswirtschaftlich falsch sind. Und weil dieser Bericht mir nur in meiner Eigenschaft – und ich leugne das nicht – als Aufsichtsrat der STEWEAG zugegangen ist und ich nicht weiß, wie weit er publiziert ist, sage ich daraus keine Zahlen. Aber der Fernwärmebericht der STEWEAG weist ganz beachtliche Verluste auf, beachtliche Verluste im Fernwärmebereich. Und die müssen innerhalb des anderen Unternehmensbereiches natürlich aufgefangen werden.

Also, wenn Sie es vereinfachend sagen, meine Damen und Herren, heißt das, daß für den Stromkonsumenten die Einführung der Fernwärme, die sicher energiepolitisch, volkswirtschaftlich im Ballungsgebiet positiv zu sehen ist, und der Streit bei Ihnen in Voitsberg ist ja darum gegangen, aber daß es sich eben betriebswirtschaftlich nicht rentiert, da können Sie tun, wie Sie wollen. Und da muß man eine Lösung finden. Ich bin überzeugt, Sie werden sie finden. Aber man muß das auch sagen.

Und noch etwas, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt eine Änderung wollen, dann muß auch der Gesetzesauftrag geändert werden. Darüber wird ja diskutiert. Da muß eben auch in das Gesetz hineingeschrieben werden, von mir aus als Priorität Nr. 1, daß der Umweltschutz Vorrang hat. Wir haben – das möchte ich an den Schluß stellen, ich bitte, es ist ja anerkannt worden, aber von der Öffentlichkeit wird das vielfach übersehen, das ist alles selbstverständlich und ist alles noch zuwenig, was wir weit über das Gesetz und vorausschauend nicht zuletzt deswegen, weil der Herr Landeshauptmann einen Landesenergiebeauftragten bestellt hat, der aus seiner Fachkenntnis heraus eben vorausschauend Vorschläge erstattet hat und der Herr Landeshauptmann sich nicht gescheut hat, auch scheinbar unpopuläre politische Auflagen zu geben. Heute applaudieren alle, daß Mellach zu 90 Prozent entschwefelt, es wird wahrscheinlich noch höher in der Realität werden, und entstickt wird. Das ist das erste Kraftwerk in Österreich, wo auch eine Entstickungsanlage – leider japanisches Know how – eingesetzt wird. Wir haben auch in Zeltweg, das ein Abgeordneter als „Dreckschleuder“ bezeichnet hat, es gibt größere in Österreich, aber nicht in der Steiermark, das gebe ich zu, nachdem auch Voitsberg III nunmehr zu 90 Prozent entschwefelt wurde, auch eine harte politische Auseinandersetzung, die der Herr Landeshauptmann und der Landesenergiebeauftragte geführt hat.

Ich darf wegen der Wasserkraftausbaufragen an der Donau nur anmerken, daß eine Donaustufe den Einsatz von Mellach im Winter erspart. Die Winterleistung an der Donau ist nämlich zum Unterschied von der Mur immerhin 40 Prozent der Gesamtleistung, während sie an der Mur auf 20, 25 Prozent zufolge der sehr ungünstigen Wasserführung heruntersinkt. Und in der Dependenz der Dinge ist es so, daß auf der einen Seite mit Recht interveniert wird, daß die Fernwärme stärker eingesetzt werden soll, dann eine technisch nach heutigem Stand optimale Lösung in Mellach gesucht und gefunden wird, was natürlich heißt, daß das Fernheizkraftwerk Graz, das technisch nicht gerade zu den modernsten gehört, stillgelegt wird. Und schon kommen die Resolutionen, und schon kommen die

Interventionen. Ja um Gottes Willen, dann werden ja um 300.000 Tonnen Braunkohle nicht mehr gebraucht, (Abg. Preamsberger: „400 Bergleute!“) und dann wird vor allem die Eisenbahn nicht mehr beschäftigt. Da werden wir uns schon entscheiden müssen. Es wird bezüglich des Kohleneinsatzes wahrscheinlich die Lösung geben, daß die STEWEAG diese Kohle in Voitsberg III verfeuern läßt, weil dort die Anlagen für die Entschwefelung vorhanden sind, die hier teuer – wenn überhaupt – eingebaut werden müssen. Es ist auch, glaube ich, für die Anrainer sicher positiv, wenn der Transport durch Band aus der Grube in das Kraftwerk erfolgt. Aber natürlich werden dann bei der GKB so und so viele Leistungen der Eisenbahn nicht mehr notwendig sein. Und ich darf darauf hinweisen, daß, wenn Mellach in Betrieb geht, Pernegg geschlossen und eingemottet und Weitendorf in die Reserve gestellt werden wird, und wenn es anfahren muß aus Leistungsgründen, dann wird es nur mehr mit Gas fahren. Es gibt ja auch Dinge, die in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind und die die Frage etwa der Nachtstromtarife und ähnliches doch in einem differenzierten Licht erscheinen lassen, weil heute nicht mehr Leistungsspitzen, die gebraucht werden, unbedingt abgefahren werden müssen, sondern durch Impulssteuerung in einem gewissen Gebiet einfach sämtliche Nachtspeicheröfen, sämtliche Boiler ausgeschaltet werden, damit sich die Kraftwerke etwa auf die mögliche Bandleistung orientieren können. Ich möchte schließlich auch erwähnen – und das hat ja auch große Diskussionen ausgelöst –, daß in der Preis- und Tarifpolitik seitens des Eigentümervertreters, des Herrn Landeshauptmannes, eine Acht-Prozent-Grenze vorgegeben wurde, wobei ich glaube, daß betriebswirtschaftlich durchaus eine höhere gerechtfertigt wäre, aber, nachdem es im Preisgesetz auch heißt, daß volkswirtschaftliche Überlegungen zu berücksichtigen sind, es sicher vertretbar ist, eben unter dem betriebswirtschaftlichen Level anzufahren. Ich möchte aber nur, damit man sich vor den 8 Prozent nicht schreckt, darauf hinweisen, daß die letzte Erhöhung 1982 stattgefunden hat und daß wir im Vorjahr eine Inflationsrate – wenn ich es richtig auswendig sage – von 3,5 Prozent hatten und heute von 5,5 Prozent haben, so daß nicht einmal die Inflationsrate abgegolten werden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, daß diese Diskussion wieder einmal gezeigt hat, wie interdependent, wie zusammenhängend die Probleme sind. Es ist erfreulich, daß es eine Fülle von Initiativen gibt, und der Ölschock, der uns sicherlich sehr viel wirtschaftspolitische und sogar weltwirtschaftliche Sorgen macht, hat eines positiv gehabt: daß die Energiepreise stark gestiegen sind und damit erst die Entwicklung für all die Alternativüberlegungen frei gemacht haben, weil vorher das alles technisch sehr schön und auch machbar war oder machbar hätte gemacht werden können, daß es aber wirtschaftlich auch auf mittlere Sicht hoffnungslos unrentabel ist. Das hat sich geändert. Ich glaube, wir sind in der Steiermark auf dem richtigen Weg, weil wir sowohl den herkömmlichen Möglichkeiten, etwa dem Wasserkraftausbau, der Verbesserung der technischen Umsetzungen in Dampfkraftwerken, soweit sie unumgänglich sind, aber auch – und das ist der Gegenstand dieser Vorlage 667/1 gewesen – den Alternativenergien entspre-

chende Beachtung schenken, und ich bin sicher, daß der Hohe Landtag diesen Bericht einstimmig zur Kenntnis nimmt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Sollten Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 368/6, zum Antrag der Abgeordneten Meyer, Sponer, Erhart, Freitag und Genossen, betreffend die Einrichtung eines Rufhilfesystems für hilfsbedürftige Menschen.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Alois Erhart, dem ich das Wort erteile.

Abg. Erhart: Zu dem Antrag, betreffend die Einrichtung eines Rufhilfesystems, liegt folgender Bericht vor: Am 19. September 1984 wurde in Graz der Seniorennotruf durch Errichtung des ersten Anschlusses in Betrieb genommen. Dieser Inbetriebnahme ist eine intensive Zusammenarbeit der Gesellschaft für steirische Sozialdienste des Roten Kreuzes, des Landes Steiermark und der Stadt Graz vorangegangen. Das Land Steiermark hat sich für die Anschaffung von elektronischen Geräten mit einem Subventionsbetrag von 150.000 Schilling beteiligt. Die Gesellschaft für steirische Sozialdienste hat die Zentraleinheit, die beim Roten Kreuz in Betrieb genommen wurde, zur Verfügung gestellt. Grundlage des Notrufsystems ist ein von der Firma Schrack in Kindberg produziertes Gerät. Der Benützer trägt den über Funk gesteuerten Notruf als Armband, so daß jederzeit von überall in der Wohnung durch das Telefon die Zentraleinheit in der Roten-Kreuz-Zentrale alarmiert werden kann. Einzige Voraussetzung ist das Vorhandensein eines ganzen Anschlusses, wobei sich die Postverwaltung sehr kooperativ gezeigt hat, so daß weitere Anschlüsse in der nächsten Zeit zu erwarten sind. Die Sozialhilfverbände Steiermarks werden von der Rechtsabteilung 9 erlaßmäßig darauf hingewiesen, daß von dieser Einrichtung in Bedarfsfällen Gebrauch gemacht werden soll, mit dem Auftrag, die verbandsangehörigen Gemeinden ebenfalls ausführlich zu informieren. Namens des Sozial-Ausschusses stelle ich somit den Antrag, den Bericht, betreffend die Einrichtung eines Rufhilfesystems für hilfsbedürftige Menschen in der Steiermark, zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Feldgrill: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 423/12, zum Beschluß Nr. 295 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1983, über den Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Ofner, Sponer und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend den forcierten Ausbau der B 83, Kärntner Straße, im Abschnitt „Umfahrung Neumarkt“.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Diese Vorlage geht auf einen Resolutionsantrag anlässlich der vorjährigen Budgetdebatte zurück. Er betrifft die Umfahrung Neumarkt. Aus dieser Vorlage geht hervor, daß die Umfahrung Neumarkt schon sehr lange gewünscht wird und eine Variante vorhanden ist, die auch bereits in den betroffenen Gemeinden zur Abstimmung gelangte, nämlich in Sankt Marein und in Neumarkt. Das Bautenministerium hat nun verlangt, daß bis zur endgültigen Entscheidung noch ein Anhang über alle Umweltfragen für diese Umfahrungsvariante gemacht wird. Das ist nun geschehen. Diese Berechnungen haben ergeben, daß die Ortsdurchfahrt durch Neumarkt für die Bewohner des Ortes sechsmal schlechter ist, als wenn eine Umfahrung käme. Als Vorhaben hinsichtlich dieser Umfahrung wurde auf die Prioritätenliste des steirischen Bundesstraßenprogrammes gesetzt. Ich darf Sie um die Annahme dieses Berichtes namens des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses ersuchen.

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ofner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ofner: Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Die gegenständliche Vorlage beinhaltet den forcierten Ausbau der B 83, Kärntner Straße, im Abschnitt „Umfahrung Neumarkt“. Wie aus der Vorlage hervorgeht, ist durch die zunehmende Fertigstellung der A 2, Südautobahn, eine Verkehrsentslastung auf der Bundesstraße B 83 eingetreten. Leider, meine Damen und Herren, kann man als ständiger Autofahrer davon nichts merken, denn der Schwerverkehr hat gerade in der letzten Zeit auf dieser Strecke sehr stark zugenommen, und mit der Fertigstellung der Mur- und Mürztalschnellstraße wird mit einer weiteren Zunahme des Schwerverkehrs zu rechnen sein. Alle, die die Bundesstraße von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze kennen, wissen, daß diese Strecke sehr kurvenreich, schmal, unübersichtlich, mit verschiedenen Steigungen und Gefahren ausgestattet über die gesamte Strecke verläuft. Zu den schlechtesten Straßenstücken zählen der Bereich der „Scheiflinger Öfen“ und der Teil vom Perchauer Sattel bis zur Kärntner Landesgrenze, also im Abschnitt Umfahrung Neumarkt. Es ist daher sehr erfreulich, daß man sich entschlossen hat, eine Umfahrung zu planen. Leider, meine Damen und Herren, dauert die Planung schon mehr als ein Jahrzehnt, und man steht nach wie vor am Anfang. Wie mir bekannt ist, wurde zuerst die Westumfahrung geplant und in späterer Folge die östliche, die letztlich im Jahre 1977 dem Bautenminister als Detailprojekt vorgelegt wurde. Bedauerlich dabei ist, daß die in der Vorlage genannte Trasse direkt an einem sehr stark bewohnten Siedlungsgebiet, also entlang des gesamten Siedlungsbereiches vom Schwimmbad Neumarkt, geht und das in überhöhter, also in einer wunderschönen Hanglage. Die Trasse führt so knapp am Siedlungsbereich vorbei, daß sogar ein oder mehrere Häuser abgetragen beziehungsweise abgelöst werden müssen. Daß die Bewohner der gesamten Siedlung über diese Trassenführung erbost sind, meine Damen und Herren, kann man wohl sehr leicht verstehen, denn sie befürchten, daß dadurch eine arge Lärm-, vor allem aber eine sehr

starke Schadstoffbelastung eintreten könnte. Trotz großer Befürchtungen der Bevölkerung und auch vieler Interventionen hat man sich leider nur sehr wenig bemüht, eine andere Möglichkeit ausfindig zu machen. Man hat sich offenbar nur darauf beschränkt, ein Umweltverträglichkeitsgutachten mit Wirkungsanalyse zu erstellen, woran die Menschen aber nur sehr wenig glauben und kaum ein Vertrauen haben. Sie können einfach nicht verstehen, meine Damen und Herren, daß man den Verkehr von einem Ortsteil an einen anderen verlegt und den Lärm und die Schadstoffe dabei ja nur verlagert. Trotz bepflanzt Lärmschutzdamm wird die Bevölkerung darunter sehr stark zu leiden haben, denn die Schadstoffe hält auch eine Lärmschutzwand beziehungsweise ein Lärmschutzdamm nicht auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade in einer Zeit, wo die Bevölkerung besonders empfindlich für negative Umwelteinflüsse ist und man von der Öffentlichkeit so viel für den Umweltschutz tut, sollte man wirklich versuchen, eine umweltfreundliche Trasse zu finden, nicht knapp an einer sehr frequentierten Wohnsiedlung und durch einen wunderschönen Gemeindewald, der in erster Linie der Bevölkerung von Neumarkt, aber auch den Gästen dieses gesamten Bereiches zur Erholung dient.

Da trotz Vorsprachen, und dies auch beim Herrn Landeshauptmann, offensichtlich nicht das Bemühen vorherrscht, eine Variante zu finden, die dem überwiegenden Teil der Bevölkerung von Neumarkt recht ist, hat eine politisch unabhängige Gruppe mit einer Unterschriftenaktion begonnen. Und wie mir bekannt ist, haben sich derzeit etwa 600 Personen daran beteiligt beziehungsweise unterschrieben.

Ich kann persönlich auch nicht verstehen, daß man bei den „Scheiflinger Öfen“ sechs Varianten ausgearbeitet hat, wo weit und breit keine Wohnsiedlung vorhanden ist, und daß der Naturschutzbeirat sich dabei eingeschaltet hat, trotzdem es kein Naturschutzgebiet ist. Es wurde ein Baubeginn bis jetzt bei den „Scheiflinger Öfen“ sehr erfolgreich verhindert, weil man befürchtet, daß ein Steinhaufen, man nennt es „Naturdenkmal“, beschädigt werden könnte. Man bekommt das Gefühl, meine Damen und Herren, daß manchen Menschen ein Steinhaufen mehr wert ist als Hunderte Familien. Man scheut keine Kosten, damit man im Bereich der „Scheiflinger Öfen“ ein Stück Natur erhält, was sicherlich richtig ist. Hätten die Menschen, meine Damen und Herren, in der gesamten Schwimmbadsiedlung von Neumarkt, vor allem aber die Kinder, und der Erholungswald nicht auch das Recht, daß ihr Lebensbereich geschützt und eben respektiert wird? Ich fordere daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Verantwortlichen auf, zu untersuchen, damit für Neumarkt eine umweltfreundliche, menschengerechte und naturnahe Umfahrung geplant wird und letztlich aber auch gebaut wird.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich noch ein paar Sätze zum kommenden Antrag ausspreche. Er bezieht sich auf den raschen Ausbau der Landesstraße von Teufenbach über Lambach-Pichl nach Mariahof. Dies ist ein Antrag, der sehr oft schon von den Abgeordneten eingebracht wurde. Ich denke da an meinen Kollegen Alfred Sponer, aber auch an den Kollegen Ritzinger, der sich sehr oft beteiligt hat.

Und auch ich habe schon des öfteren solch einen Antrag eingebracht. Mehr als ein Jahrzehnt wird versucht, dieses etwa zwei Kilometer lange Straßenstück auszubauen. Ein geringer Teil ist bis jetzt – und dies erst vor kurzem – ausgebaut worden. Ich begrüße daher diesen Antrag sehr, bedaure aber sehr, daß kein Fertigstellungstermin bekanntgegeben wurde. Die Vorlage endet damit, daß der Weiterbau nach Maßgabe der finanziellen Mittel erfolgen wird. Das heißt, meine Damen und Herren, daß die Straßenbenutzer noch sehr lange auf die Fertigstellung des Lambach-Pichls warten werden müssen. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ritzinger, der die Berichterstattung an seinen Ersatzmann übergeben hat.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich mich beim Herrn Kollegen Abgeordneten Ofner herzlich bedanken für die netten Worte, die er mir zugebracht hat im Hinblick auf den Ausbau des Lambach-Pichls, über den ich dann noch berichten darf. Ich kann im weiten Bereich die Worte, die der Herr Abgeordnete Ofner heute hier gebraucht hat, sowohl was den Lambach-Pichl betrifft, aber auch die Umfahrung Neumarkt, nur unterstützen. Es ist richtig, wenn man sich vorstellt, daß Neumarkt praktisch vor allem in den Sommermonaten, wenn der Hauptreiseverkehr ist, durchschnitten wird durch den Verkehr und die ältere Generation kaum eine Möglichkeit hat, die Straße zu überqueren, weil einfach im Tag zwischen 3000 und 4000 Fahrzeuge durch Neumarkt fahren. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, ist es so, daß wir alle damit gerechnet haben, wenn die Südautobahn, wenn die Pack zu befahren sein wird, daß dann der LKW-Verkehr – um den geht es in erster Linie – in Neumarkt geringer wird. Tatsache ist, daß sich gar nichts geändert hat, es war nur am Anfang. Eine Erkundigung bei Transportunternehmen hat ergeben, daß die sagen, daß ein langgezogenes Fahren auf die Pack und ein Hinunterfahren für die LKW-Fahrer viel schwieriger sei als ein steiles Hinauffahren und ein steiles Hinunterfahren. Die Folge davon ist, daß der Wunsch nach der Umfahrung Neumarkt, der bereits 1972 deponiert wurde, einfach wieder erneuert werden mußte und ein echter Wunsch dieser Bevölkerung ist. Bis zu diesem Punkt sind wir gleich mit dem Herrn Abgeordneten Ofner. Ich rechne ihm allerdings an, er ist ja noch nicht lange im Landtag und weiß daher sozusagen um die Geschichte der Umfahrung – er wohnt ja auch in Mühlen und ich in Neumarkt – wahrscheinlich noch nicht so gut Bescheid, aber er bemüht sich um diese Dinge. Das ist unbestritten.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist, daß diese Umweltschutzverträglichkeitsberechnung genau jener Siedlung, von der der Herr Abgeordnete Ofner gesprochen hat, ein Resultat gezeigt hat, das uns alle überrascht hat, auch die Bewohner der sogenannten Schwimmbadsiedlung. Das ist ein Siedlungsgebiet, etwa einen halben Kilometer lang, er hat richtig erklärt, daß die Straße dort in einen wunderschönen Hang hineingelegt werden soll, durch einen Wall, durch einen Dammschutzwall abgesichert. Dazu muß

man sagen, daß die Straße, wenn sie dort geführt wird, die sogenannte Ostumfahrung, für die Fahrzeugbenützer und für Lkw und Pkw wesentlich besser ist, weil sie auf der Sonnenseite liegt und daher nicht nur sozusagen das gesamte Neumarkter Becken für den Fremdenverkehr öffnet, wenn man das Punkteprogramm, das hier angezogen wurde, auch in dieser Vorlage erfüllt, sondern diese Straße kann im Winter viel schöner schneefrei gehalten werden. Aber jetzt kommt der wesentliche Punkt: Durch die Hanglage dieser neuen Umfahrungsstraße, der geplanten Straße, entsteht für die Schadstoffe, von denen der Herr Abgeordnete Ofner gesprochen hat, eine Sogwirkung, eine Kaminwirkung. Heute bleibt der gesamte Abgas- und Schadstoffteil in Neumarkt, im Markt liegen, er wird nicht weggeblasen. Durch die neue Trassenführung – so sagen es zumindest der Herr Professor Möse und alle Umweltexperten – entsteht eine Sogwirkung, und die Luft wird besser und gesünder, und das Verhältnis sozusagen, das geht aus dieser Vorlage hervor, zwischen Betroffenen und Nichtbetroffenen ist 1 zu 6. Ich muß sagen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses: Jetzt, schön langsam nach 12 Jahren Umfahrungsdebatte, ist es genug! Alles das, was der Herr Abgeordnete Ofner beantragt, führt letzten Endes dazu, daß wieder alles auf die lange Bank geschoben wird. Daher fordern wir, daß diese Umfahrungsstraße so rasch als möglich gebaut wird. In der Frage Lambach-Pichl gilt dasselbe – da sind wir einer Meinung –, in der Frage „Scheiflinger Ofen“ hat der Herr Kollege ein gespaltenes Herz, aber mein Gott, hin und wieder müssen wir ja nicht in allen Fragen gleich sein. Er war ja beim „Scheiflinger Ofen“ bei der Begehung dabei. Über die Frage, ob etwas ein Naturdenkmal oder eine Naturschönheit darstellt, glaube ich, können wir hier nicht befinden. Der Naturschutzbeirat hat sich mit dieser Frage befaßt, und ich finde, daß die Lösung, die der Naturschutzbeirat im Einvernehmen mit dem Straßenbau für den „Scheiflinger Ofen“ vorgeschlagen hat, die schönere und die bessere ist. Auch der Herr Bürgermeister von Scheifling, bitte, ist für diese Lösung. Meine Damen und Herren, an der alten Bundesstraße vor dem sogenannten „Scheiflinger Ofen“ befindet sich auch eine Häusergruppe, die von Scheifling aus versorgt werden muß. Das bedeutet, daß die ganzen landwirtschaftlichen Fuhrwerke auf die Bundesstraße müssen, bei 2.000 bis 3.000 Fahrzeugen bis hinauf zum Bereich der Zubringer der Tauern-Autobahn. Bei Eingehen auf die Naturschutzvariante würde die alte Bundesstraße als Gemeindestraße geteilt werden, der Rest wäre eine wunderbare Rastfläche und Panorama-Spazierstraße, und der Verkehr wäre endlich richtig kanalisiert. In diesem Sinne darf ich auch darum bitten, daß sich alle Verantwortlichen für den naturschutznahen Ausbau des „Scheiflinger Ofens“ aussprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses um ein Zeichen mit der Hand, falls Sie zustimmen. Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

8. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 525/4, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichtinger,

betreffend des raschen Weiterausbau der Landesstraße von Teufenbach über den Lambach-Pichl nach Mariahof.

Berichterstatter ist ebenfalls der Herr Abgeordnete Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus!

Wir haben schon früher aus beiden Wortmeldungen herausgehört, daß sich diese Vorlage mit dem Ausbau des Lambach-Pichl zwischen den Gemeinden Teufenbach und Mariahof befaßt. Sie geht auf einen Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Dr. Dornik, Kollmann und Prof. Dr. Eichtinger zurück. Diese Vorlage ist im Prinzip an und für sich positiv, sie sagt, daß die Hälfte bereits ausgebaut wurde, daß im kommenden Budget geplant ist, Ansätze für die sogenannte „Hexenbrücke“ einzubauen und daß dann zügig weitergebaut wird. Namens des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses bitte ich um Kenntnisnahme und Annahme dieser Vorlage.

Präsident Feldgrill: Keine Wortmeldung. Ich lasse abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

9. Bericht des Ausschusses für Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/38, zum Beschluß Nr. 33 des Steiermärkischen Landtages vom 18. Dezember 1981 über den Antrag der Abgeordneten Buchberger, DDr. Stepanitschitz, Kollmann, Schwab und Ing. Turek, betreffend die den Landeskrankenhäusern angeschlossenen Landwirtschaften in Zukunft nicht mehr selbst zu betreiben, sie zu verkaufen oder zu verpachten und so eine Bewirtschaftung durch Landwirte zu ermöglichen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu diesem Bericht darf ich mitteilen, daß die Landesregierung in der Vorlage berichtet, daß von den 14 aufgezählten Krankenanstalten, Sonderkrankenhäusern und Pflegeanstalten in elf solchen Anstalten die Viehhaltung, die Landwirtschaft und die Gartenbaubetriebe aufgelassen wurden. Lediglich in drei Krankenanstalten gibt es noch eine Viehhaltung und Landwirtschaftsbetriebe, unter gewissen Umständen sind sie dort auch teilweise erforderlich und ist das anders aus organisatorischen Gründen nicht zu regeln. Ich ersuche um Annahme dieser Vorlage.

Präsident Feldgrill: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer ihm die Zustimmung erteilt, möge ein Händenzeichen geben. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

10. Bericht des Ausschusses für Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 362/5, zum Antrag der Abgeordneten

Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Stoppacher und Pörtl, betreffend Sanitäräume der Frauenklinik im Landeskrankenhaus Graz, I. Stock.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Dr. Lindi Kalnoky. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Kalnoky: Herr Präsident, Hohes Haus!

Der hier vorliegende Bericht bezieht sich auf einen Antrag der damals noch Abgeordneten Klasnic. Es ging um die Instandsetzung der sanitären Räume der Frauenklinik im Landeskrankenhaus Graz im I. Stock. Es wurde gebeten, diese mit den hauseigenen Kräften instandzusetzen. Nachdem dieser Antrag eingegangen ist, wurde auch festgestellt, daß diese Räume für die Patientinnen und für das Personal unzumutbar waren. Daraufhin wurde ein Jahresinstandhaltungsprogramm programmiert und die erforderlichen Budgetmittel bereitgestellt. Bis jetzt sind diese Sanitäräume adaptiert worden. Ich bitte um Kenntnisnahme des Berichtes.

Präsident Feldgrill: Ich ersuche die Damen und Herren, die ihm die Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

11. Bericht des Ausschusses für Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 665/1, Beilage Nr. 61, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (6. KALG-Novelle).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alfred Sponer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Sponer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der vorliegenden 6. Novelle zum Steiermärkischen Krankenanstaltengesetz sollen nunmehr die Grundsatzbestimmungen des Artikels I der Krankenanstaltengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 273/1982, sowie der Artikel I und II der Krankenanstaltengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 122/1983, ausgeführt werden. Gleichfalls sieht diese Novelle neben sprachlichen Berichtigungen eine volle Anpassung an die Grundsatzbestimmungen des Paragraph 27 Absatz 4 und Paragraph 28 Krankenanstaltengesetz vor, nämlich daß die Entgelte in der Sonderklasse als Entgelte für Leistungen der Krankenanstalten gelten, die die Rechtsträger der Krankenanstalten in der Sonderklasse neben den Pflegegebühren einheben dürfen. Des weiteren geht es in dieser Novelle darum, daß wegen der mit dem Tode eines Menschen für dessen Angehörige verbundenen Gefühle bei Organentnahmen die volle Anonymität sichergestellt werden muß. Daher ist die Verschwiegenheitspflicht hinsichtlich dieses Sachverhaltes zu erweitern. Des weiteren sieht die Novelle vor, daß mit der Schaffung des Landesrechnungshofverfassungsgesetzes 1982 und der damit verbundenen Auflassung der Kontrollabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung nunmehr bei der Bestellung der Beisitzer für die Schiedskommission ein Mitglied aus dem Kreis der rechtskundigen Beamten des Landesrechnungshofes auf Vorschlag des Präsidenten des Landtages zu berücksichtigen ist. Bei der Vollziehung der Bestimmungen dieser Novelle ist ein zusätzlicher finanzieller Aufwand nicht zu erwarten. Artikel I

dieses Gesetzes tritt mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten in Kraft. Der Artikel II dieses Gesetzes tritt mit 1. Jänner 1983 in Kraft. Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses um Zustimmung.

Präsident Feldgrill: Keine Wortmeldung. Sollten Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle die einstimmige Beschlußfassung fest.

12. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 367/4, zum Antrag der Abgeordneten Halper, Trampusch, Sponer, Freitag und Genossen, betreffend die Wiedereinführung der Glasflasche für Milchverpackung und die Verpackung anderer Getränke.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ofner: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Antrag der Abgeordneten Halper, Trampusch, Sponer, Freitag und Genossen wurde in der Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 28. Juni 1983 der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen. Darin wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, mit den Produzenten Gespräche aufzunehmen, ob im Sinne der Müllvermeidung, der Sicherung und Schaffung von steirischen Arbeitsplätzen und im Interesse einer gesamtwirtschaftlichen Kostenrechnung die Glasflasche für Getränke, insbesondere für Milchprodukte, wieder eingeführt werden soll. Die Steiermärkische Landesregierung hat eine Stellungnahme des Milchhofes Graz eingeholt und darüber hinaus die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark, die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die Landesregierung für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark ersucht, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Der Milchhof Graz hat in seiner Stellungnahme vom 18. Mai 1984 grundsätzlich dargelegt, daß die Glasflasche keine Verminderung des Müllproblems mit sich bringt, wogegen die Kartonverpackung als Energieträger im Hinblick auf die künftige Verwertung bei der Müllverbrennung einen großen Vorteil bietet. Die Milchwirtschaft sieht in der Beurteilung der Milchverpackung folgende Prioritäten: Erstens: Hygiene der Verpackung. Zweitens: Die Annahme durch die Kunden. Drittens: Müllbelastung. Viertens: Wirtschaftlichkeit. Die Konsumenten entschieden sich für die Einweg-Kartonverpackung. Über viele Jahre waren die Glasflasche und die Kartonverpackung gleichzeitig am Markt. Die Kartonverpackung hat jedoch beim Konsumenten Anklang gefunden. Die Folge war die Umstellung von der Flasche auf die Kartonverpackung. Nach und nach wurden in Österreich mit Millionenaufwand alle Abfüllanlagen auf das Einwegsystem umgestellt. Innerhalb weniger Jahre ist der Anteil der Glasflasche durch die ausschließliche Entscheidung der Verbraucher im Versorgungsgebiet des Milchhofes Graz auf 1,5 Prozent zurückgegangen, so daß aus kostenwirtschaftlichen Gründen am 1. September 1979 die Abfüllung der Milch in Flaschen am Milchhof Graz eingestellt wurde. Warum die Glasflaschen zurückgingen, waren das Verletzungsrisiko, die Lärmbelastigung, das Transportgewicht, die höheren Kosten sowie Sortie-

rung, Reinigung und Rücknahme, das Transportproblem, weiters der mangelnde Lichtschutz, Reinigung und Desinfektion sowie auch der Wasserverbrauch. Kartonverpackung und Becher lassen sich rückstandsfrei verbrennen. Der Verpackungskarton wird mit Polyäthylenbeschichtung überzogen, und es bleiben keinerlei Schadstoffe zurück bei Verbrennungen. Es wird dadurch wieder ein Teil von Kohlenstoff in den Wasserkreislauf der Natur zugeführt. Diese Müllverbrennung dient nicht nur zur Müllreduktion, sondern aber auch zur Energiegewinnung. 1.000 Kilogramm dieser Verpackung haben einen Heizwert von rund 430 Kilogramm Öl. Internationale Untersuchungen haben ergeben, daß die Kosten der Milch in Flaschen durchschnittlich um 30 Prozent bis 50 Prozent gegenüber der Milch in Einweg-Kartonverpackung höher liegen. Allein die Vertriebskosten steigen pro Liter um etwa zirka 70 bis 80 Groschen. Daneben müßte die österreichische Milchwirtschaft rund 1,5 Milliarden Schilling in die Umrüstung auf Flaschenabfüllung investieren. Dem Wunsch nach einer Wiedereinführung der Glasflasche ist unter anderem auch entgegenzuhalten, daß neben enormen Kosten auch starke Umweltbelastungen zu erwarten sind. Ich bitte daher um Annahme dieses Berichtes.

Präsident Feldgrill: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

13. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 434/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Prof. Dr. Eichtinger und DDr. Steiner, betreffend die geburtshilfliche Versorgung im Bereich Mürzzuschlag.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Dr. Lindi Kalnoky. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Kalnoky: Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Antrag ist meinerseits damals gestellt worden zu einer Zeit, wie die geburtshilfliche Versorgung im Bereich Mürzzuschlag nicht gegeben war. Es hat sich dann herausgestellt, daß die Rechtsabteilung 1 Hebammen zwar gesucht hat, daß sie sich aber nicht gleich gefunden haben. Inzwischen wurde aber der Betrieb wieder aufgenommen, da ein funktionierendes System eigentlich nur mit vier Hebammen gewährleistet werden kann. Ich bitte, den Antrag zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Feldgrill: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sollten Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 14.20 Uhr.)